

zivilschutz magazin



„Plötzlich erfolgte eine ungeheure Detonation“

Heute: Die Gasexplosion von Neunkirchen im Jahre 1933

Im Herbst 1931 errichteten die Neunkirchener Eisenwerke AG auf ihrem Werksgelände im Neunkirchener Stadtgebiet einen mächtigen Gasbehälter. Mit einem Fassungsvermögen von 125 000 Kubikmetern hatte er eine Höhe von 85 Metern, sein Durchmesser betrug 50 Meter. Das Schicksal dieses Behälters, der einen großen Teil des Saarlandes mit Leucht- und Brenngas versorgte, ist in die Geschichte der Stadt eingegangen.

Der 10. Februar 1933 war ein Werktag wie jeder andere, nach getaner Arbeit strömten die Arbeiter und Angestellten aus den Fabriken und Büros, um sich auf den Weg zu ihren Familien zu machen. Die ersten Vorböten der Abenddämmerung senkten sich über die Stadt. Da erzitterte die Luft, die Menschen hörten den lauten Knall einer gewaltigen Detonation. Der Schreck ließ die Bürger in lähmendem Entsetzen verharren.

Was war geschehen? Ein Redakteur der örtlichen Tageszeitung war Augenzeuge: „Die Druckerei unserer Zeitung liegt ungefähr eine Meile von dem Gasometer entfernt. Ich befand mich mit meinen Kollegen im Redaktionsraum. Plötzlich erfolgte eine ungeheure Detonation. Ich sah durch das Fenster eine gigantische Flamme emporfliegen . . . Auf der Straße liefen Leute umher, die schrien, daß Neunkirchen von einem Erdbeben heimgesucht sei. Bald darauf entstand eine entsetzliche Panik. Schreiende Menschen durcheilten die Straßen. Keiner wußte, was passiert war. Jeder war nur darauf bedacht, sich zu retten.

Da erfuhren wir, daß der Gasometer der Eisenwerke explodiert war. Nun liefen wir zu den Eisenwerken. Durch diese geht eine Straße, an der sich Arbeiterhäuser befinden. Fast jedes

Haus war beschädigt, und ungefähr 15 waren dem Erdboden gleichgemacht. Kranke und Schlafende waren aus ihren Betten geschleudert worden. Die Bewohner mußten auch die Häuser verlassen, die nur halb zerstört waren, da sie jeden Augenblick zusammenfallen konnten . . .“

Mit einer mehr als 100 Meter hohen Stichflamme war der riesige Gasometer in die Luft geflogen. Ein Bild von der ungeheuren Wucht der Explosion ergibt sich durch die Tatsache, daß der Deckel des Gasbehälters 800 Meter weit geschleudert wurde, noch in über 1 000 Metern Entfernung vom Explosionsort sind Häuser durch zentnerschwere Eisenplatten beschädigt worden. Die Detonation konnte noch in Stuttgart, also 150 Kilometer entfernt, deutlich vernommen werden!

Die Explosion setzte auch die benachbarte Benzolfabrik in Brand. Durch die geborstenen Rohre lief Benzol aus, die gesamte Anlage stand sofort in hellen Flammen. Arbeiter schilderten ihre Erlebnisse: „Wir ar-

beiteten etwa 150 Meter von der Unglücksstelle entfernt, als plötzlich ein ungeheurer Knall die Luft durchzitterte. Ein furchtbarer Luftdruck riß uns alle zu Boden, und im Augenblick lagen wir unter einem wilden Chaos von Glasscherben und Trümmern des Backsteinbaues, in dem wir arbeiteten. Glücklicherweise war die Entladung nach der entgegengesetzten Seite der Straße erfolgt. Aber auch auf uns prasselte ein heftiger Regen von Metallstücken herab. Als wir uns einigermaßen von unserem Schrecken erholt hatten, sahen wir, daß die gesamte Anlage in Brand stand . . .“

Einen weiteren Einblick in das Geschehen gibt der Bericht eines anderen Augenzeugen: „ . . . Überall stolperte ich über Blechfetzen und Eisenstücke. Zur Linken sah ich verwüstete Gärten, entwurzelte Bäume, der Schotter ist metertief aufgerissen . . . Im Viktoria-Hospital sind sämtliche Fenster herausgeschleudert, man sieht in die Krankenzimmer und den Operationssaal. Tiefes Schweigen herrscht in dem Gebäude,

und davor warten die Leute und sehen stumm mit an, wenn wieder und wieder ein Wagen mit Verletzten ankommt . . .“

Gegen Mitternacht wurde ein amtlicher Bericht abgegeben: „Heute abend 18.05 Uhr explodierte aus unbekannter Ursache der große Gasbehälter des Neunkirchener Eisenwerks. Im Anschluß daran geriet die Benzolfabrik in Flammen. Der Brand dauert zur Zeit noch an. Durch die gewaltige Explosion wurden die Häuser in nächster Nähe zerstört und in weiterem Umkreis beschädigt . . .“

Aber erst im anbrechenden Licht des neuen Tages sind die Verheerungen in ihrem ganzen Ausmaß zu erkennen. Die Hüttenhäuser, die nur 30 Meter vom Explosionsort standen, sind auf einer Breite von 200 Metern vollkommen vom Erdboden verschwunden. Die Bergung der Opfer gestaltet sich schwierig. Neben Hunderten von Verletzten zählt man 70 Todesopfer. Fast der ganze Stadtteil Nieder-Neunkirchen, der zum großen Teil aus Arbeiterhäusern bestand, liegt in Trümmern.



zivilschutz magazin



5/82 Mai

ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Bundesregierung: Beachtliche Fortschritte bei der zivilen Verteidigung erzielt“ 6
Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU zum Thema „Gesamtverteidigung“.
- „Zivilschutz in Finnland“ 7
Im „Land der tausend Seen“ gibt es für über 50 Prozent der Bevölkerung Schutzräume – Eine vielbeachtete Zivilschutz-Organisation.
- „Ziel: Kontinuierliche Ausbildung und Qualitätserhaltung des Rettungsdienstes“ 17
5. Rettungskongreß des DRK in Bremen.
- „Das Überleben möglichst vieler Opfer sichern“ 21
Vorbereitungen im Katastrophenschutz nicht als „Kriegsmedizin“ abstempeln – Resolution zum Thema „Rettungsdienst beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall“.
- „Sechs Meter zwischen Leben und Tod“ 23
SAR-Hubschrauber sind für „Flachland-Tiroler“ oftmals Retter in der Not.
- „Einstellspritze und Kübelspritze“ 26
Zwei Geräte zur wirksamen Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden.
- „Vorsicht – Exoten!“ 28
Zum Thema „Veränderungen an Funkgeräten“.
- „BVS-Bundesschule begeht 30jähriges Bestehen“ 29
Eine Stätte des Lehrens, Lernens und der Begegnung.
- „Das Z-Programm des DRK zum Schutze der Zivilbevölkerung“ 47
Die Denkschrift des DRK aus dem Jahre 1951.
- „Vom Modell zur ständigen Einrichtung“ 49
ASB erprobte Einsatzleitsystem für den Behindertenfahrdienst.
- „Effizienz des Katastrophenschutzes nachhaltig verbessern“ 53
MHD legte Jahresbericht 1981 vor.
- „30. Delegiertenversammlung des DFV in Berlin“ 55
118 Delegierte aus den elf Bundesländern nahmen teil.
- „360 Rettungsschwimmer beim Rhein-Stromschwimmen“ 58
Hoher Ausbildungsstand demonstriert.



Umschau

Innenminister Böckmann übergibt Strahlenmeß- und Atemschutz-Gerätewagen

„Ob es sich neben der ursprünglichen Aufgabe der Feuerwehr, dem allgemeinen Brandschutz, um Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen, bei Unwetter und Hochwasser oder Abwehrmaßnahmen beim Auslaufen gefährlicher Flüssigkeiten oder um das Ausströmen giftiger Gase handelt, überall wird die Feuerwehr aufgrund ihrer Sach- und Fachkenntnisse sowie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen zur schnellen und wirksamen Hilfeleistung gerufen und eingesetzt“, sagte Innenminister Kurt Böckmann anlässlich der Übergabe von zehn modernen Strahlenmeß- und Atemschutz-Gerätewagen (GW) am 24. März 1982 an der Landesfeuerwehrschule Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Die gleiche Bereitschaft und der gleiche wirksame Einsatz gelten auch bei Zwischenfällen und Unfällen beim Transport und bei der Anwendung von radioaktiven Stoffen, die immer häufiger in Industrie, Medizin und Forschung verwendet werden. Obwohl die Wahrscheinlichkeit von Störfällen im Bereich dieser friedlichen Anwendung von Kernenergie äußerst gering sei, kenne das Land die Problematik und müsse gleichwohl in dieser Hinsicht auf mögliche Risiken vorbereitet sein, führte der Minister weiter aus.

So wurden diese Fahrzeuge auch vorrangig wegen der Kernkraftwerke Biblis und Philippsburg den benachbarten Kreis- und Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellt. Sie werden in den Bereichen der Landkreise Germersheim, Ludwigshafen, Alzey-Worms sowie Mainz-Bingen und der Städte Speyer, Ludwigshafen, Frankenthal, Worms, Mainz und Koblenz stationiert.

Weitere Fahrzeuge werden in Fortführung dieses mehrjährigen Beschaffungsprogrammes vordringlich für die Umgebung des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich und für die Umgebung von Trier in Auftrag gegeben. Die Überlegungen sehen vor, daß zumindest jedem Kreis eines dieser Fahrzeuge, die auch eine

ganz erhebliche Verbesserung und Modernisierung des Atemschutzes mit sich bringen, zur Verfügung gestellt werden kann.

Minister Böckmann wies darauf hin, daß man damit im gemeinsamen Bemühen um die Verbesserung des Katastrophenschutzes einen großen Schritt weiter gekommen sei. Trotz der angespannten Finanzlage, sagte der Minister weiter, messe das Land dem Katastrophenschutz auch weiterhin hohe Bedeutung und Priorität bei.

Die Fahrzeuge kosten insgesamt 2,3 Millionen Mark. Sie wurden 1981/82 durch das Land in enger Zusammenarbeit mit Strahlenschutzfachleuten beschafft. An den 230000 Mark, die ein Fahrzeug kostet, haben sich die Kreise oder Gemeinden mit je 30000 Mark beteiligt und haben damit einmal mehr ihre Mitverantwortung bewiesen.

Die Ausrüstung dieser Fahrzeuge ist nach den neuesten Erkenntnissen zusammengestellt und mit den modernsten Geräten dieses Fachbereiches bestückt. Der Kastenwagen, der für ein zulässiges Gesamtgewicht von 6,79 t ausgelegt ist, hat einen Fahrer- und Mann-

schaftsraum für zwei Einsatztrupps mit insgesamt sechs Mann sowie einen Geräteraum im Heck. Die feuerwehrtechnische Ausrüstung umfaßt neben der Blaulichtanlage besondere Beleuchtungsanlagen, eine motorunabhängige Heizung, Funk, wobei auch eine moderne Fahrzeug- und Funkgerätediebstahlsicherung einbegriffen ist. Außer einer kompletten persönlichen Fachausrüstung für die sechs Mann mit Kontaminationsschutzanzügen in verschiedenen Ausführungen sowie den Strahlenmeß- und Nachweisgeräten und den umluftabhängigen Atemschutzgeräten sind zusätzliche Ausrüstungen vorhanden, um auch weitere Kräfte vor Ort entsprechend auszustatten.

So sind insgesamt 24 moderne Preßluftatmer (umluftunabhängige Atemschutzgeräte) als Einflaschengeräte mit Reserverflaschen sowie 48 Vollmasken mit Filtern vorhanden. Diese Ausrüstung kann natürlich auch bei alltäglichen Brandeinsätzen, so u. a. bei Verqualmung und damit Sauerstoffmangel, Verwendung finden und verbessert somit im ganz erheblichen Umfange die Atemschutzausrüstung im überörtlichen Bereich.

Ministerialdirigent a. D. Bernhard Bohmeier †

Am 15. April 1982 verstarb in Mainz im Alter von 66 Jahren Ministerialdirigent a. D. Bernhard Bohmeier, bis zu seiner Pensionierung im Februar 1981 Leiter der Abteilung 8 – Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung – beim Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz.

Bernhard Bohmeier begann nach dem Schulabschluß 1937 die Laufbahn des Verwaltungsoffiziers der Marine. Nach der Rückkehr aus dem Kriege erwarb er durch ein Studium an der Verwaltungsakademie Speyer 1948 die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst. Im Anschluß an eine Referententätigkeit in der Staatskanzlei wurde er 1945 zum Landrat des Landkreises St. Goarhausen ernannt. 1970 übernahm er die Lei-

tung der Abteilung Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung im Innenministerium. In seiner Traueransprache würdigte Innenminister Kurt Böckmann die großen Verdienste, die sich Bohmeier während seiner 33jährigen Tätigkeit an verantwortlicher Stelle der Landesverwaltung durch persönlichen Einsatz um den Aufbau des Landes erworben hat. Die heutige Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes in Rheinland-Pfalz und der Stand des Katastrophenschutzes seien ohne Bohmeiers Einsatz nicht denkbar, betonte der Minister und verwies auf das Rettungsdienstgesetz, das Brandschutzgesetz sowie das Katastrophenschutzgesetz, die durch Bohmeiers Mitarbeit richtungweisende Maßstäbe gesetzt haben.



Ministerialdirigent a. D. Bernhard Bohmeier † und BVS-Präsident Oskar Lafontaine (links).

Bernhard Bohmeier, Inhaber zahlreicher Auszeichnungen der Hilfsorganisationen und Träger des Bundesverdienstkreuzes, war neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter Mitglied verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise im Bereich Katastrophenschutz und zivile Verteidigung. Bis 1981 gehörte Bohmeier auch dem Vorstand des Bundesverbandes für den Selbstschutz an

NRW: Feuerwehren bekämpften fast 35000 Brände

Nordrhein-Westfalens öffentliche Feuerwehren (Berufs- und Freiwillige Feuerwehren) wurden im vergangenen Jahr in fast 35000 Fällen bei Bränden alarmiert. Diese Brände verursachten einen geschätzten Schaden von 659 Millionen Mark. Das gab Innenminister Dr. Herbert Schnoor in Düsseldorf bekannt. Im Vergleich zu 1980 ist damit die Anzahl der Brände und der dadurch entstandene Schaden deutlich gesunken. Damals wurden die Feuerwehren bei mehr als 39000 Bränden eingesetzt, die einen Schaden von 764 Millionen Mark verursachten.

Die Gesamtzahl der Brände verteilt sich wie folgt:

1360 Großbrände (3,9%)
3678 Mittelbrände (10,5%)
29936 Kleinbrände (85,6%).

Bei knapp 50% aller Brände konnte die Brandursache nicht festgestellt werden; Fahrlässigkeit (14,2%) und Brandstiftung (12,4%) waren jedoch die Hauptursachen.

In rund 80000 Fällen leisteten die Feuerwehren technische Hilfe. Dabei wurden 6405 Menschen und 6072 Tiere aus Notlagen befreit. Ferner führten die Feuerwehren wieder über eine Million Transporte im Krankentransport und Rettungsdienst durch.

Schließlich: Die nordrhein-westfälischen Feuerwehren wurden auch 1981 oftmals böswillig alarmiert, und zwar 6215mal erlaubten sich Bürger diesen üblen „Scherz“.

Hinter den nüchternen Angaben stehen – so der Innenminister – der selbstlose Einsatz eines jeden Feuerwehrmannes in vielen gefährlichen Situationen und seine Bereitschaft, freiwillig und uneigennützig dem Gemeinwohl zu dienen. Die Bevölkerung habe, betonte Minister Dr. Schnoor, seit langem erkannt, wie wichtig die Tätigkeit der Feuerwehr für die Allgemeinheit sei. Jeder von uns könne eines Tages auf ihre Hilfe angewiesen sein. Die Vielfalt der technischen und humanitären Hilfeleistungen der Feuerwehren sei in der Öffentlichkeit längst zur Selbstverständlichkeit geworden.

Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im zweiten Halbjahr 1982 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen:

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit	vom	bis
58	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“		5. 7.	9. 7.
59	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“		5. 7.	9. 7.
60	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		5. 7.	9. 7.
61	Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“		12. 7.	16. 7.
62	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“		12. 7.	16. 7.
63	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“		12. 7.	16. 7.
64	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“		23. 8.	27. 8.
65	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“		23. 8.	27. 8.
66	Arbeitsseminar „Rhetorik“		23. 8.	27. 8.
67	Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“		30. 8.	3. 9.
68	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“		30. 8.	3. 9.
69	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		30. 8.	3. 9.
70	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“		6. 9.	10. 9.
71	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“		6. 9.	10. 9.
72	Grundlagenlehrgang „Fach- und Sachbearbeiter“		6. 9.	10. 9.
73	Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“		13. 9.	17. 9.
74	Aufbaulehrgang „Fach- und Sachbearbeiter“		13. 9.	17. 9.
75	Grundlagenlehrgang „Waffenwirkungen/Schutzmöglichkeiten“		13. 9.	17. 9.
76	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		20. 9.	24. 9.
77	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“		20. 9.	24. 9.
78	Selbstschutzfachlehrgang „Gruppenführer Bergungsgruppe Deutsche Bundespost“		20. 9.	24. 9.
79	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“		27. 9.	1. 10.
80	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“		27. 9.	1. 10.
81	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“		27. 9.	1. 10.
82	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		4. 10.	8. 10.
83	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“		4. 10.	8. 10.
84	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“		4. 10.	8. 10.
85	nicht belegt			
86	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen/Schutzmöglichkeiten“		11. 10.	15. 10.
87	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“		11. 10.	15. 10.
88	Selbstschutzfachlehrgang „Zugführer Deutsche Bundespost“		11. 10.	15. 10.
89	Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“		18. 10.	22. 10.
90	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		18. 10.	22. 10.
91	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“		18. 10.	22. 10.
92	Selbstschutzfachlehrgang „Zugführer Deutsche Bundespost“		25. 10.	29. 10.
93	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“		25. 10.	29. 10.
94	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“		25. 10.	29. 10.
95	nicht belegt			
96	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil I“		2. 11.	5. 11.
97	Arbeitsseminar „Rhetorik“		2. 11.	5. 11.
98	Grundlagenlehrgang „Fachbearbeiterinnen Frauenarbeit“		2. 11.	5. 11.
99	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“		8. 11.	12. 11.
100	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen u. Schutzmöglichkeiten“		8. 11.	12. 11.
101	Aufbaulehrgang „Fach- und Sachbearbeiter“		8. 11.	12. 11.
102	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“		22. 11.	26. 11.
103	Grundlagenlehrgang „Beauftragter“		22. 11.	26. 11.
104	Grundlagenlehrgang „Dienststellenleiter“		22. 11.	26. 11.
105	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“		29. 11.	3. 12.
106	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“		29. 11.	3. 12.
107	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“		29. 11.	3. 12.
108	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“		6. 12.	10. 12.
109	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“		6. 12.	10. 12.
110	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil II“		6. 12.	9. 12.

Aktuelle Termine

Die Landesstelle für Betriebsschutz e.V., Hohenheimer Str. 41 c, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11/23 34 25, meldet folgende Veranstaltungen:

„Betrieblicher Katastrophenschutz, Teil III“ (Erstellen von Katastrophenschutz- und Räumungsplänen):
14. Oktober 1982

„Betrieblicher Katastrophenschutz, Teil IV“ (Maßnahmen bei Drohungen mit Brand- und Sprengsätzen):
4. November 1982

„Betrieblicher Katastrophenschutz, Teil II“ (Basiswissen und Arbeitshilfen für die Katastrophenschutzplanung):
7. Dezember 1982

„Betrieblicher Brandschutz“ (Schulung verantwortlicher Sicherheitsfachkräfte)
28. Oktober 1982

Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) führt vom 21. bis 24. September 1982 in Karlsruhe das 6. Internationale Brandschutz-Seminar durch.

Auf diesem Seminar wird einerseits der derzeitige Stand der Entwicklung von Berechnungsverfahren zur Beschreibung des Brandverlaufs in Gebäuden dargestellt, mit denen es zukünftig besser möglich sein wird, die den Brandverlauf maßgebend beeinflussenden Größen zu erfassen und die für den vorbeugenden Brandschutz erforderlichen Maßnahmen wirtschaftlicher zu treffen, und andererseits die Methoden der Ereignisablaufanalyse und der Wahrscheinlichkeitstheorie erörtert, die als Hilfsmittel bei der Erstellung eines Sicherheitskonzepts für den baulichen Brandschutz dienen.

Anschließend wird über Untersuchungen und Erfahrungen hinsichtlich des Verhaltens des Menschen im Brandfall berichtet, wobei besonders Fragen der Räumung hoher Gebäude behandelt werden.

Das nächste Thema ist der Brandschutz-erziehung mit Hilfe der öffentlichen Medien gewidmet, wobei auch die Brandschutz-erziehung Jugendlicher in Schulen zur Sprache kommt.

Die beiden letzten Themen beschäftigen sich mit den hochaktuellen Problemen des Brandschutzes in unterirdischen Verkehrsanlagen, wobei besonders auf den Aufbau der Fahrzeuge und betriebliche Maßnahmen eingegangen wird.

Das Seminar wird als Diskussionstagung durchgeführt. Die Teilnehmer erhalten etwa sechs Wochen vor Tagungsbeginn die Referate in vollem Wortlaut in einer

der Seminarsprachen (deutsch, englisch, französisch) zugestellt. Alle Teilnehmer haben hierdurch die Möglichkeit, sich vor dem Seminar mit dem Inhalt der Referate vertraut zu machen und ihre Diskussionsbeiträge vorzubereiten. Auf dem Seminar selbst wird von den Autoren nur eine Einführung in ihren schriftlichen Bericht gegeben, um genügend Zeit für eine eingehende Diskussion zu lassen.

Informationen: Sekretariat des 6. IBS, Forschungsstelle für Brandschutztechnik an der Universität Karlsruhe, Hertzstr. 16, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21/75 18 48.

Ab Oktober: 20 DM Strafe für „Gurt-Muffel“?

Bundesverkehrsminister Hauff rechnet damit, daß das mehrfach angekündigte Verwarnungsgeld für Autofahrer, die den Sicherheitsgurt nicht benutzen, am 1. Oktober dieses Jahres wirksam wird. Nach Abstimmungen mit den Bundesländern scheint dies jetzt der nächstmögliche Termin zu sein, nachdem ursprünglich Juni oder Juli vorgesehen war.

In der Diskussion ist ein Verwarnungsgeld von 20 DM für „Gurt-Muffel“, teilte das Ministerium mit. Zwar hat sich die Verkehrsministerkonferenz des Bundes und der Länder grundsätzlich für ein Verwarnungsgeld ausgesprochen, doch haben einige Länder, darunter Bayern und Rheinland-Pfalz, Bedenken, ob sich das Anlegen des Gurtes kontrollieren läßt. Hauff meinte, daß der Bundesrat der Verordnung zustimmen werde.

Nach den letzten Untersuchungen benutzt nur knapp die Hälfte aller Autofahrer in den Ortschaften den Sicherheitsgurt; auf Landstraßen machen zwei Drittel aller Autofahrer vom Gurt Gebrauch, auf der Autobahn sind es immerhin 83 Prozent. Statistiker haben errechnet, daß 1 300 Todesfälle und 16 000 schwere Verletzungen im Straßenverkehr jährlich zu vermeiden wären, wenn sich alle Autofahrer anschnallten.

Mehr Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter

Bundesverkehrsminister Volker Hauff will die Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter noch weiter erhöhen: Wie die von seinem Haus herausgegebenen „Verkehrsnachrichten“ berichten, sollen nicht nur Fahrer, sondern alle Beteiligten besonders geschult werden. Mit der Schulung für Tankwagenfahrer sei bereits ein Anfang gemacht worden. Außerdem bemühe sich der Minister um

eine Vereinheitlichung und Verringerung der Bestimmungen für den Transport gefährlicher Güter. Die Vorschriften seien auf rund 2 000 angewachsen.

Bessere Koordination im Rettungsdienst nötig

Auf dem Chirurgenkongreß, der Mitte April in München stattfand, wies der Ulmer Anästhesist Prof. Friedrich-Wilhelm Ahnefeld darauf hin, daß seit etwa zwanzig Jahren über eine Angleichung des Rettungswesens in den Bundesländern diskutiert werde, es jedoch noch keine Lösung gebe.

Die Zusammenarbeit der Rettungsdienste mit den Kliniken lasse in weiten Gebieten der Bundesrepublik eine Koordination vermissen. Das habe zur Folge, daß längst nicht jeder Patient schnell genug eine Klinik erreiche und daß er in jeder Klinik auch nicht die Behandlung vorfinde, die seine spezielle Erkrankung oder Verletzung erfordere, sagte Ahnefeld. Vor allem in der Neurochirurgie und bei der medizinischen Versorgung von Brandverletzungen fehle es an spezialisierten Kliniken. Die Ausstattung der Rettungsmittel sei inzwischen hervorragend, das Personal dagegen noch nicht ausreichend qualifiziert. Ahnefeld beklagte, daß es noch immer kein Berufsbild für den Rettungssanitäter gebe.

Schutzbau-Höchstbetragsverordnung angepaßt

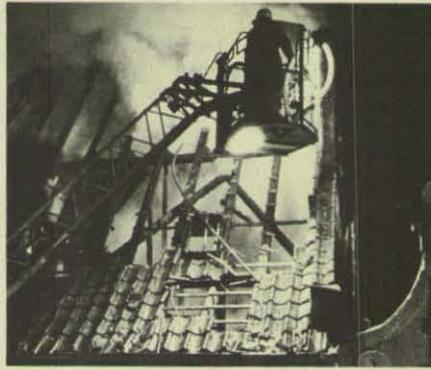
Durch die „Neunte Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsverordnung“ vom 3. März 1982 werden die Beträge, die nach Errichtung von Schutzräumen erhöht von den Steuern abgesetzt werden können, erneut der Baupreisentwicklung angepaßt. Die neuen abschreibungsfähigen Höchstbeträge gelten für alle Schutzräume, die nach dem 31. Dezember 1980 fertiggestellt wurden oder werden.

Ein Beispiel: Der Höchstbetrag der Herstellungskosten (gem. § 7 Schutzbaugesetz) für einen Hausschutzraum (1 bis 7 Schutzplätze) in einem neuerrichteten Gebäude (Innenbau) beträgt jetzt 24 350 DM; bei dem gleichen Schutzraum als nachträglichem Innenbau in einem bestehenden Gebäude (§ 12 Abs. 3 Schutzbaugesetz) 37 550 DM; wird der Schutzraum als selbständiger Bau (Außenbau) errichtet, beträgt der neue Höchstbetrag 50 650 DM.

Die Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsverordnung ist im Bundesgesetzblatt Nr. 9, Teil I, vom 3. März 1982 veröffentlicht.

Wohnungsbrand forderte zwei Todesopfer

Der Brand in einer Dachgeschoßwohnung in der Düsseldorfer Altstadt kostete zwei Menschen das Leben. Die Feuerwehr, die unter Atemschutz und mit zahlreichen Großgeräten im Einsatz war, konnte die Leichen erst nach Abschluß der Löscharbeiten bergen. Es wird vermutet, daß die beiden Hausbewohner durch Rauchvergiftung bewußtlos wurden und dann verbrannten. Als Brandursache wurde ein durch Überlastung durchgeschmortes Elektrokabel festgestellt.



14 Verletzte bei Großbrand in Lörrach

Nach einem vorausgegangenen Kellerbrand explodierte die Gasleitung in einem Wohn- und Geschäftshaus in der Lörracher Innenstadt. Durch die Explosion wurden sieben Feuerwehrleute und Polizeibeamte, die sich bereits im Einsatz befanden, zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Das Feuer konnte sich durch die eingestürzte Kellerdecke rasch in die oberen Stockwerke ausbreiten, so daß in kurzer

Zeit das gesamte mehrstöckige Gebäude in Flammen stand. Über 150 Feuerwehrleute mußten zur Bekämpfung des Brandes eingesetzt werden, ehe sie ihn nach drei Stunden unter Kontrolle bringen konnten.

Der seit Jahrzehnten größte Brand in Lörrach forderte insgesamt 14 Verletzte, zwei Familien wurden durch das Feuer obdachlos. Der Sachschaden beläuft sich auf mehr als acht Millionen Mark.



Erdbeben auf der Ostalb und im Rheinland

Auf der Ostalb, im Raum Esslingen – Göppingen – Aalen – Ellwangen, bebte am Abend des 17. Mai 1982 die Erde: Es wurden Erdstöße der Stärke 3,7 auf der nach oben offenen „Richter-Skala“ registriert.

Wie Fachleute mitteilten, sind Beben dieser Stärke in der Bundesrepublik relativ selten. Einen Grund für solche Beben im bayrisch/baden-württembergischen Grenzraum sehen die Wissenschaftler jedoch in der Verschiebung von Erd-schollen im Erdinnern, speziell im Gebiet Schwaben, die durch einen von den

Alpen stammenden Druck verursacht wird.

Schäden wurden bei dem jüngsten Beben offensichtlich nicht festgestellt, in einigen Bereichen verschlechterte sich der Fernsehempfang, weil sich die Antennen durch die Erdstöße aus der Empfangsrichtung gedreht hatten.

Am Samstag, 22. Mai 1982, gegen 8.00 Uhr morgens, wurde auch das deutsch-niederländische Grenzgebiet 20 Kilometer nördlich von Aachen von einem Erdbeben erschüttert. Bürger des Ortes Heinsberg schilderten, daß bei dem nur zwei Sekunden anhaltenden Beben Bil-

der und Wandteller von den Wänden fielen, Gläser und Porzellan in den Schränken klirrten.

Die Erdbebenwarte der Universität Köln stellte fest, daß dieses tektonische Beben die Stärke 3,8 auf der Richter-Skala erreichte und noch im Umkreis von 50 Kilometern im Rheinland, in den Niederlanden und Belgien zu spüren war. Prof. Ahörner von der Bebenwarte erklärte, Beben dieser recht beachtlichen Stärke kommen nur alle paar Jahre im rheinischen Raum vor. Das bisher schwerste Erdbeben hatte sich 1951 im Raum Euskirchen ereignet, als die Marke 5,7 auf der Richter-Skala erreicht wurde.

Nach den Erschütterungen am 22. Mai 1982 wurden keine wesentlichen Schäden gemeldet, die Feuerwehr berichtete jedoch, daß viele Menschen aus Angst auf die Straße liefen. Die Wände hätten förmlich gewackelt, lautete der Kommentar eines Feuerwehrmannes.

Katastrophenschutz-Alarmübung in Stuttgart

Das Amt für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart löste eine unvermutete Alarmübung für die Einheiten des Katastrophenschutzes aus. Beteiligt waren das DRK mit zwei Sanitätszügen, der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Arbeiter-Samariter-Bund mit jeweils einem Sanitätszug, das Technische Hilfswerk mit fünf Bergungszügen sowie die Regieeinheiten (ABC-Dienst, Fernmeldedienst, Schutzraumbetriebsdienst und Versorgungsdienst). Festgestellt werden sollte der Zeitbedarf, der zum Herstellen der Einsatzbereitschaft benötigt wird.

Kurz nach 15.00 Uhr wurde der Übungsalarm über die Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr, die Leitstelle des DRK sowie telefonisch durch das Amt für Zivilschutz ausgelöst. Die überraschend hohe Zahl von 400 Helfern meldete sich innerhalb von eineinhalb Stunden bei ihren Sammelstellen, von wo aus sie sofort in ein angenommenes Schadensgebiet abrückten und dort verschiedene Übungsaufträge erfüllten. Gegen 21.00 Uhr wurde die Übung beendet.

In der Abschlußbesprechung waren sich das Amt für Zivilschutz und die Führungskräfte und Zugführer der Organisationen einig, daß das Übungsziel, die möglichst rasche Herstellung der Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes, voll erreicht wurde, und die hauptamtlichen Kräfte der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes, die in einem Katastrophenfall als erste die Schadensbekämpfung aufnehmen würden, rechtzeitig hätten abgelöst werden können.

Bundesregierung: Beachtliche Fortschritte bei der zivilen Verteidigung erzielt

Haushaltsansätze von 1977 bis 1982 um 39 Prozent gestiegen – Vorentwurf für Rahmenrichtlinien der Gesamtverteidigung erarbeitet

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte am 7. April 1982 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht (Bundestagsdrucksache 9/1561), bei der es um Fragen zur Gesamtverteidigung und zivilen Verteidigung geht (siehe Zivilschutz-Magazin 4/82, Seite 2). Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 21. April 1982 namens der Bundesregierung, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung, die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet (Bundestagsdrucksache 9/1587):

Den Fragen liegt die Annahme zugrunde, daß die Bundesregierung der Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 1980, bestimmte Maßnahmen für eine ausgewogene Gesamtverteidigung zu treffen, nicht nachkommt. Diese Annahme ist unrichtig.

Die Bundesregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß eine ausgewogene Gesamtverteidigung nicht nur militärischer Verteidigungsbemühungen, sondern auch entsprechender Anstrengungen für die zivile Verteidigung bedarf. Diese Politik hat die Bundesregierung in den letzten Jahren durch konkrete Maßnahmen umgesetzt und dabei beachtliche Fortschritte erzielt. Das wird auch in den trotz der Haushaltsenge bemerkenswerten Steigerungen der Haushaltsansätze der zivilen Verteidigung erkennbar.

Für den Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – ist von 1977 bis 1982 eine Steigerung von 552 Mio. DM auf 767 Mio. DM zu verzeichnen, das sind 39 v. H. Der auf den Zivilschutz entfallende Anteil ist sogar um 47 v. H. gestiegen, und zwar von 445,9 Mio. DM auf 655,3 Mio. DM. Die Finanzplanung sieht weitere Verbesserungen vor.

Dies zur Klarstellung vorangeschickt, beantwortet die Bundesregierung die Fragen im einzelnen wie folgt:

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um Rahmenrichtlinien zu erlassen, in denen die Organisation und Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen von Bund und Ländern geregelt werden?

In Ausführung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 1980, als Voraussetzung für eine ausgewogene Gesamtverteidigung entsprechende Rah-

menrichtlinien zu erlassen, ist unter gemeinsamer Federführung des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers des Innern ein Vorentwurf der Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung erarbeitet worden.

Nach Fertigstellung des Entwurfs wird dieser mit den übrigen Bundesressorts und den Ländern abgestimmt und dem Bundessicherheitsrat zur Billigung zugeleitet.

2. Wann ist mit einer abschließenden Regelung zu rechnen?

Bei der komplexen Materie wird das Abstimmungsverfahren einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleichwohl ist es das Ziel der Bundesregierung, die Rahmenrichtlinien bis zum Ende der 9. Wahlperiode fertigzustellen.

3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Zivilschutzgesetzgebung insbesondere durch Zusammenfassung des Zivilschutzgesetzes und des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zu vereinfachen und zu verbessern?

Die Arbeiten an einem neuen Zivilschutzgesetz, durch das die derzeit in verschiedenen Gesetzen geregelte Zivilschutzmaterie zusammengefaßt und aktualisiert werden soll, sind auf Referentenebene so weit abgeschlossen, daß hierüber in Kürze eine Entscheidung des Bundesministers des Innern erfolgen kann. Es ist vorgesehen, anschließend das Abstimmungsverfahren mit den übrigen Bundesressorts, den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den humanitären Hilfsorganisationen durchzuführen und möglichst noch in diesem Jahr abzuschließen. Nach dieser Planung kann der Gesetzentwurf im Frühjahr 1983 in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

4. Mit welchem Ergebnis ist die Bundesregierung dem Prüfungsersuchen des Innenausschusses nachgekommen, wonach zu prüfen war, daß

– in einem Spannungs- und Verteidigungsfall auch Wehrpflichtige und Reservisten zu Dienstleistungen im Bundesgrenzschutz und in den Einrichtungen und Einheiten der Zivilverteidigung zur Verfügung stehen sollen,

– mit Eintritt des Verteidigungsfall die Folgeverpflichtungen des Wehrpflicht- und Zivildienstrechts auch für die wegen ihrer Dienstleistung im Zivilschutz vom Wehr- und Zivildienst freigestellten Helfer verbindlich sein sollen?

Die aufgrund des Ersuchens eingeleiteten Prüfungen sind noch nicht vollständig abgeschlossen.

Nach den bisherigen Untersuchungen unter Einbeziehung der Kreiswehersatzämter, bei denen die Erfassung dieses Personenkreises durchgeführt wird, ist die Verfügbarkeit von im BGS ausgebildeten Männern ab Mitte 1986 erheblich eingeschränkt. Der Grund liegt in der neuen Personalstruktur der Beamten des BGS, dem künftig nur noch auf Lebenszeit eingestellte Beamte angehören. Die ehemaligen Beamten des BGS alten Rechts scheiden aus Altersgründen allmählich aus der Wehrüberwachung aus.

Diese Entwicklung könnte zwar auf der Grundlage des § 49 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes durch die Heranziehung – ungedienter – Wehrpflichtiger ausgeglichen werden. Bei diesem Personenkreis ergibt sich jedoch als bedeutsame Erschwernis für die Heranziehung, daß er zunächst eine intensive, den wahrzunehmenden polizeilichen Aufgaben entsprechende Ausbildung zu durchlaufen hätte. Dies gilt gleichermaßen für die Heranziehung von Reservisten der Bundeswehr, falls dies aufgrund einer Gesetzesänderung ermöglicht würde.

Im Hinblick auf diese notwendigen Ausbildungen wird z. Z. noch geprüft, ob eine derartige Grund- bzw. Zusatzausbildung im Rahmen der gegebenen organisatorischen Verhältnisse im BGS überhaupt möglich sein würde.

Bei der Erarbeitung eines Entwurfs eines neuen Zivilschutzgesetzes wird auch die Frage zu klären sein, ob auf der Grundlage des Artikels 12a des Grundgesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Zivilschutzdienstpflicht im Verteidigungsfall geschaffen werden sollen. Daher wird sich die Bundesregierung hierzu erst nach Abschluß der erwähnten Abstimmungsgespräche über den von ihr einzubringenden Gesetzentwurf äußern.

Ulrich Weidner

Ein Beispiel aus Skandinavien:

Zivilschutz in Finnland

Im „Land der tausend Seen“ gibt es für über 50 Prozent der Bevölkerung Schutzräume – Eine vielbeachtete Zivilschutz-Organisation – Teil II



Ein Felsenschutzraum im Bau, die Gesteinsarbeiten sind bereits beendet.



Für die Verlegung von Leitungen werden Bolzen in den massiven Felsen getrieben.

Ich sitze in einem der bequemsten Sessel, den ich je in einer europäischen Eisenbahn vorgefunden habe. Seit geraumer Zeit geht die Fahrt – nicht eben im TEE-Tempo, aber zügig – durch eine Landschaft, die sich der gestreßte Mitteleuropäer wünscht: Wald, Wald, soweit man schauen kann. Das Land scheint menschenleer, obwohl der Zug ab und zu an einem Holzhaus hält – Bahnhöfen, in die Gegend eingepaßt, für mich aus dem vorigen Jahrhundert stammende Gebäude, alleinstehend, wie zufällig hingebaut.

Von Turku fahre ich die 160 Kilometer zurück in die Hauptstadt Helsinki, quer durch die südlichste Spitze Finnlands. Morgens hatte ich das Flugzeug genommen, das Hausfrauen mit Einkaufstaschen und Landwirte mit offensichtlich für den Hof erworbenen Gütern so selbstverständlich wie einen Vorortbus auf der Rückfahrt von der City aufs Land benutzten. Turku ist jene Stadt, die mir bis dahin nur dem (schwedischen) Namen nach bekannt war, wie jedem Gelegenheits-Kreuzworträtselrater: Abo, vor vielen Jahren – unter schwedischer Herrschaft – die Hauptstadt, mit der ältesten Universität. Verlockend-idyllisch die vorgelagerten Inseln und Inselchen, ein

Paradies für Wassersportler. Turku ist für die mit der Fähre herüberkommenden Schweden eine Oase, hier gibt es Öl, also Bier, so viel man will, und den verteuert guten, aber umso gefährlicheren finnischen Wodka – ohne die bekannten „Bezugsprobleme“ wie in Stockholm.

Ich fahre also durch den stärker besiedelten Süden in Richtung Helsinki. Dichter bewohnt? Das ist schwer zu glauben, denn das eintönige Tack-tack der stählernen Räder auf den Schienen – die großen Temperaturunterschiede im Winter wie Sommer zerstören den besten Schienenunterbau und zwingen zu gemäßigttem Tempo – wird selten durch Aufenthalte an jenen einsamen Bahnhöfen unterbrochen. Stärker besiedelt bedeutet hier, so die Statistik, fast 100 Einwohner je Quadratkilometer; im Norden Finnlands sind es nur zwei! Sechzig Prozent der 4,7 Millionen Finnen leben in diesem südlichen Raum.

Meine lebenswürdigen Gastgeber haben mir versichert, daß es hier in Finnland für über 50 Prozent der Menschen Schutzräume gibt, 2,4 Millionen Schutzplätze, und jedes Jahr werden 80 000 bis 100 000 neue errichtet. Gerade hier im Süden ist der Schutzraumbau weit vorangetrieben wor-

den; in Helsinki – eine halbe Million Einwohner – existieren bereits für 83 Prozent der Bürger Schutzplätze. Es drängt sich mir die Frage auf, warum die Finnen angesichts der Weite ihres Landes nicht umfassender – wie etwa ihre schwedischen Nachbarn – die Evakuierung in ihr Zivilschutzkonzept einbezogen haben. Lediglich in Gebieten, die als potentielle Angriffsziele angesehen werden, ist eine Evakuierung von etwa 800 000 Personen – Mütter mit Kindern, Alte und Kranke – geplant.

Schutzraumbau in Finnland

Die Zahlen der Schweiz sind jedem, der mit Zivil- und Katastrophenschutz in irgendeiner Weise zu tun hat, bestens geläufig: Gegen neunzig Prozent der Schweizer haben „ihren“ Schutzplatz, bis 1990 soll jeder Eidgenosse einen Schutzplatz haben. Aber Finnland, dieses weiträumige, für unsere Begriffe fast menschenleere, knapp anderthalbmal so große Land wie die Bundesrepublik – Schutzplätze für mehr als die Hälfte aller Bürger?

Ihrer geographischen und politischen Lage entsprechend sehen die Finnen den

Schutzraumbau als rein defensiv-humanitäre Schutzmaßnahme für die Menschen, allerdings steht das Gesetz dahinter: Für die hundert „Schutzobjektgemeinden“ (von insgesamt 460) besteht gesetzliche Schutzbaupflicht. Als Schutzobjektgemeinden sind die größeren und mittleren Städte sowie strategisch wichtige Punkte klassifiziert. Der Schutzbaupflicht nachkommen muß jeder Bauherr, der massive Gebäude in der Größe von mehr als 3000 Kubikmeter umbauten Raumes errichten läßt, bzw. Um- und Erweiterungsbauten vornimmt.

Die Kosten trägt der Bauherr übrigens selbst. Für die Mieter und Bewohner kleinerer Gebäude errichtet der Staat bzw. die Gemeinde Schutzräume.

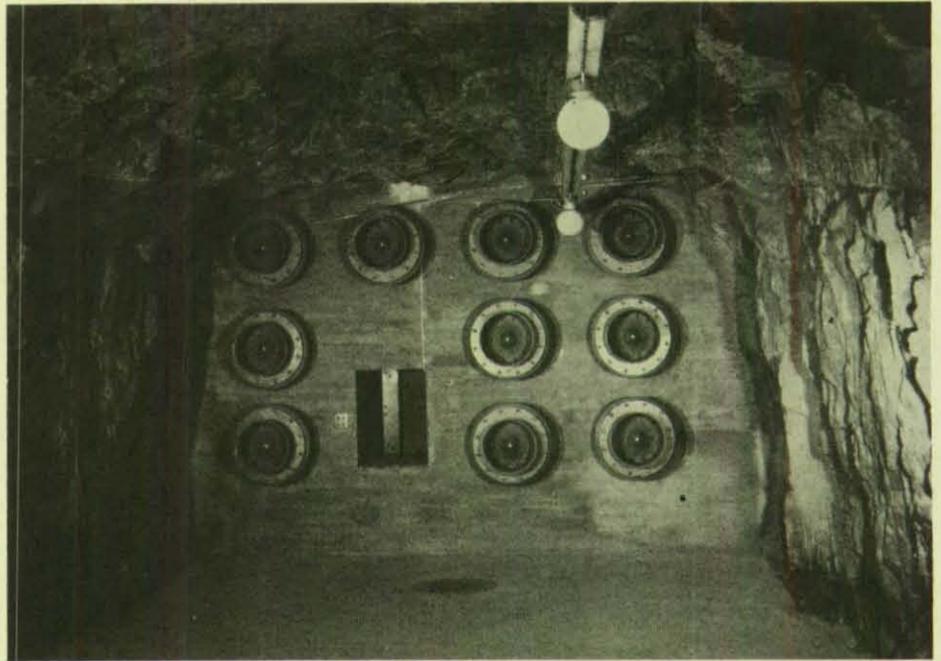
Vorgeschrieben ist auch der Schutzzumfang; die Finnen unterscheiden den Schutzzumfang S 1, S 3 und S 6. Diese Merkmale entsprechen internationalem Standard, es wird hier der Wert des Überdrucks angegeben, dem die Anlagen standhalten, also 1, 3 bzw. 6 Kilopond Druck je Quadratzentimeter. S 1- und S 3-Schutzräume werden aus Stahlbeton gebaut, S 6 grundsätzlich als „Felsenschutzraum“ errichtet. Auch die Kapazitäten sind geregelt: S 1 wird gebaut bis 150 Personen, S 3 bis maximal 750 Personen, größere Anlagen sind immer Felsenschutzräume.

Über zwei Millionen Schutzplätze wurden bisher von privaten Bauherren errichtet (überwiegend S 1), die weiteren sind in Felsenschutzräumen verfügbar. Eine Feststellung sei eingefügt, daß nämlich die Kosten für einen S 1-Schutzplatz etwa 1400 Finnmark, für einen Schutzplatz im Felsenschutzraum jedoch 3000 bis 4000 Finnmark betragen (1 FMK etwa 0,50 DM).

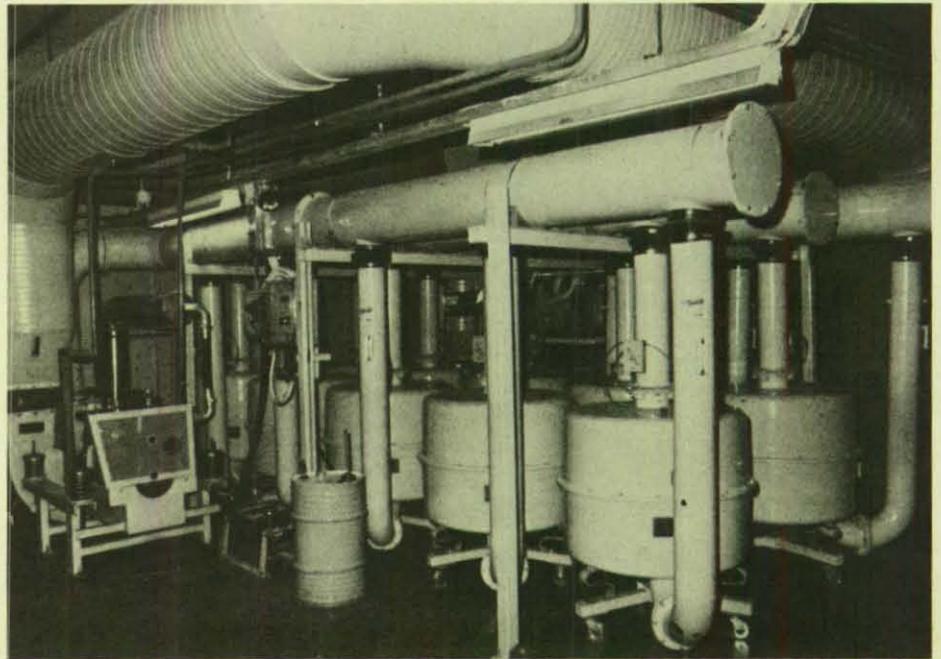
Ein Beispiel: Die Tempelkirche

Helsinki ist das geistige, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum Finnlands, ein Zehntel der Gesamtbevölkerung lebt hier. Für 83 Prozent der Bürger stehen heute schon Schutzplätze bereit, Mitte der achtziger Jahre – so in einem offiziellen Prospekt der Stadt – soll es in Helsinki mehr Schutzplätze als Einwohner geben.

Nach Angaben der Stadtverwaltung sind 2900 private Schutzräume mit 318000 Schutzplätzen sowie 26 öffentliche Felsenschutzräume für 76000 Personen fertiggestellt. Helsinki, weitgehend auf gewachsenem Felsen gebaut, errichtet zunehmend Felsenschutzräume, die zum Teil als Gemeinschaftsschutzräume getrennte Hauschutzräume ersetzen werden. Ein Hauptgrund für den Bau der Felsenschutzräume ist die bessere Nutzung in Friedenszeiten. Dazu gibt es interessante Beispiele, etwa die Tempel- oder Felsenkirche in der Dagmarstraße. Diese meistbesuchte Kirche



Die druckdichte Abschlußwand eines S 6-Felsenschutzraums mit zehn Überdruckventilen und Notausstieg.



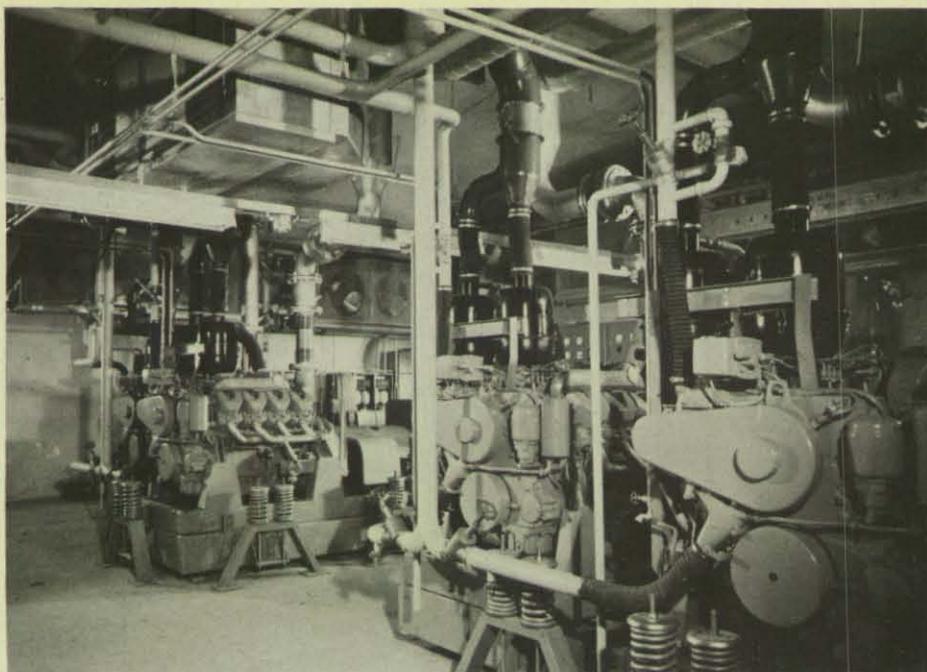
Zwei Filtereinheiten für die Schutzluftversorgung eines Großschutzraums für zweimal 1500 Personen. Die Kapazität der Filteranlage beträgt zweimal 3000 Kubikmeter/Stunde gefiltert, zweimal 9000 Kubikmeter/Stunde ohne Filterdurchsatz. Die Filter stehen zur Schockisolierung abgedockt auf Rollen.

Helsinki wurde aus einem gewaltigen Felsen gesprengt und mit einer großen Glaskuppel versehen, 1969 eingeweiht. Unter der Kirche liegt – sieben bis zwölf Meter unter dem Felsen – ein 1942 begonnener und 1963 weitergebauter Schutzraum für 450 Personen, der als Ausbildungs- und Ausstellungszentrum des Zivilschutzes genutzt wird. Erweitert hat die Stadt in den Jahren 1973 bis 1978 diese Anlage um einen S 6-Schutzraum für 6000 Menschen, der als unterirdischer Parkplatz für 220 Fahrzeuge dient. Über 36000 Kubikmeter Felsen wurden dafür herausgesprengt. Die Kosten für diese Anlage, die

unter 20 Metern „Felsendach“ liegt, betragen rund 13 Millionen DM, wovon allein fast ein Viertel die Sprengungen und der Abtransport des Gesteins verschlangen.

Ein Beispiel: Die U-Bahn

Im Jahre 1969 beschlossen die Stadtväter von Helsinki – nach 15jähriger Planungszeit – den Bau einer U-Bahn, dabei sollten in fünf großen Metro-Stationen Mehrzweckanlagen entstehen, die insgesamt 16700 Schutzplätze umfassen. Zwei Stationen wurden 1978 fertig, das zunächst 11,2 Kilometer lange Streckennetz wird



Blick in die Notstromanlage eines Großschutzraumes. Die Dieselaggregate sind schockisoliert montiert.



Friedensmäßige Nutzung eines Felsenschutzraumes: Hier finden Autorennen in miniature eines Hobbyclubs statt. Unter der Decke sind die Lüftungsleitungen zu erkennen.

1982 versuchsweise betriebsbereit sein. 600 000 Kubikmeter Gestein waren zu bewegen, über eine Milliarde Finnmark betragen die Baukosten.

Der Zivilschutz-Chef drückt einen Knopf – und wie von geheimnisvoller Kraft getrieben „wächst“ aus dem Boden eine massive Stahlwand. Wir stehen vor einem der Abschlüsse, die im Zivilschutzfall die Ausgänge der Metro-Station Hakaniemi gasdicht gegen die Außenwelt abschirmen. Der U-Bahnhof Hakaniemi im Osten der Stadt mit seinem Fassungsvermögen von 4 000 Personen ist zwar bei weitem nicht der größte Schutzraum – ein Objekt mit

11 600 Schutzplätzen (Felsenschutzraum) ist im Bau – aber sicher einer der bautechnisch interessantesten. Denn hier mußten die Tunnelbauer den sogenannten Kluuvi-Graben durchstoßen, ein geologischer Graben, der aus wechselnden Bodenschichten besteht, also nicht aus dem sonst in ganz Helsinki vorzufindenden Felsen.

Zum Vortreiben der beiden U-Bahn-Tunnel (je sechs Meter Querschnitt) wurde „die Vereisungsmethode“ gewählt. In 25 Metern Tiefe wurden die zu bohrenden Strecken von 40 Meter Länge – an beiden Enden fand sich wieder Fels – durch eine dreimo-

natige Vereisung in „Frostzylinder“ verwandelt. Ohne die Gefahr von Wassereintrüben oder des Einsturzes des Erdreiches konnten die Tunnelröhren dann – allerdings von Hand – vorgetrieben werden. Um Tunnel und Metro-Stationen auszubauen, wurden 16 000 Kubikmeter Beton eingebracht. Die baulichen Mehrkosten je Schutzplatz (einschließlich eines Wasservorrates von 30 Litern je Person, Notstromaggregaten usw.) betragen 2 400 bis 2 800 Finnmark (Stand August 1979).

Schwimmen und sprinten im Schutzraum

Hat skandinavisches Design – etwa bei kunstgewerblichen Glas, Porzellan und Möbeln – Weltruf, so fasziniert ebenso die überaus funktionale Architektur den mitteleuropäischen Besucher. Die Architekten Saarinen und Aalto sind die international anerkannten finnischen Wegbereiter der Moderne. Ästhetik und Zweckmäßigkeit kennzeichnen das großartige, neuerrichtete finnische Parlament in Helsinki, unter dem sich ein unterirdisches Schwimmbad mit Sauna – die nicht fehlen darf – Ruheräume für die Abgeordneten, ein Café usw. befindet. Keiner der Besucher dieser „Unterwelt“ käme auf den Gedanken, daß er sich in einem Großschutzraum für 2 500 Personen aufhält.

Überhaupt ist es für den Bundesdeutschen, der Großschutzräume nur als U-Bahn-Stationen oder unterirdische Garagen kennt, mehr als verblüffend, welche Zweckbestimmung die zahlreichen Felsenschutzräume in Friedenszeiten haben: Es gibt bereits zwei Schwimmbäder (mit 25-Meter-Bahnen!), eine Diskothek, Übungsräume für Pop-Gruppen – sogar das städtische Orchester übt unter der Erde –, Spielhallen, Clubräume für Segelflieger, Gymnastikgruppen, Judovereine usw. Sogar eine 180 Meter lange, gerade Felsenhalle mit einer Sprintstrecke ist vorhanden.

Vergleichbares gibt es nur in Norwegen, wo ebenfalls ein „Schutzraum-Schwimmbad“ in Betrieb ist. Die finnischen Fachleute können dem staunenden Besucher imponierende Zahlen nennen: So herrschen in diesen Felsenhallen immer – Sommer wie Winter – Temperaturen um 10 Grad plus; rund 60 Prozent der Heizkosten können gegenüber einer oberirdischen Anlage eingespart werden. Im Zeitalter der hohen Energiekosten ist dies ein Faktor, der zählt! Am Rande: Die Eishockey-Weltmeisterschaft, die dieses Jahr in Finnland stattfand, ist gerade zu Ende – in zwei oder drei Jahren werden die finnischen Cracks auch im „Souterrain“ spielen können, denn dann sind die ersten Felsen-Eishockeyplätze fertiggestellt. Der Nutzung von Zivilschutzräumen sind in Finnland offenbar keine Grenzen gesetzt.

In 24 Stunden betriebsbereit

Natürlich darf bei all dieser zweckmäßigen Nutzung die eigentliche Bestimmung nicht außer acht gelassen werden. Für die Schwimmbäder wie für die Kegelbahnen, Orchester-Proberäume und natürlich die ebenfalls vorhandenen unterirdischen Garagen gilt die Bestimmung: Innerhalb von 24 Stunden muß die Betriebsbereitschaft als Schutzraum hergestellt werden können. Dieser Zeitfaktor spielt bei allen finnischen Bemühungen um den Schutz der Bürger im Verteidigungsfall eine große Rolle.

Trinkwasser fließt unterirdisch

Wie die Planungen allgemeiner Versorgungseinrichtungen mit zivilschutztaktischen Überlegungen verknüpft werden können, zeigt ein weiteres interessantes Beispiel: der Bau des sogenannten „Päijänne-Tunnels“. Da in einigen Stadtbezirken Helsinkis in den achtziger Jahren die normale Wasserversorgung nicht mehr ausreichen wird, wurde 1973 mit dem gewaltigen Projekt des Tunnels begonnen. Der Plan sieht vor, von dem rund 120 Kilometer nördlich der Hauptstadt gelegenen Päijänne-See einen Felstunnel zu bohren, der etwas über zwei Meter Durchmesser hat und durch den zwischen 6,5 und 13 Kubikmeter Wasser je Sekunde fließen sollen. Der Tunnel liegt 30 bis 130 Meter unter Erdgleiche und ist damit „bombensicher“, um es einmal so auszudrücken.

Gebaut wird seit 1973 in drei Abschnitten, rund vier Millionen Kubikmeter Felsschutt muß bewegt werden. In Abständen von jeweils fünf Kilometern wurde das Gestein an die Oberfläche transportiert.

In diesem Jahr soll das Gesamtprojekt fertiggestellt sein, mit Kosten von rund 350 Mio. Finnmark wird gerechnet. Mit dem Wasser des 120 Kilometer entfernten Sees kann der Bedarf von rund einer Million Menschen im Großraum Helsinki sichergestellt werden. Im übrigen soll der Tunnel der längste Felstunnel der Welt sein.

Der Zivilschutz in Helsinki

Wie funktioniert nun – auf der Basis von über 50 Prozent Schutzräumen für alle Finnen bzw. über 80 Prozent für die Bürger der Hauptstadt – der Zivilschutz generell? Der weitaus größte Teil aller planerischen und praktischen Vorbereitungen ist Aufgabe der Kommunen. Der Zivilschutz – hier am Modell der Stadt Helsinki – wird organisiert vom städtischen Amt für Zivilschutz mit dem Ortschef an der Spitze. Das Aufsichtsgremium ist der sogenannte Aus-



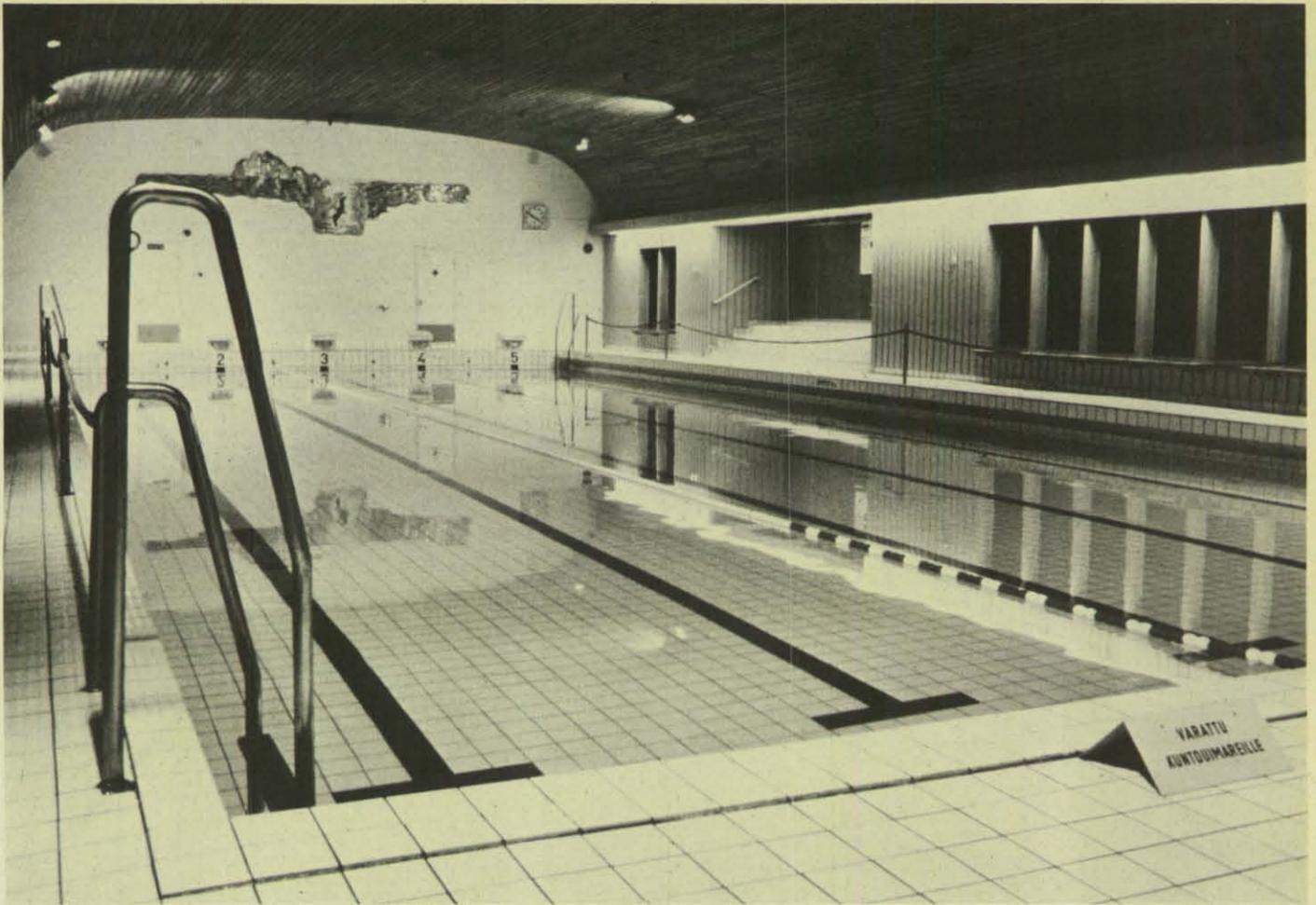
Hier fliegt der Ping-Pong-Ball über die grünen Platten – aber auch dies ist ein Felsenschutzraum, wie die Felswand rechts im Bild zeigt.



Judo, Karate und Aikido wird auf den Matten geübt. Die komplizierte Installation an der Felsdecke weist auch hier auf die Zivilschutzanlage hin.



Auf die Plätze – fertig – los! Fünfzig Meter lang ist diese Sprintstrecke im Schutzraum. In Kuopio gibt es inzwischen bereits eine 180 Meter lange Bahn für schnelle Beine.



Das ist – mit einer Ausnahme in Norwegen – einzigartig in der Welt: Ein Hallenschwimmbad im Felsen, oder besser gesagt, im Schutzraum. Die Decke des Bades, das in Mikkeli gebaut wurde, ist mit Holz verkleidet.

schuß für Zivilschutz, dem die Koordination aller Bereiche (Feuerwehr, Baubehörde, Gesundheitswesen, Sozialwesen usw.) obliegt.

Das Stadtgebiet ist in neun „Schutzabschnitte“ aufgeteilt, die wiederum drei bis sieben „Schutzsektoren“ umfassen. Die nächste Ebene bilden die „Untersektoren“ und schließlich sogenannte „Schutzeinheiten“ (insgesamt 1400 in Helsinki). Nach § 32 des finnischen Zivilschutzgesetzes aus dem Jahre 1958 sind alle Bürger, männlich wie weiblich, im Alter von 16 bis 64 Jahren verpflichtet, Zivilschutzaufgaben zu übernehmen, wenn der Kriegszustand erklärt worden ist, Krieg droht oder ein generelles Erfordernis besteht.

Die Führungskader der Einheiten des Zivilschutzes bestehen weitgehend aus den Beamten und öffentlich Bediensteten, die auch im Frieden entsprechende Aufgaben wahrnehmen, die Mitarbeiter der Gesundheitsbehörden sind für den Sanitätsdienst verplant, die Männer der Straßenbauverwaltung für den Bergungsdienst usw. Der Zivilschutz verfügt über bewegliche Formationen (Führungs-, Aufklärungs-, Bergungs-, Brandschutz- und Sanitätseinheiten); hinzu kommen ortsfeste Einrichtungen (Sanitätshilfsstellen, Alarmgruppen,

Evakuierungsstellen). Auf der untersten Ebene, den „Schutzeinheiten“, ist der Selbstschutz organisiert, der mit Hilfe des Finnischen Zivilschutzverbandes organisiert und ausgebildet wird.

Zum Zivilschutz in Helsinki (500000 Einwohner) ein paar Zahlen: Für Führungs-, Leitungs- und Aufklärungsaufgaben stehen im Falle der „erhöhten Bereitschaft“ 1200 Kräfte bereit; bei der Stufe „höchste Bereitschaft“ sogar 2000. Im Bergungsdienst sind 1600 bzw. 1800 Männer einsatzbereit, für den Brandschutz 650 bzw. 1800. Im Sanitätsdienst lauten die Zahlen 1650 bzw. 1800 und für Versorgungsaufgaben, Evakuierungen, Obdachlosenhilfe 1300.

Das Personal für die Stufe „erhöhte Bereitschaft des Zivilschutzes“ rekrutiert sich – wie schon erwähnt – hauptsächlich aus öffentlich Bediensteten, bei „höchster Bereitschaft“ – die nur von der Staatsregierung angeordnet werden kann – treten weitere Personen bis zur Sollstärke hinzu.

Geführt wird der Zivilschutz vom „Stadtkommandoposten“ aus, dem Stadtdirektor als Leiter steht eine Führungsgruppe zur Seite, die aus seinem Stellvertreter, dem ZS-Ortschef, den Chefs der Feuerwehr,

des Sanitätsdienstes, der Versorgung, der Polizei, des Straßen- und Wasserbaus sowie einem hohen Offizier gebildet wird. Diese Gruppe übt mindestens einmal im Jahr. Für wichtige Aufgaben werden dabei „Büros“ eingerichtet, und zwar für Einsatz, Information, Brandbekämpfung, Sanitätsdienst, Bergung und Versorgung. Insgesamt 110 Stadtbedienstete stellen die Führung sicher.

Das Hilfspotential

Im Falle der Alarmierung sammeln sich die 48 Brandschutzzüge, 12 Bergungszüge, 9 Bergungskompanien und 24 Sanitätszüge entweder in innerstädtischen Stützpunkten – wo Gerät und Ausrüstung bereitstehen – oder außerhalb des Stadtgebiets. Die Einsatzkräfte können übrigens in Schutzräumen stationiert werden. Die Führung der Einsatzgruppen haben grundsätzlich im Schadensgebiet die höchsten Beamten des Brandschutz- oder Bergungsdienstes. Über Funk stehen sie mit dem „Stadtkommandoposten“ in ständiger Verbindung. Nach einem genauen Plan kann Nachbarhilfe, Hilfe aus dem umliegenden Gebiet, aus dem Bezirk oder sogar entfernten Räumen angefordert werden.

Für den überörtlichen Einsatz wurden sogenannte „Fernhilfe-Kolonnen“ gebildet; in 15 Abteilungen zu je 660 Mann gegliedert, sind diese Kolonnen sehr mobil und können schnell verlegt werden. Jede Kolonne verfügt über Brandschutz-, Bergungs-, Sanitäts- und Versorgungseinheiten.

Die Alarmierung

Der allgemeinen Alarmierung dienen in Helsinki elf Hochleistungssirenen, die etwa 80 Prozent des Stadtgebietes abdecken.

Ferner sind noch rund 100 elektrische Sirenen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges vorhanden, die teilweise wieder in Betrieb genommen wurden. Für einen „stillen“ Vorausalarm ist der Stadtkommandoposten mit ca. 500 Werken, Büros, Geschäften und sonstigen Einrichtungen durch ein Leitungsnetz verbunden; über dieses Netz wird normalerweise „Hintergrundmusik“ gesendet, im Alarmfall können Durchsagen abgesetzt werden. Tausende von Bürgern sind auf diese Art und Weise „lautlos“ zu alarmieren.

Die materielle Ausstattung

Eine einfache wie zweckmäßige Lösung haben die Finnen im Hinblick auf die materielle Ausstattung des Zivilschutzes gefunden: Es wird das Material verwendet, das bereits in Friedenszeiten bei der Stadt vorhanden ist. Dieses Gerät deckt den Bedarf zu etwa 50 Prozent, weitere Ausstattung muß beordert werden. Erprobt wurde z. B. der Umbau von 80 städtischen Autobussen zu Krankenwagen, diese Umrüstung erfolgt – so der Zivilschutzchef – in kürzester Zeit. Jeder Bus hat eine Kapazität von 15 Tragen.

Pläne für Evakuierungen

Bei der Größe des Landes und der relativ dünnen Besiedelung (im Durchschnitt 15 Menschen je Quadratkilometer) stellt sich fast automatisch die Frage nach Evakuierungen. Anders als im Nachbarland Schweden, wo Evakuierungen seit vielen Jahren eine große Rolle im Zivilschutzkonzept spielen, halten die Verantwortlichen in Finnland solche Maßnahmen nicht für eine „Ideallösung“. Das große Problem, so erläuterte der Zivilschutzchef von Helsinki dem Berichterstatter, ist die Frage: Evakuieren oder nicht, und vor allem wann?

Es gibt allerdings für Helsinki Pläne, etwa die Hälfte der 500 000 Einwohner in Außenbezirke (50 bis 150 Kilometer entfernt) zu verlegen; dies kann in zwei bis drei Tagen erfolgen. Für die Evakuierung sind Zeit- und Streckenpläne vorbereitet, Transportpläne – u. a. für die Eisenbahn – ausgear-



Die komplizierte Überwachungsanlage in einem Großschutzraum in Helsinki.



Steuerstand für die technischen Anlagen eines Großschutzraumes, schockisoliert, wie die Federn oben im Bild zeigen.



Der Felsenschutzraum in der Dagmarstraße in Helsinki bietet 220 Fahrzeugen Parkmöglichkeiten; im Verteidigungsfall finden 6000 Personen Schutz.



Unter der Felsen- oder Tempelkirche, dem meistbesuchten Gotteshaus der finnischen Hauptstadt, liegt im Felsen das Informations- und Ausbildungszentrum des Zivilschutzes.



Oben: Besucher können sich in dem Informationszentrum auch anhand von Modellen und Schautafeln einen Überblick über den Zivilschutz in Helsinki verschaffen.



Links: Der Finnische Zivilschutzverband hat für die Bevölkerung eine permanente Zivilschutzausstellung geschaffen, die in Helsinki stets gut besucht ist.

beitet. 500 Beamte der Stadt wurden für entsprechende Aufgaben ausgebildet.

Problem: die Ausbildung

Ein generelles Wort zur Ausbildung im Zivilschutz: Das Amt für Zivilschutz der Stadt führt jährlich 70 bis 100 Ausbildungslehrgänge durch, für die praktische Ausbildung steht ein eigenes Übungsgelände zur Verfügung. An den Lehrgängen nehmen rund 2000 Personen teil. Führungslehrgänge finden an der Bevölkerungsschutzschule statt.

Im Selbstschutz und in der Ersten Hilfe werden jährlich rund 10000 Bürger der Stadt Helsinki ausgebildet.

Insgesamt besteht in der Ausbildung noch ein erheblicher Nachholbedarf. Während etwa 75 Prozent der Führungskräfte und 50 Prozent der Unterführer ausgebildet sind, liegt der Prozentsatz der geschulten Helfer bei nur 30 Prozent.

Die Finanzen

Abschließend ein Blick auf die Finanzen. Die Stadt Helsinki wandte 1979 27,5 Mio. Finnmark für den Zivilschutz auf (1 FMK ungefähr 0,50 DM). Davon entfielen 11,7 Mio. auf den öffentlichen Schutzraumbau. Die Ausgaben für den Zivilschutz betragen – gemessen an allen städtischen Aufwendungen – nur 0,5 Prozent; eine Zahl, die recht bescheiden anmutet. Nicht enthalten sind die Aufwendungen für den privaten Schutzraumbau und die Mittel des Staates, insgesamt wird in Finnland das Verhältnis von ziviler zu militärischer Verteidigung mit 1:5 angegeben (Schweiz: 1:13). Damit läge Finnland – nicht absolut, aber im Verhältnis – an der Spitze in der Welt.

Der Finnische Zivilschutzverband

„Die Bedeutung der freiwilligen Zivilschutzarbeit ist wichtig gewesen, zuweilen schon entscheidend in der Geschichte unseres Landes. Die Totalität des Krieges erfordert auch in der Zukunft einen immer größeren Anteil des freiwilligen Zivilschutzes. Mit den gemeinsamen Bestrebungen des Staates und dem freiwilligen Zivilschutz haben wir noch Möglichkeiten, in dieser Welt der steigenden Waffenrüstungen durchzukommen. Wir müssen bereit sein, eine genügende Lebensversicherung zu zahlen“. Diese ganz und gar einleuchtende Begründung für eine freiwillige Mitarbeit im Zivilschutz gab der Generalsekretär des Finnischen Zivilschutzverbandes, Gunnar Öhman. Öhmans Verband ist die älteste Institution dieser Art in der Welt;



1927 gegründet, konnte die Organisation 1977 bereits auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken.

Der Verband wird von 35 selbständigen Vereinen im ganzen Land gebildet, die sich weitgehend selbst finanzieren, nämlich zu rund 70 Prozent. Dieses Geld wird aufgebracht durch Beiträge des finnischen Geldspielautomatenverbandes, der Zivilschutzstiftung der Industrie, durch Mitgliedsbeiträge und durch den Verkauf von Zivil- und Selbstschutzmaterial.

So sind fast alle größeren Gemeinden Finnlands (rund 400) Mitglied des Verbandes, ferner 1 200 Firmen und viele Vereine. Aber auch eine Einzelmitgliedschaft ist möglich. Die restlichen 30 Prozent der Finanzierung stellt der Staat sicher.

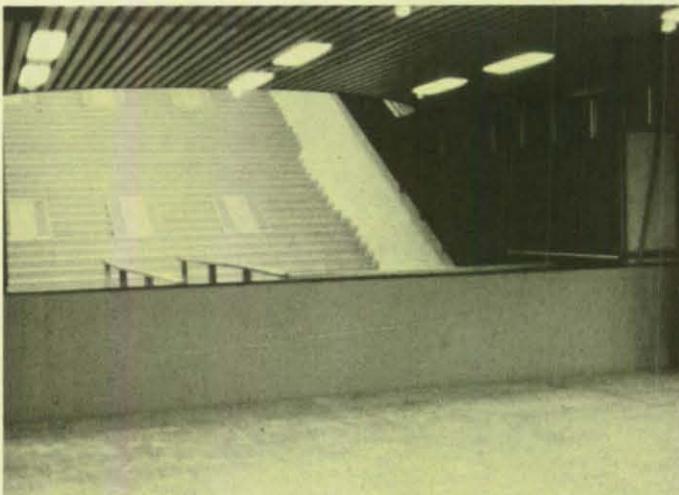
Die Arbeit des Verbandes beruht einerseits auf der selbstgestellten Aufgabe der Unterstützung des staatlichen Zivilschutzes, andererseits auf den Tätigkeiten, die dem Verband durch das Zivilschutzgesetz übertragen worden sind. Das ist in erster Linie die gesamte Information der Bevölkerung, und, gemeinsam mit dem Roten Kreuz und verschiedenen Frauenorganisationen, die Beratung und Ausbildung der Bürger im Selbstschutz. 1978 wurden z. B. 16 000 Personen im Selbstschutz ausgebildet, davon rund die Hälfte Frauen.

Auch die Ausbildung der Unterführer und Mannschaften des Zivilschutzes obliegt dem Zivilschutzverband, ferner die Unterrichtung des Personals der „Schutzeinheit-

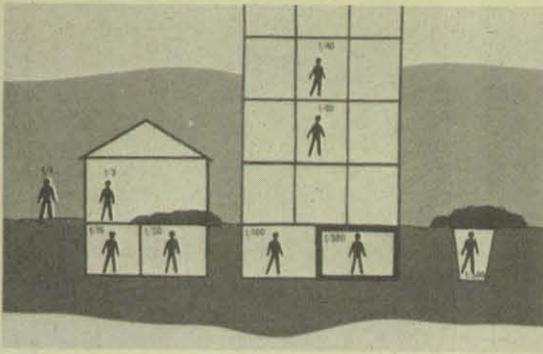
Das Personal eines Kaufhauses in Helsinki übt Erste Hilfe. Kunden (im Hintergrund) sind kritische Beobachter.



Die U-Bahn-Station Hakaniemi im Osten der Stadt ist als Großschutzraum konzipiert.



Der Eingangsbereich der Metro-Station muß druck- und gasdicht abgeschlossen werden können. Dazu fanden die Konstrukteure eine interessante technische Lösung: Die massive Stahlwand „wächst“ auf Knopfdruck von unten aus dem Boden.



Kuva 214: Esilaisten tilojen antama suoja säteilyä vastaan.

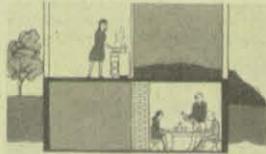
Väestönsuoja paksumine rakenteineen on paras turva säteilyäkin vastaan. Ellei väestönsuojaa ole, suojaudutaan säteily-suojaan. Tarkista suojatilanteesi liitteenä olevan ohjeen mukaisesti. Kärjään on suojattava säteilyltä.

tava suojassa ja rakennuksen sisäosissa. Tärkeiden tehtävien vuoksi niistä voi kuitenkin poistua lyhyiksi hetkiksi. Tarkemmat ohjeet annetaan tilanteen mukaisesti. Laskeman jälkikäteen voi vaa-
tia pitkäaikaisia toimenpiteitä.



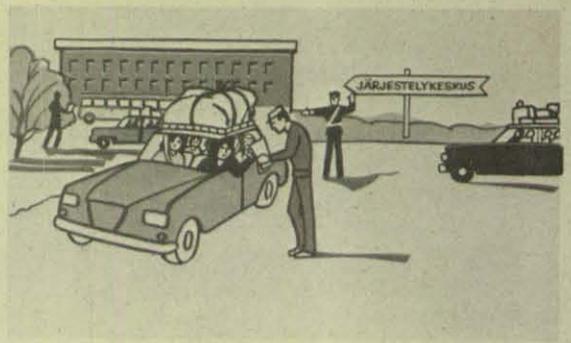
Kuva 215: Katjan säteilysuoja.

Suojautumisajan pituus riippuu radioaktiivisen laskeuman voimakkuudesta. Yhtäjaksoisesti on suojassa oltava yleensä vähintään kaksi vuorokautta. Tämän jälkeenkin on jatkuvasti oleskel-



Kuva 216: Ljvennety suojautuminen.

Radioaktiivinen saaste voi pölyn mukana joutua ilmiöön hengitysilman, ruoan ja juoman välityksellä eleei käytetty suojelumenetelmiä.



Kuva 148: Evakuoinnissa on etusija ihmisillä.

Jos siirryt yleisillä evakuoitinkuljetuksilla, ota kehotuksen saatuasi varusteeksi, pidä perheesi kanssa, mene talon tai taloryhmän kokoontumispaikkaan. Täältä saat opastuksen lähellä sijaitsevaan kokoontumiskeskukseen, josta kuljetukset alkavat. Täältä saat tarpeelliset tiedot.

hain- ja lastenkodit ja muut vastaavat hoitolaitokset siirretään laitoksina henkilökunneen.



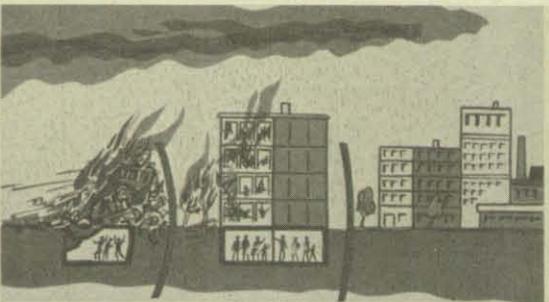
Kuva 149: Yleiset evakuoitinkuljetukset alkavat läheisestä kokoontumiskeskuksesta.

Viranomaiset noutavat kotoa ne, jotka vanhuuden, sairauden tai muun syyn takia eivät itse pysty siirtymään. Van-



Kuva 150: Liikuntakyvyttömät noudetaan kotoa.

Sijoituskuntiin perustetaan vastaanotto-
paikkoja. Täältä väestö ohjataan jakopaikkojen kautta sijoitustaloihin.

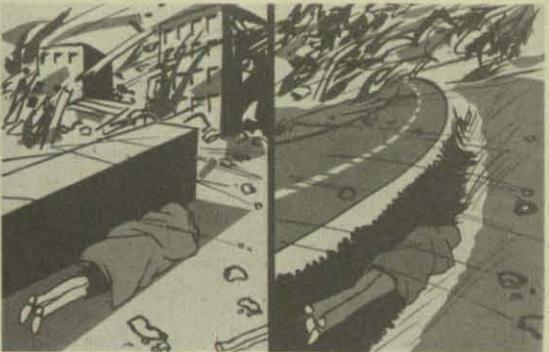


Kuva 219: Ydinsäähdyksen välittömät vaikutukset.

Ydinsäähdyksen kirkkaan leimahduksen näkyessä on heti suojauduttava siinä paikassa, missä on. Kysymys on sekunneista. Ulkona heittäydytään seinän tai muun rakenteen suojaan, kiven taakse tai kuoppaan, ja sisällä ikkunoiden väliin. Ihon paljait kohdat erityisesti kasvat ja

kädet, suojataan vaatekappaleilla esimerkiksi päilystakilla. Kädet silmien eteen. Näin ollaan liikkumatta, kunnes tilanne on rauhoittunut eikä paineen sinkoamia kappaleita enää lentele ilmassa. Sitten hakeudutaan nopeasti suojapaikkaan välttämättä rakennuksia.

Kuva 220: Suojautumistapa.



Joskus väestönsuoja tehdään rakennusten ulkopuolelle maaperään tai kallioon. Kalliosuojassa voi olla tilaa useille tuhansille ihmisille. Tilanteen vaatiessa väestönsuojat saatetaan nopeasti suojauskuntoon ja merkitään opastuskilvellä.



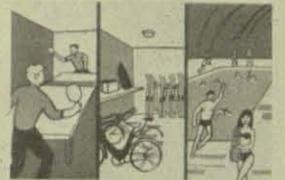
Kuva 162: Suurille asutustueille rakennetaan myös kalliosuojia.

Suurten kaupunkien keskusta-alueille väestönsuoja tehdään myös ulkona kaduilla liikkuvia ihmisiä varten. Nämä suojat ovat useimmiten suuria kalliosuojia. Helsingin keskustan maanalaiset metroasemat rakennetaan niin, että ne tarvittaessa toimivat väestönsuojina.



Kuva 163: Metroasemat ovat samalla väestönsuojia.

Väestönsuojia käytetään normaalioloissa moniin hyödyllisiin tarkoituksiin, mutta ne ovat aina hyvässä valmiudessa kaiken varalta.



Kuva 164: Väestönsuojia normaaliajan käytössä.

Entä jos väestönsuojaa ei ole? Silloin on asutuskeskuksissa turvaututtava tilapäissuojiin. Tällainen suoja voidaan kunnostaa talon kellarin tukemalla sen katto ja vahvistamalla se joka puolelta radioaktiivista säteilyä vastaan.



Kuva 165: Kaupunkitalon kellarista kunnostetaan tilapäissuoja.

ten", also des Selbstschutzes auf der untersten Ebene. Interessant: Die Kosten für die Ausbildung trägt jeder selbst bzw. die Kommunen, die die Teilnehmer entsendet. Mitglieder und Mitgliedsgemeinden zahlen natürlich nichts.

Für die – vom Innenministerium übertragene – Informationstätigkeit gibt der Verband Broschüren, eine Zeitschrift, Diaserien und Lehrmaterial heraus; in Vorträgen und mit Ausstellungen sowie Filmen wendet er sich an die Öffentlichkeit. Gunnar Öhman über das Echo in den Medien: „Die finnische Presse nimmt den Zivilschutz im allgemeinen gut auf, besonders in der Provinz. Der Standpunkt des Fernsehens und Radios ist bedeutend zurückhaltender.“

Der Finnische Zivilschutzverband arbeitet mit 60 hauptamtlichen Mitarbeitern, die auch schwierige Aufträge – etwa die Schutzkonzeption einer Gemeinde oder eines Betriebes – übernehmen, dies allerdings gegen Honorar. Betriebsselbstschutz, Frauenarbeit, Jugendarbeit und Zivilschutzforschung sind weitere Tätigkeitsfelder des Zivilschutzverbandes.



Gunnar Öhman (links), Generalsekretär des Finnischen Zivilschutzverbandes, ist nicht nur ein liebenswürdiger Gastgeber (hier mit dem Verfasser dieses Berichts), er ist ein Kenner des Zivilschutzes par excellence. Als Generalsekretär der ältesten Organisation ihrer Art ist Öhman in aller Welt als Fachmann hoch geschätzt.

Das Ausbildungsangebot

Hier das komplette Ausbildungsangebot:

1. Grundkurs

(„Schütze dich selbst und andere“)
10–12 Stunden – Teilnahme freiwillig

2. Hausschutz

Blockwart 12 Stunden
Schutzleitungsleiter 18 Stunden
Schutzraumwart 8 Stunden

3. Selbstschutz

Arbeitsschutz 12 Stunden
Schutzleiter 3–6 Stunden

4. Werkschutz

Grundkurs für Leiter 40 Stunden
Wiederholungskurse 21–24 Stunden

5. Spezialausbildung

Kurs für Selbstschutzlehrer
Rettung in Erster Hilfe
Strahlenschutz
Ausbilder von Rettungshunden
Prüfer von Rettungshunden.

Trotz aller Erfolge des Finnischen Zivilschutzverbandes in der Vergangenheit sieht Generalsekretär Öhman die Aufgabe seiner Organisation in der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Zivilschutzes: „Wenn der Finnische Zivilschutzverband nun seinen zweiten 50jährigen Weg beginnt, hat er vor sich noch immer die Arbeit eines Vorkämpfers. Seine Pflicht als Volksverein und Stütze der Behörden ist, die politisch Verantwortlichen daran zu erinnern, daß heute auch in der Zukunft die Sorge für den Zivilschutz die Lebensversicherung zugunsten der Sicherheit des Volkes ist.“

Der finnische Zivilschutz – ein Studienobjekt

Der finnische Zivilschutz mit seinem hohen Aufbaustand und einer Vielzahl unkonventioneller Planungen und Lösungen ist für viele Fachleute aus aller Welt ein interessantes Studienobjekt. Delegationen aus dem Nahen Osten, der Sowjetunion, aus China und natürlich Mitteleuropa haben in den letzten Jahren Finnland besucht.

Der ausländische Beobachter muß von den Bemühungen der Finnen um den Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall beeindruckt sein. Eine lange Tradition dieser humanitären Anstrengungen, die leidvollen Erfahrungen eines Krieges im eigenen Land und die geografische Lage lassen die Bürger Finnlands den Zivilschutz realistisch betrachten.

Viele Details der finnischen Zivilschutzplanung lassen sich auf ein mitteleuropäisches Land wie die Bundesrepublik natürlich nicht übertragen. Der hohe Bestand an Schutzräumen und -plätzen als wesentliche Grundlage ist in keinem NATO-Bündnisstaat zu finden, die relativ geringen Aufwendungen für die militärische Verteidigung lassen andere Schwerpunkte zu. Evakuierungen sind in Mitteleuropa bei der ungleich höheren Bevölkerungsdichte als in Skandinavien nur in eng begrenztem Rahmen realisierbar, und – was sicherlich sehr wesentlich ist – die Annahmen für einen Verteidigungsfall sind grundverschieden.

Ähnlich wie in Österreich geht man in Finnland davon aus, daß ein möglicher Krieg

begrenzt und ausschließlich mit konventionellen Waffen geführt würde. Atomwaffen spielen bei den Überlegungen zur militärischen Verteidigung wie im Zivilschutz allenfalls als „einzelne, verirrte Raketen“ (bei einem Schlagabtausch zwischen Ost und West) eine Rolle. Fall out macht zwar an Grenzen keinen Halt, ist aber von untergeordneter Bedeutung.

Diese wichtigen Gesichtspunkte dürfen nicht vergessen werden, wenn Vergleiche angestellt werden.

Zur Zeit findet in Finnland eine Überprüfung der bisherigen Zivilschutzkonzeption statt, Ziel ist die Erarbeitung von Vorschlägen für die weitere Entwicklung des Zivilschutzes bis zum Jahr 1990. Dazu wurde im März vergangenen Jahres eine „Zivilschutzkommission“ gebildet (analog der bereits existierenden „Militärkommission“), die aus sechs Vertretern der Parteien des finnischen Reichstages und sechs Zivilschutzfachleuten besteht. Untersucht werden sollen folgende Probleme: Schutzmaßnahmen in den Provinzen mit dünner Besiedlung (in denen die Zivilschutzmaßnahmen noch nicht so weit fortgeschritten sind), Einteilung des Staatsgebietes in „Schutzkreise“ und „Kontrollgebiete“ (in ersteren ist die Vorbereitung des Zivilschutzes Pflicht, in anderen Bereichen ist bisher ein niedrigeres Niveau des Zivilschutzes vorgesehen), Schutzbautechnik, Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung, Vorschläge für weitere Maßnahmen. Die Kommission will ihren Bericht bis zum 31. Dezember dieses Jahres vorlegen.

Man darf gespannt sein, welche neue Lösungen diese Kommission vorschlägt.

Horst F. Hamborg

5. Rettungskongreß des DRK in Bremen

Ziel: Kontinuierliche Ausbildung und Qualitätserhaltung des Rettungsdienstes

Technische Ausstattung des Rettungsdienstes zur Vollendung gediehen – Gesetzliche Regelung für den Einsatz bei Massenanfall von Verletzten und im Katastrophenfall gefordert



Rund 500 Fachleute aus dem In- und Ausland waren zum 5. Rettungskongreß des DRK Ende April nach Bremen gekommen; vor dem Hauptbahnhof wies der Fahnschmuck auf das Ereignis hin.

5. Rettungskongreß des DRK in Bremen: Fast ein Jahr Vorbereitungszeit war notwendig, um diesen wichtigen Kongreß zu organisieren, der seit 1966 alle vier Jahre stattfindet. Vor Bremen waren Berlin, Göttingen, Sindelfingen und Wiesbaden die Tagungsorte, wo alle Aspekte des Rettungsdienstes beleuchtet und nach Verbesserungen gesucht wurde. Fast 3000 Teilnehmer waren Ende April nach Bremen gekommen, um sich zu informieren, zu hören, aber auch um mitzusprechen.

Vor rund 500 Teilnehmern aus dem In- und Ausland hatte DRK-Vizepräsident Dr. Hartwig Schlegelberger in der Bremer Stadthalle am 28. April den Kongreß eröffnet, zu dem Bremens Bürgermeister Hans Koschnick Schirmherr war. Die Grußworte der Bundesregierung sprach Ministerialdirigent Rudolf Freier, der den Standard des Rettungssystems in der Bundesrepublik Deutschland lobte und allen im Rettungsdienst Tätigen Dank aussprach. Insbesondere gedachte er der freiwilligen Helfer,



Die Eröffnungsveranstaltung am 28. April 1982 in der Stadthalle Bremen.

deren ehrenamtliche Mitwirkung er als „eine gewaltige Bürgerinitiative“ bezeichnete.

Die Sachdiskussion wurde von DRK-Bundesarzt Dr. Eberhard Daerr eröffnet. Menschliches Leid und Schmerzen zu lindern, dem Mitmenschen im Rahmen des Möglichen optimal zu helfen, das sind die Aufgaben des Rettungsdienstes. Bereits beim 1. Kongreß wurden nach dieser Philosophie Vorschläge zur Optimierung des Rettungsdienstes formuliert, welche im Laufe der vergangenen 16 Jahre insbesondere in zwei Bereichen weitgehend in die Tat umgesetzt werden konnten:

- im qualitativen Bereich durch die Angleichung der materiellen Ausstattung von Rettungsmitteln und die Formulierung einer aufgabenbezogenen Fachausbildung der Mitarbeiter im Rettungsdienst nach den Erkenntnissen der modernen Notfallmedizin und

- im organisatorischen Bereich durch überregionale Strukturumwandlung des Rettungsdienstes in Rettungsdienstbereiche und das Kommunikations-Verbundsystem der Rettungsleitstellen.

Ziel: Kontinuierliche Entwicklung

Alle Vorschläge konnten nicht bis ins letzte realisiert werden, so daß beim 5. Rettungskongreß in Bremen die Aufgabe gestellt war, in kritischer Analyse die Zielrichtung der nächsten vier Jahre aufzuzeigen, ohne dabei die Grenzen des finanziell Machbaren außer acht zu lassen. Mit Sicherheit ist deutlich geworden, daß das DRK nicht

spektakulär und publikumswirksam Verbaltheorien aufstellt, die nicht realisierbar sind, sondern vielmehr kontinuierlich Ausbildung und Qualitätserhaltung des Rettungsdienstes praktiziert. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß durch die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftslage für theoretisch entwickelte Wunschvorstellungen aufgrund der ökonomischen Realitäten Grenzen existieren, die zu beachten es gilt. In der Arbeitsgruppe „Entwicklungen im organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Bereich des Rettungsdienstes“ wurde dieses zentrale Thema von einem Expertenkreis unter Leitung von Dr. Großmann, Präsident des DRK-Landesverbandes Südbaden, behandelt.

Berufsbild erforderlich

Das zweite aktuelle Thema „Qualifikation des rettungsdienstlichen Personals“ wurde von einem Expertenkreis unter Leitung von Dr. Herbst, Chefarzt der Anästhesie des Krankenhauses Frankfurt-Hoechst, diskutiert. Hier bestand die Aufgabe, die künftige Entwicklung im entscheidenden Bereich „Können und Dürfen des Rettungssanitäters“ realisierbar darzustellen. Dabei mußten unterschiedliche Meinungen verschiedener Interessengruppen überbrückt werden. Der Aufgabenumfang des Rettungsdienstes ist klar beschrieben in den Rettungsdienst-Gesetzen, die sicherlich nicht die Zuständigkeit der Ausübung ärztlicher Heilkunde auf medizinische Laien übertragen wollen.

Durch welche Maßnahmen gefährdetes Leben erhalten werden kann, wurde von kompetenten Fachleuten schon vor Jahren

definiert und damit das notwendige Ausmaß des modernen Rettungsdienstes klar umrissen. Auch forderten sie frühzeitig das gesetzlich fundierte Berufsbild des Rettungssanitäters. Das DRK-Präsidium hält ein Berufsbild für hauptamtliche Rettungssanitäter für erforderlich, welches absolut deutlich machen muß, daß die Funktion im Vorfeld der klinischen Versorgung liegt und Maßnahmen einleitet, die eine kontinuierliche Weiterarbeit des Arztes in der Klinik gewährleistet.

Schnittpunkte Rettungsdienst/ Katastrophenschutz

„Rettungsdienst beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall“ war das Thema des dritten Komplexes des Rettungskongresses. Ministerialrat Dr. Hennes, rheinland-pfälzisches Ministerium des Innern und für Sport, leitete diesen Arbeitskreis. Neben allen anderen Hilfsmöglichkeiten wird im Katastrophenfall auch der Rettungsdienst herangezogen werden müssen, was jedoch nicht bedeutet, daß dieser organisatorisch als Einrichtung des Katastrophenschutzes angesehen werden kann. In Anbetracht einer geschwächten Finanzkraft der öffentlichen Hand mag diese Konstellation manchem Politiker wünschenswert erscheinen. Dies würde jedoch die Kostenübernahme für Vorhaltung allein vom Staat bedeuten, und lediglich die Kosten für die Benutzung des Rettungsdienstes durch Versicherte würden von den Versicherungsträgern übernommen. Es wurden hier die Schnittpunkte Rettungsdienst/Katastrophenschutz aufgezeigt, ein Thema, das Toleranz und Verständnis für eine vernünftige Entwicklung verlangte.

Standardisierung durchsetzen

Unter dem Titel „Technik der Rettungsmittel“ diskutierte ein weiterer Expertenkreis unter der Leitung des stv. Generalsekretärs des DRK, Lüttgen. Dabei appellierte die Gruppe an alle Beteiligten, die Notwendigkeit von Standardisierungen im Rettungswesen zu überdenken, deren Anwendung in der Praxis durchzusetzen und auf der Einhaltung konsequent zu bestehen.

Parallelveranstaltungen

Zur Tradition der Rettungskongresse zählen die Parallelveranstaltungen der Berufsgenossenschaften. Sie gestalteten in Abstimmung der Thematik ein eigenständiges



37 Firmen zeigten dem Fachpublikum die neuesten technischen Entwicklungen auf dem Gebiet des Rettungs- und Sanitätswesens.



Bild links: Die Deutsche Bundespost informierte über das neue Notruftelefon, das nach Abschluß eines Betriebsversuches jetzt eingeführt werden soll.
Bild rechts: Die Elektronik hält mehr und mehr Einzug: Rettungsleitstellen sind ohne Computer fast nicht mehr denkbar.

Programm, das speziell auf das betriebliche Rettungswesen abhob.

Ein Novum für den Ablauf des Rettungskongresses war eine weitere Parallelveranstaltung für Ärzte im Rettungsdienst, die als Fortbildungsseminar der Bundesärztekammer gemeinsam mit der Ärztekammer Bremen und dem DRK durchgeführt und von Dr. Sefrin, Institut für Anästhesiologie der Universität Würzburg, geleitet wurde. Praxiserfahrene und aus der Notfallliteratur bekannte Referenten vermittelten den Ärzten fundiertes Wissen und spezielle Gesichtspunkte der Notfallmedizin.

Die Abschluß-Resolution

In seiner Abschluß-Resolution faßte DRK-Bundesarzt Dr. Daerr die wichtigsten Ergebnisse nochmals zusammen:

„Die technische Ausstattung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland ist zu einer Vollendung gediehen, die ihresgleichen in der Welt sucht.

Hier bleiben nicht so viele Wünsche offen außer dem, daß die unter Beteiligung vieler Sachkundiger und interessierter Kreise entwickelten Standards beachtet und eingehalten werden. Im Bereich Rettungsdienst beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall ist es dringend erforderlich, wo dies noch nicht geschehen ist, durch gesetzliche Regelungen den Einsatz des Rettungsdienstes für diesen besonderen schwierigen Fall vorzubereiten. Ohne solche Regelungen fehlt die notwendige Koordination, das Ineinandergreifen der verschiedenen beteiligten Institutionen bleibt ungeregt und die personellen und materiellen Vorbereitungen sind erschwert. Durch besondere Ausbildung und Übung ist das Personal in den Rettungsmitteln und Leitstellen zusätzlich auf diese besonderen Gegebenheiten vorzubereiten.

Ganz besonders wichtig wird die Einbindung der Krankenhäuser, wozu genügend Vorschläge vorhanden sind. Es müssen endlich Regelungen getroffen werden,

wenn wir nicht in einem entscheidenden Fall zu spät kommen wollen.

Bei der Behandlung der Fragen der Qualifikation des rettungsdienstlichen Personals wird von den Beschlüssen der Präsidialorgane des DRK ausgegangen, wonach ein Berufsbild für den Rettungssanitäter für erforderlich gehalten wird. In realistischer Einschätzung der Lage fordern die Experten die einheitliche Einführung der 520-Stunden-Ausbildung und einer geregelten Fortbildung, wie sie schon lange empfohlen, längst aber nicht in allen Ländern eingeführt ist. Das Personal muß ebenfalls durch eine staatlich anerkannte Prüfung abschließend qualifiziert werden. Deshalb werden die Bundesländer aufgefordert, die in ihrem Bereich möglichen Regelungen bald zu treffen.

Im organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Bereich drängt die Frage der Finanzierung auf eine einheitliche Lösung. Vorschläge sind gemacht und müssen weiter behandelt werden. Der teilweise unerträgliche Zustand eines unterschiedlichen



„Die technische Ausstattung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik ist zu einer Vollendung gediehen, die ihresgleichen in der Welt sucht“ wird in der Abschluß-Resolution des Kongresses festgestellt – und in der Industrie-Ausstellung bewiesen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen.

1. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Göttingen**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –
2. **Lehrkraft an der BVS-Schule Birkenfeld**
(Verg.-Gr. IVb BAT) – sofort –
3. **Fachbearbeiter-/in bei der BVS-Dienststelle Kassel**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – sofort –
4. **Fachbearbeiter-/in bei der BVS-Dienststelle Neunkirchen**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – sofort –
5. **Fachbearbeiter-/in bei der BVS-Landesstelle Hamburg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Juni 1982** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

und völlig unzureichenden Systems muß schnellstens beseitigt werden. Der Rettungsdienst ist ein Teil des Gesundheitswesens, und es ist deshalb unverständlich, warum er bei der konzertierten Aktion des Gesundheitsdienstes – trotz entsprechender Bemühungen der Organisationen – weder hinzugezogen noch gefragt wurde. Ebenso soll die unüberlegte und unausgewogene Änderung des § 194 der RVO aufgehoben werden, die dazu zwingt, Kranken vor ihrem Transport Geld abzuverlangen. Da dies in vielen Fällen nicht möglich ist, erleiden die rettungsdienstlichen Einrichtungen häufig erhebliche wirtschaftliche Schäden, wenn die Forderungen uneinbringlich bleiben.

Alle Rahmenveranstaltungen wie die freien ärztlichen Themen, die Fortbildungsveranstaltung für Rettungssanitäter, die Fortbildungsveranstaltung für Ärzte in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer und die Ausstellungen haben ein überraschend großes Interesse erfahren.“

Erfolgreiche Ausstellungen

Um einem kompetenten Fachpublikum zeigen zu können, was an Neuheiten in den letzten vier Jahren entwickelt worden ist, wird jeder Kongreß durch eine Industrie-Ausstellung komplettiert. 37 Firmen waren in diesem Jahre vertreten, weitere Anmeldungen lagen vor: „Wir hätten gut 2000 Quadratmeter mehr als Ausstellungsfläche belegen können“, schätzt Stefan Kutter, Referent des mit der Veranstaltung beauftragten Referates im DRK-Generalsekretariat.

Zusätzlich zu der in vier Hallen auf rund 4500 qm präsentierten Industrie-Ausstellung wurde auch in diesem Jahr wieder eine sogenannte ideelle Ausstellung gezeigt. Im Foyer der Stadthalle dokumentierte das Deutsche Rote Kreuz auf Schautafeln und an Geräten seine Arbeit. So waren vertreten der Flugdienst, die Wasserwacht (mit dem neu entwickelten Motorrettungsboot „Rotkreuz 1“), die Bergwacht, der Blutspendedienst, das Institut für Rettungsdienst und Krankentransport. Ebenfalls vertreten waren u. a. der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, das Deutsche Institut für Normung, der ADAC sowie der Berufsverband für Rettungssanitäter.

Besucht wurden die Ausstellungen vor allem von Kongreßteilnehmern; nur wenige Bremer Bürger „verirrten“ sich in die Stadthalle. Vor allem die ideelle Ausstellung bot aber auch dem Laien viele interessante Einblicke in das System des Rettungswesens. Möglicherweise wird beim nächsten Kongreß 1986 ein (publikums-trächtiges) Wochenende eingeplant.

Das Überleben möglichst vieler Opfer sichern

Rettungsdienst und Sanitätsdienst bzw. Katastrophenschutz gehen ineinander über, sind aber aus rechtlichen und organisatorischen Gründen getrennt

Die Arbeitsgruppe, die sich beim 5. Rettungskongreß des DRK in Bremen dem Thema „Rettungsdienst beim Massenanfall von Verletzten und im Katastrophenfall“ widmete, legte in der Art Bestandsaufnahme die Probleme dar, die sich dem Rettungsdienst in der genannten Situation stellen:

I.

1. Die Arbeitsgruppe war sich zunächst bewußt, daß eine exakte Abgrenzung des Themas weder nach dem Umfang noch nach der Ursache des Einsatzes möglich war. Gegenüber dem ursprünglichen Thema, das nur den eigentlichen Katastrophenfall einschloß, wurde der Begriff des Massenanfalls von Verletzten einbezogen. Dadurch wird der nach Auffassung der Arbeitsgruppe fließende Übergang zwischen einer alltäglichen Gefahr und einer solchen größeren Umfanges erfaßt. Ein solcher Verzicht auf eine exakte Festlegung ist auch darin begründet, daß die gleiche Situation nach räumlichen und örtlichen Gegebenheiten (z. B. Ereignis in einer Großstadt oder in einem dünn besiedelten Landkreis) unterschiedliche Auswirkungen haben kann.

2. Die Arbeitsgruppe hat sich in erster Linie mit Einsätzen im Frieden beschäftigt und auf die Diskussion von Einzelfragen für den Verteidigungsfall verzichtet. Dennoch wendet sie sich aus gegebenem Anlaß entschieden dagegen, Vorbereitungen im Bereich des Katastrophenschutzes einseitig negativ als „Kriegsmedizin“ abzustempeln. Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, alle Mitarbeiter im Bereich des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes sehen es als ihre erste Verpflichtung an, dem in eine Notlage geratenen Menschen zu helfen.

3. Die Arbeitsgruppe ist innerhalb der friedensmäßigen Einsatzanlässe nicht auf

spezielle Situationen eingegangen, da die Grundprobleme – z. B. Alarmierung, Verstärkung des Personals, Einbeziehung der Krankenhäuser – im wesentlichen identisch sind und ggf. „nur“ eine besondere Fachrichtung anzusprechen ist (Radiologie bei Strahlenunfall oder Spezialbetten für Behandlung von Schwerverbrannten). Nach Auffassung der Arbeitsgruppe ist die von ihr behandelte Thematik nach Art der Einsatzorte zu differenzieren: dicht besiedelte Ballungsgebiete und Großstädte oder Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte. Von diesen unterschiedlichen Ausgangslagen bleiben aber wesentliche Grundstrukturen, z. B. Notwendigkeit der exakten Alarm- und Einsatzplanung oder Ausbildung des Personals unberührt. Der Arbeitsgruppe ist jedoch bewußt, daß z. B. ein unterschiedlicher Zeitfaktor zu berücksichtigen ist.

4. Schließlich hat die Arbeitsgruppe davon Abstand genommen, spezielle medizinische Aspekte anzusprechen.

II.

1. Bei einem Massenanfall von Verletzten und bei Katastrophen sind zunächst die Einrichtungen des Rettungsdienstes gefordert. Auf die Frage des „Vorher“, nämlich eine Hilfe durch Laien und Ersthelfer, brauchte die Arbeitsgruppe nicht einzugehen. Sie verkennt aber nicht, daß diese Problematik besonderer Aufmerksamkeit bedarf und alle Bestrebungen zu einer Intensivierung der Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung unterstützt werden sollten.

2. Die Arbeitsgruppe hat für diese erste Phase des Einsatzes des Rettungsdienstes keine eigene Begriffsbestimmung oder eine Zeitdauer festgelegt, doch geht sie davon aus, daß beide Bereiche – Rettungsdienst und Sanitätsdienst bzw. Katastrophenschutz – ineinander übergehen, aber aus rechtlichen und organisatorischen Gründen zu trennen sind. Dabei ist die Arbeitsgruppe sich darüber im klaren, daß die Grenzen zwischen dem Einsatz des Rettungsdienstes und des Sanitätsdienstes fließend und durchaus Fälle denkbar sind, in denen auch der Massenanfall von Verletzten durch die Einrichtung des Ret-

tungsdienstes allein bewältigt werden kann (z. B. in Großstädten).

Die Arbeitsgruppe versteht unter dem Begriff des „Sanitätsdienstes“ bestimmte, nicht im Rettungsdienst befindliche Kräfte der Hilfsorganisationen, die schneller als die eigentlichen Einheiten des Katastrophenschutzes selbst alarmiert werden können (wenn sie auch z. T. aus den gleichen Helfern bestehen).

Der Rettungsdienst wird demnach durch diesen Sanitätsdienst verstärkt, soll also zumindest teilweise für eigene Aufgaben so schnell wie möglich wieder zur Verfügung stehen.

3. Innerhalb der Einrichtungen des Rettungsdienstes hat die Rettungsleitstelle wichtige Aufgaben der Alarmierung und Koordinierung zu übernehmen.

Dabei weist die Arbeitsgruppe hier noch darauf hin, daß durch die Rettungsleitstelle keine Einzelalarmierung der jeweiligen Helfer erfolgen kann, da die Telefon- und Funkeinrichtungen sonst unter Umständen stundenlang blockiert würden.

Die Arbeitsgruppe ist ferner der Auffassung, daß die Leitstelle nur vorübergehend oder bei zeitlich überschaubaren Einsätzen eine Leitungsfunktion im Sinne der „Einsatzleitung“ übernehmen kann.

Es muß also in jedem Falle sichergestellt sein, daß umgehend eine einheitliche Leitung geschaffen wird, die die unterschiedlich organisierten Kräfte des Rettungsdienstes und des Sanitätsdienstes koordiniert. Soweit für diesen rettungsdienstlichen Bereich keine ausdrückliche gesetzliche Regelung unterhalb des eigentlichen Katastrophenfalles besteht, sollte die Bildung einer Einsatzleitung am Schadensort unter Führung eines leitenden Notarztes durch Vereinbarung gewährleistet werden (nach Dr. Oehler: Sanitätsleitstelle). Sobald nach den KatS-Gesetzen der einzelnen Länder der Katastrophenfall ausgerufen und eine eigene KatS-Einsatzleitung gebildet ist, wird die Rettungsleitstelle der Weisungsbefugnis der KatS-Behörden unterstellt. Die Arbeitsgruppe betont dabei das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit zwischen der örtlichen, technischen Einsatzleitung und der Katastrophenschutz-Einsatzleitung, der Rettungsleitstelle und den

Krankenhäusern, da nur so der notwendige gegenseitige Informationsfluß sichergestellt werden kann.

4. Durch die Abgrenzung zwischen Rettungsdienst und Sanitätsdienst ist nach Auffassung der Arbeitsgruppe der bereits angesprochenen Frage der Alarmierung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie muß in erster Linie gewährleisten, daß zusätzliches Personal an Helfern und Ärzten sowie an mobilen Rettungsmitteln herangeführt werden kann.

Ein Erfolg der Bemühungen im Ernstfall hängt dabei jedoch von der vorherigen Festlegung in Alarm- und Einsatzplänen ab, von wo und auf welchem Wege das zusätzliche Personal und Material herangeführt werden soll. Dies betrifft z. B. die erforderliche Zahl von Ärzten, bei denen nicht nur die Krankenhausärzte, sondern auch die niedergelassenen Ärzte zu berücksichtigen sind. Auch die Einbeziehung des öffentlichen Gesundheitswesens ist zu gewährleisten.

Auch dem Einsatzverfahren des Rettungsdienstes/Sanitätsdienstes ist nach Meinung der Arbeitsgruppe Beachtung zu schenken, da die vom Thema her gestellten Aufgaben Probleme der Organisation und Führung darstellen, also auch das taktische Vorgehen am Einsatzort bis hin zur Registrierung der Verletzten (aber auch Helfer) nicht zu vernachlässigen ist.

5. Ob und inwieweit Maßnahmen der genannten Art erforderlich sind, hängt in erheblichem Maße von der Beurteilung der Schadenslage am Einsatzort ab. Hier kommt auf die als erste an Ort und Stelle eintreffenden Rettungssanitäter, aber auch Ärzte, eine verantwortungsvolle Aufgabe zu, denn von dieser möglichst exakten Situationsbeurteilung hängt die sinnvolle Durchführung weiterer Maßnahmen ab. Deshalb muß der bei solchen Einsätzen tätige Notarzt über die medizinische Versorgung hinaus auch organisatorische Entscheidungen treffen können, wobei je nach Größe der Schadenslage eine Arbeitsteilung erfolgt oder diese Aufgaben in Personalunion wahrgenommen werden müssen. Bei der medizinischen Beurteilung schließt sich die Arbeitsgruppe dem allgemein verwendeten Begriff der Triage (Sichtung) an, wobei ausdrücklich betont wird, daß diese Überprüfung je nach Zustand des Patienten unter Umständen wiederholt werden muß. Auf die Frage der Registrierung der Patienten ist nochmals besonders hinzuweisen; ihr Abtransport ist gezielt vorzubereiten, damit sich die Katastrophe nicht vom Schadensort ins Krankenhaus verlagert.

6. Angesichts der eben genannten Aufgaben kommt der Aus- und Fortbildung aller im Rettungsdienst mitwirkenden Perso-

nen, insbesondere innerhalb der Gesundheitsberufe, nach Auffassung der Arbeitsgruppe eine zentrale Stellung zu. Die Arbeitsgruppe will auf die Problematik des Berufes des „Rettungssanitäters“ nicht eingehen. Es muß aber unter allen Umständen vermieden werden, daß beim Einsatz des Sanitätsdienstes Unsicherheiten und Mängel beim Umgang mit Verletzten auftreten, und zwar insbesondere im Bereich der Erstversorgung. Zusätzlich fordert die Arbeitsgruppe, daß auf der Grundlage der vorhandenen bzw. noch zu treffenden Regelungen auch die Fragen des Einsatzes beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall – insbesondere beim Personal der Rettungsleitstellen – in die Ausbildung einbezogen werden. Die gleiche Forderung gilt auch für alle Ärzte, die nur mit den notwendigen Kenntnissen und Erfahrungen in der Notfall- und Katastrophenmedizin wirkungsvoll eingesetzt werden können.

7. Die Arbeitsgruppe hat bereits darauf hingewiesen, daß die Aufgaben des Rettungsdienstes innerhalb der vom Thema gestellten Einsatzanlässe nicht zuletzt Organisationsmaßnahmen – vorbereitet oder am Einsatzort selbst – darstellen. Hierzu gehört auch die Beschaffung der notwendigen Ausrüstung oder die Verbesserung des bereits vorhandenen Materials, wobei auch die Ausstattung der Helfer selbst in die Betrachtungen einzubeziehen ist.

Zusätzliche Überlegungen sind insbesondere für bestimmte Einsatzarten notwendig, z. B. bei möglichen Schadensereignissen an Orten mit Strahlen- oder Chemiegefahr oder die Vorsorge für die Behandlung von Schwer-Brandverletzten durch sogenannte „Zusatzpakete Verbrennung“. In diesem Zusammenhang weist die Arbeitsgruppe auf die Notwendigkeit der Überlegungen hin, rechtzeitig für Nachschub zu sorgen.

8. Da sich die Arbeitsgruppe bei der Diskussion des Themas am Begriff der „Rettungskette“ orientiert hat, ist die Einbeziehung des Krankenhauses zur Definitiv-Behandlung unabdingbare Voraussetzung für die Versorgung der Patienten. Dies betrifft u. a. die organisatorischen Maßnahmen, Erstellung von Alarm- und Einsatzplänen, Schaffung von zusätzlichen Betten, Zusammenarbeit mit benachbarten Krankenhäusern. Auch an die Einbeziehung von Arztpraxen zur Verstärkung der Behandlungskapazitäten der Krankenhäuser, z. B. zur Versorgung von Leichtverletzten, ist zu denken, wobei diese Möglichkeiten natürlich vorher in den entsprechenden Planungen berücksichtigt werden müssen. Auf die Notwendigkeit der Ausbildung der im Krankenhausbereich tätigen Personen weist die Arbeitsgruppe in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich hin.

III. Resolution

Von der vorstehenden Bestandsaufnahme ausgehend, verfaßte die Arbeitsgruppe folgende Resolution:

1. Die medizinische Versorgung bei einem Massenansturm von Verletzten hat der Rettungsdienst mit Unterstützung des Sanitätsdienstes zu übernehmen. Soweit die damit zusammenhängenden Fragen noch nicht geklärt sind, müssen die erforderlichen gesetzlichen Regelungen erlassen werden (z. B. personelle und materielle Verstärkung, einheitliche Leitung). Es sind, insbesondere für den Massenansturm von Verletzten, Vorräte von standardisiertem Sanitätsmaterial möglichst an Krankenhäusern und ausreichend Transportraum zur Verfügung zu halten.
2. Die Einbeziehung der Ersthelfer ist durch eine verstärkte Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung mit entsprechender Fortbildung zu unterstützen.
3. Alle Mitarbeiter im Rettungsdienst müssen verstärkt für ihre Aufgaben beim Massenansturm von Verletzten eingewiesen und durch Übungen auf Ernstfälle vorbereitet werden.
4. Für alle Ärzte wird – beginnend beim Studium – eine Aus- und Fortbildung in Fragen der Massenmedizin gefordert. Darüber hinaus sind geeignete Notärzte für Führungsaufgaben als „leitende Notärzte“ auszubilden.
5. Die Rettungsleitstellen sind organisatorisch auf derartige Einsätze vorzubereiten.
6. Die Arbeitsgruppe stellt fest, daß die Krankenhäuser bisher in die Bewältigung dieser Aufgaben nicht ausreichend einbezogen sind. Sie fordert, daß – entsprechend dem Beispiel von Rheinland-Pfalz – die notwendigen Regelungen getroffen werden.

IV.

Unser aller Ziel ist es, beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall das Bestmögliche für die größte Zahl zur rechten Zeit und am richtigen Ort zu tun, um das Überleben möglichst vieler Opfer zu sichern.

Georg Wegemann

Wenn die Bundeswehr zum Retter in der Not wird

Sechs Meter zwischen Leben und Tod

SAR-Hubschrauber haben schon manchem „Flachland-Tiroler“ aus der Klemme geholfen – 6749 Einsätze im Jahr 1981

Wenn auf dem Fliegerhorst des Lufttransportgeschwaders 61 (LTG 61) in Penzing bei Landsberg am Lech das Wochenende kommt und die Feiertagsruhe einkehrt, dann beginnt in einer Ecke des sonst wie ausgestorben anmutenden Platzes der Ernstfall: In dem kleinen Aufenthaltsgebäude rüstet sich die dreiköpfige Besatzung des in Bereitschaft stehenden SAR-Hubschraubers (SAR = Search and Rescue, Suche und Rettung) für das Wochenende. Denn in einem der vielen Wochenend-Sonderzüge der Deutschen Bundesbahn, die aus den Ballungsgebieten Frankfurt oder Stuttgart gen Süden rattern, oder in irgendeinem Auto, das gerade im nervenraubenden Schrittempo im Münchener Verkehrskarussell in einem Stau festhängt, fahren auch schon – wenn noch unbeubt – einige „Passagiere“ des auf dem Fliegerhorst startklar stehenden SAR-Hubschraubers der Luftwaffe.

Viele der aus dem Flachland anrollenden Wochenend-Touristen wollen das Abenteuer erleben und verwechseln dabei die alpine Bergwelt, zu der sie gerade unterwegs sind, im wahrsten Sinne des Wortes mit einem „Abenteuer-Spielplatz“. Oft mit den neuesten Bergausrüstungen ausgestattet, aber ohne jegliche Grundkenntnisse oder Erfahrungen über alpine Verhältnisse, die man eben nicht mit der Ausrüstung „mitgeliefert“ bekommt, tummeln sich Seilmannschaften in Steilwänden und Gletscherspalten herum, die sich oft erst Stunden zuvor in Eisenbahnabteilen oder Hotelhallen kennengelernt haben. Leichtsinns, Selbstüberschätzung und – man mag verzeihen – auch Dummheit sind die häufigsten Unfallursachen.

Aber auch hemmungsloser Leistungswahn und vielleicht auch eine übertriebene Alpin-Werbung mit all ihren Verlockungen

treiben zu jeder Jahreszeit immer mehr Freizeit-Alpinisten in die Berge. Die alpinen Vereinigungen und auch die Bergwacht des Bayerischen Roten Kreuzes warnen zwar immer wieder die Bergsteiger und Wanderer vor unbedachten Kletterpartien. Aber für die Warnungen bleibt das sonst übliche Echo aus den Bergen oftmals aus.

Daß nicht noch mehr passiert, ist der ständigen Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer der Bergwacht zu verdanken, die in ihren Regionen alle Tücken kennen, die einem unkundigen Bergsteiger zum Verhängnis werden können. Und ohne die Hilfe von technischen Einsatzmitteln wäre auch ihr Einsatz oft vergebens, weil fast jede erfolgreiche Bergung und Rettung eines Verunglückten ein Wettlauf mit dem Tod ist.

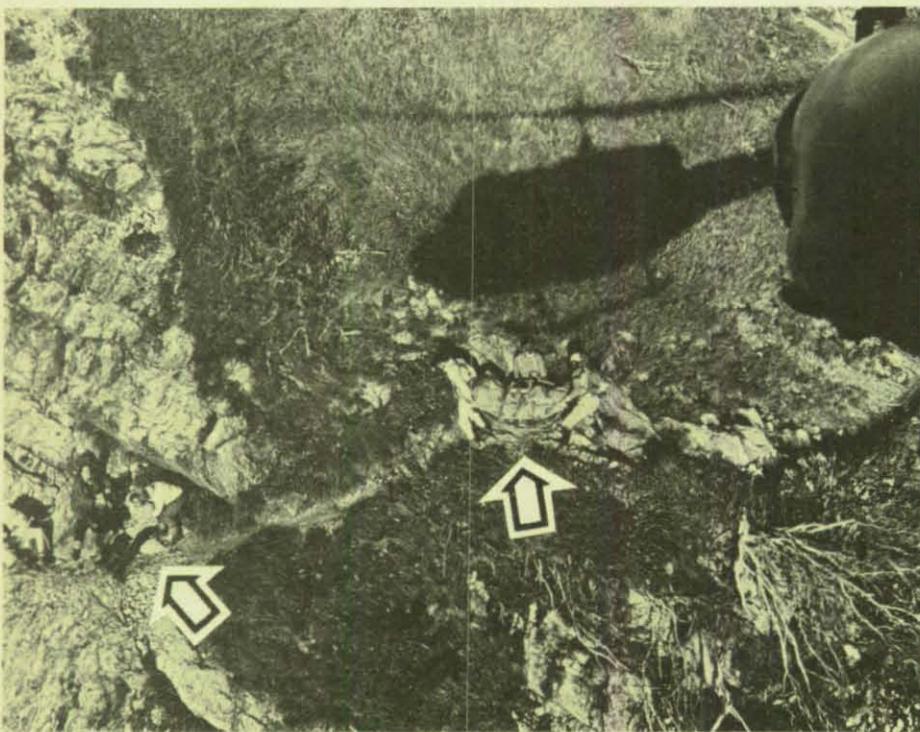
Die Männer in den orangefarbenen Overalls auf dem Fliegerhorst in Penzing brau-



Für die Schönheit der alpinen Bergwelt haben die Männer im Such- und Rettungshubschrauber nur selten einen Blick, wenn sie von Penzing aus zu einem der zahlreichen Einsätze starten. Ihr Augenmerk gilt der Stelle, an der ein Verunglückter geborgen werden muß.



Bild links: Nur mit geübtem Blick läßt sich in der Wildnis der Berge die Stelle ausmachen, an der man auf Hilfe und Rettung wartet.
Bild rechts: Die Männer der Bergwacht seilen sich vom Hubschrauber ab.



Ein Schattenspiel zwischen Leben und Tod: Eine Landung des Hubschraubers an der nahen Stellwand in der zerklüfteten Bergwildnis ist unmöglich, der Hubschrauber „steht“ an der Wand. Die am Seil herabgelassene Bergemannschaft der Bergwacht mit ihrer Spezialtrage (Pfeil rechts) hat in der 1500 Meter hohen und steil abfallenden Bergwand den verunglückten Bergsteiger (Pfeil links) erreicht.

chen auf ihren ersten Wochenend-Einsatz nicht lange zu warten. Kurz nach dem Einnehmen der selbstgemachten Mittagsmahlzeit kommt auch der Alarm; es ist genau die Zeit, in der die ersten Kletterer der Bergsteiger-Invasion aus dem Flachland Höhen erreicht haben, in der viele von ihnen Probleme bekommen oder von Unglücksfällen betroffen werden, die dann Hubschrauber-Einsätze zur Rettung oder Bergung erforderlich machen.

Am anderen Ende der Leitung ist in diesem Fall die Bergwacht-Station Oberstdorf im Allgäu: Ein Kletterer liegt mit gebrochenem Bein in einer Felsspalte der Nebelhornwand. Kaum ist der Notruf eingegangen, ist der Hubschrauber vom Typ Bell UH-1D mit blubberndem Triebwerk in der Luft. Die Zeit eilt, denn der Verunglückte muß noch vor Sonnenuntergang aus der Wand geholt werden. Wenn das nämlich nicht gelingt, kann dies für den Hilflosen wegen der drohenden Unterkühlung der Tod sein.

Für die Retter läuft alles wie am sprichwörtlichen Schnürchen. Die Zusammenarbeit ist durch die vielen Ernstfall-Einsätze schon so etwas wie Routine. Zuerst wird der Bergwacht-Suchtrupp auf dem Fuß-



Zum Glück nur eine Übung: Der Retter aus der Luft wünscht den Verunglückten in der Bergetrage an Bord des SAR-Hubschraubers.



Nicht jede Wochenend-Klettertragödie in der alpinen Welt endet so glimpflich. Auf den Hubschrauber-Landeplätzen der Unfallkliniken und Krankenhäuser Oberbayerns sind die SAR-Hubschrauber der Luftwaffe ständige „Gäste“.

ballplatz eines kleinen Bergdorfes an Bord des Hubschraubers genommen und in das Unfallgebiet geflogen. In der steil abfallenden Bergwildnis kann der Hubschrauber weder aufsetzen noch landen – die Bergwacht-Mannschaft muß sich vom Hubschrauber aus abseilen.

Das Nebelhorn hat seinen Namen nicht von ungefähr. An der Steilwand in etwa 1500 Meter Höhe liegt der Verunglückte in dem geschützten Stück einer Felsspalte – die Mitkletterer der kleinen Gruppe haben sich auf ein winziges Plateau gerettet. Der SAR-Hubschrauber muß wegen der ständig wechselnden Wetterverhältnisse die Wand immer wieder neu anfliegen. Sonnenschein und Wolken wechseln in schneller Folge. Entweder wird der Hubschrauber oder der Bergungsort von gegen die Wand driftenden Wolkenfetzen völlig eingehüllt. Und in dieser völligen Undurchsichtigkeit wird der Hubschrauber dann noch wie von einer riesigen Faust gepackt und kräftig durchgeschüttelt – ein unangenehmes Gefühl! Hervorgerufen durch die gefährlichen Fallwinde in den Bergen.

Auch der abgesetzte Such- und Bergungstrupp kämpft mit den Unbilden in der Wand. Teils in Wolken eingehüllt, verlieren die Männer den Kontakt untereinander und können oft nicht einmal mehr die eigene Hand vor Augen sehen. Aber der schwierigste Teil der Rettung steht erst noch bevor: die Bergung des Verunglückten. Der Luftretter muß ihn mit der Bordwinde wie an einer Pinzette aus der Felsspalte holen. Zur Übernahme muß der Hubschrauber bis an die Steilwand in einem Abstand von sechs Metern (Rotorkreis) heranfliegen. Das gelingt in einem „Wolkenloch“.

Im nächsten Anflug erfolgt die Bergung der Bergwacht-Mannschaft und des Geräts. Ein Wochenendausflug in die Alpen ist noch einmal glimpflich abgelaufen – für alle Beteiligten.

Die erste Frage der meisten Geretteten und aus Bergnot Befreiten ist meist die nach den Kosten. Und viele von ihnen staunen in fast naiver Einfältigkeit, daß dann und wann auch schon einmal ein Retter die Rettung anderer mit dem Leben bezahlen mußte. „MEDAVAC 7085 beendet“ – meldet die Besatzung des SAR-Hubschraubers während des Rückfluges zum Fliegerhorst Penzing an die SAR-Leitstelle.

Statistisch gesehen war das ein Einsatz von 6749 oder die Bergung einer von 4146 Personen, die von SAR-Hubschraubern der Luftwaffe oder Marine im Laufe des Jahres 1981 durchgeführt wurden.

Jürgen Lampe

Kleinlöschgeräte im Selbstschutz

Einstellspritze und Kübelspritze

Zwei Geräte zur wirksamen Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden

Als wichtigste Kleinlöschgeräte im Selbstschutz dienen Einstellspritze und Kübelspritze der wirksamen Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden. Die Kübelspritze ist eine Spritze, die fest in einen Wasserbehälter eingebaut ist, während die Einstellspritze in einen Eimer oder einen ähnlichen Wasserbehälter eingestellt wird.

Nach den verschiedenen Verwendungszwecken wird die Kübelspritze in zwei Ausführungen, A und B, hergestellt. Die Kübelspritze A ist zum Mitführen auf Feuerwehrfahrzeugen bestimmt. In den Wasserbehälter ist das Pumpwerk eingebaut. Der Wasserauslauf hat eine D-Druckkupplung, an die der 5 m lange D-Druckschlauch mit D-Strahlrohr angekuppelt wird. Die Kübelspritze B ist zur Aufstellung in Gebäuden bestimmt. Wie bei der Ausführung A ist in den Kübel das Pumpwerk eingebaut. Am Wasserauslauf ist ein handelsüblicher $\frac{1}{2}$ "-Gummischlauch mit einer Knebel-Überwurfmutter angeschlossen, der in ein Mundstück mit etwa 3,5 mm Öffnungsdurchmesser endet. Kübelspritzen sind nach DIN 14405 genormt, sie müssen als Feuerlöschgeräte rot angestrichen sein.

Die Einstellspritze nach DIN 14407 hat das gleiche Pumpwerk wie die Kübelspritze. Am Wasserauslauf ist ein $\frac{1}{2}$ "-Gummischlauch von 5 m Länge mit Mundstück angebracht. Die Einstellspritze wird in einen Eimer oder einen ähnlichen Wasserbehälter gestellt, der Bedienende stellt einen Fuß auf die Fußraste des Rohrgestells und hält das Gerät damit fest.

Bei 50 bis 60 Kolbenhüben pro Minute werden von Kübel- oder Einstellspritze 10 Liter Wasser pro Minute gefördert. Der Löschstrahl hat eine Wurfweite von 7 bis 10 m. Durch Vorhalten eines Fingers vor die Mundstücköffnung wird Sprühstrahl erzeugt. Wird das Sieb am Wassereinflauf entfernt und dafür der Schlauch oder ein zweiter Schlauch angesetzt, kann die Einstellspritze auch Wasser aus tiefer gelegenen Behältern (bis zu 5 m Tiefe) entnehmen oder zum Auspumpen von Kellerräumen verwendet werden. Durch Anbau einer Sprühdüse lassen sich Einstell- und Kübelspritze auch zum Versprühen von Pflanzenschutzmitteln, zum Kaiken oder Desinfizieren von Räumen verwenden.



Oben: Einstellspritze (links) und Kübelspritze.

Unten: Einzelteile der Einstellspritze (von links): Kolbenrohr mit Kolben, Wasserauslauf, Druckausgleichsschlitz und Handgriff; Pumpengehäuse; Saugkrümmer mit Kugel des Saugventils; Rohrgestell mit Fußraste.



Funktion des Pumpwerks

1. Takt – Hochziehen des Kolbenrohres:

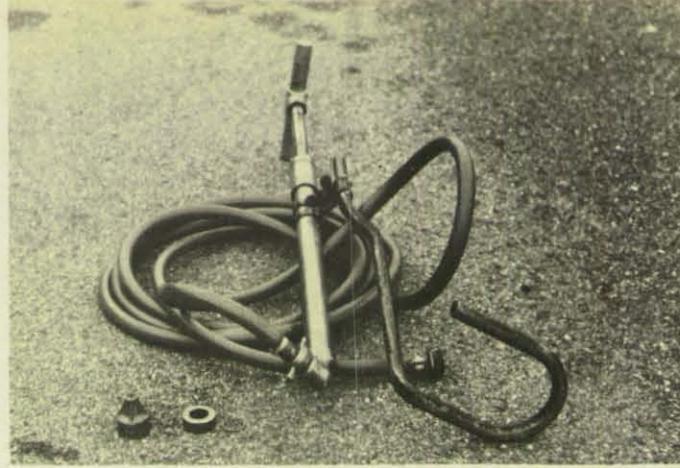
Durch das Hochziehen des Kolbenrohres mit dem Kolben wird unterhalb des Kolbens ein luftverdünnter Raum erzeugt. Der äußere Luftdruck drückt durch den Wassereinlauf Wasser aus dem Eimer oder Kübel in den unteren Teil des Pumpengehäuses; das Saugventil öffnet sich und das Wasser strömt hinter dem Kolben her in das Pumpengehäuse, bis der Kolben oben am Anschlag ist.

2. Takt – Niederdrücken des Kolbenrohres:

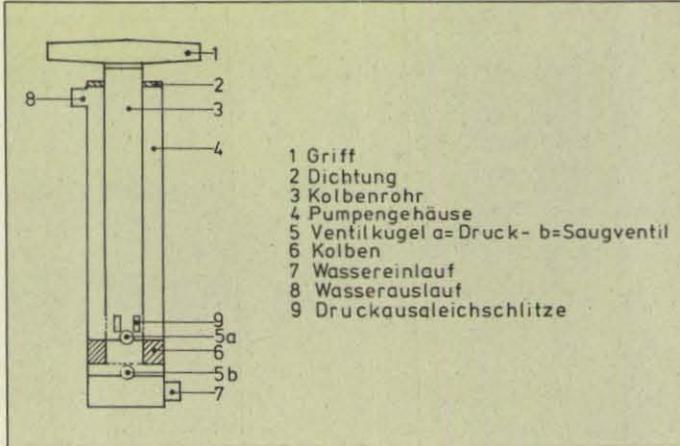
Beim Niederdrücken des Kolbenrohres schließt sich das Saugventil, und das Druckventil öffnet sich. Ein Teil des im Pumpengehäuse unter dem Kolben befindlichen Wassers steigt in das hohle Kolbenrohr und drückt die darin befindliche Luft zusammen, der andere Teil dringt durch die Druckausgleichsslitze in den Raum zwischen Kolbenrohr und Pumpengehäuse. Dadurch ist die Luft im Kolbenrohr zusammengedrückt und hat das Bestreben, sich auszudehnen. Sie drückt dabei Wasser durch die Druckausgleichsslitze zum Wasserauslauf hinaus.

3. Takt – Hochziehen des Kolbenrohres:

Durch den Wassereinlauf und das Saugventil strömt weiteres Wasser herein. Der Kolben befördert das Wasser, das sich zwischen Kolbenrohr und Pumpengehäuse befindet, aus dem Wasserauslauf heraus, die unter Druck stehende Luft im Kolbenrohr treibt Wasser durch die Luftausgleichöffnungen heraus.



Einstellspritze, umgebaut zur Wasserentnahme aus tiefer gelegenen Behälter.



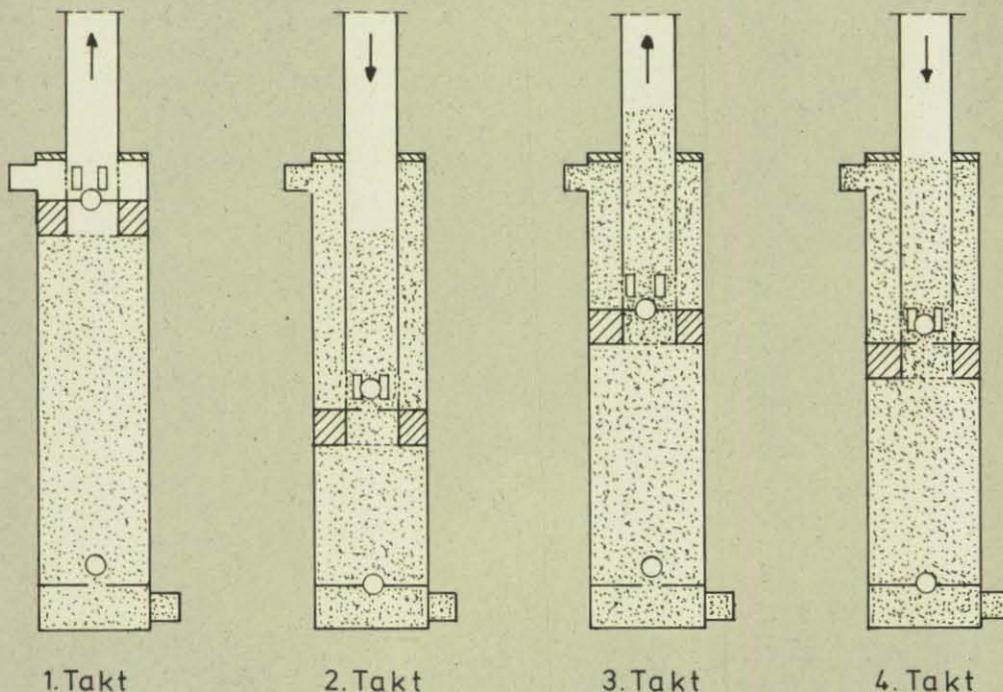
Schemazeichnung der Einstellspritze

4. Takt – Niederdrücken des Kolbenrohres:

Wiederholung des Ablaufes wie Takt 2. Die Wirkung der Luft im Kolbenrohr wird als „Windkesselwirkung“ bezeichnet. Diese

Wirkung kann aber nur eintreten, wenn durch das Strahlrohr oder das Mundstück ein Gegendruck erzeugt wird. Bei freiem Auslauf pumpt die Spritze stoßweise bei jedem zweiten Takt.

Funktion der Einstell-/Kübelnspritze Prinzipskizze ohne Maßstab



Dipl.-Ing. Heinz Otto Geisel

Veränderungen an Funkgeräten

Vorsicht – „Exoten“!

Gegen den Wildwuchs bei Funkgeräten –
Sinn und Unsinn des Modifizierens

Die Arbeitsgruppe „Fernmeldewesen“ im Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz ist von Herstellerfirmen angesprochen worden, ob mit einer Änderung der Technischen Richtlinie BOS „FuG 8b“ und dem Nachtrag „FuG 8a-1/8b-1“ zu rechnen sei. Die Frage wurde verneint, da derartige Tendenzen von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe weder in den Sitzungen noch durch schriftliche Eingaben beobachtet wurden.

Bei Rückfrage nach dem Grund dieser Anfrage stellte sich heraus, daß es in verschiedenen Anwenderbereichen (Bundesamt für Zivilschutz, Bayerisches Rotes Kreuz, in diesem konkreten Fall: Feuerwehren aus Bayern) Forderungen – eingebunden in Ausschreibungstexte – an die Herstellerfirmen gibt, das FuG 8b nach lokalen Anforderungen zu „modifizieren“. Das fängt bei den Abmessungen des Bediengerätes an, die nicht mehr den Anforderungen der Technischen Richtlinie und den Maßen nach DIN 75500 entsprechen, geht über den Einbau von Selektivrufeinrichtungen und den damit verbundenen Abänderungen in den Bedienelementen weiter und wird bedauerlicherweise sicher nicht mit der Einführung der RS-1-Schaltung und der zweiten Hörerbuchse enden.

Es muß einmal klargestellt werden: Derart veränderte Funkgeräte entsprechen **nicht mehr** der Technischen Richtlinie, weil sie in den entsprechenden Punkten von den Forderungen der Richtlinie abweichen. Sie tragen die Bezeichnung „FuG 8b“ bzw. „FuG 8b-1“ zu Unrecht. Die Firmen schrecken – vorsichtig formuliert – vor „Etikettenschwindel“ nicht zurück, wenn es um ihren Verkaufsvorteil und die allzuwenig durchdachten Sonderwünsche örtlich begrenzter Feuerwehrvorstellungen geht. *)

So ist es kein Wunder, wenn der Innenministerbeschuß vom 30. April 1976 über die Vereinheitlichung der Funkgeräte bei den BOS bewußt oder unbewußt unterlaufen wird. Die Aufsichtsbehörden, die gemäß diesem Beschuß die Anmeldung dieser „Exoten“ verhindern müßten, werden mit falschen Angaben getäuscht oder sind ahnungslos. Von den höchsten Aufsichtsbe-

hörden der Feuerwehren (natürlich auch der anderen BOS) sollte man aber erwarten können, daß durch Erarbeitung und Veröffentlichung klarer **Ausstattungskonzepte** und deren Erläuterung bis zur Basis der Kreise und Gemeinden langfristig ein geordneter und leistungsfähiger Funkbetrieb bei den Feuerwehren möglich ist (im Bereich der Ausbildung ist diese Basis in Gestalt der FwDV 810 „Sprechfunkdienst“ vorhanden).

Längst nicht alles, was technisch möglich und modern ist, ist auch sinnvoll. Oft kann man sagen: „Weniger wäre hier mehr“ – konkret gesagt die Einführung der vom FuG 7b für die allgemeine Ausstattung unsinnigen oder nachteiligen Eigenschaften.

Beispiele:

● Benutzung des ungeeigneten Mikrofons im Funk-Handapparat zur Besprechung eines Kommando-Lautsprechers mit der ungenügenden Leistung von zehn Watt und dessen Verbindung mit dem Funkgerät. Wieso wird eigentlich noch das Abhören des BOS-Funks bestraft, wenn die Schaulustigen an der Einsatzstelle die dazugehörige akustische Untermalung gratis bekommen?

● Das Wiederauferstehen der unseligen und wenig komfortablen RS-1-Schaltung im FuG 8b, wo ganze Bundesländer in mühevoller Arbeit diese verheerende Möglichkeit des FuG 7b technisch verhindert haben. Allen Ernstes: An den Ersatz von ausgefallenen Relaisfunkstellen RS 1 durch Feuerwehrfahrzeuge glaubt kaum einer. Die dringend notwendige Erhöhung der Betriebssicherheit von Relaisfunkstel-

len unter Beibehaltung der uneingeschränkten Leistungsmerkmale läßt sich durch Redundanz und Eigenüberwachung einschließlich Störungsmeldung an die ständig besetzten Leitstellen dem Stand der Technik entsprechend erreichen.

● Die Erzwingung der zweiten Hörerbuchse, verbunden mit der Geringschätzung des Nachteils der veränderten Frontplattengestaltung und der Einheitlichkeit der Bedienelemente. Wofür eigentlich? Die Fernsteuerung der Tonrufe wäre auch über die 25polige Steckverbindung zur Halterung möglich gewesen, ebenso die komplette zweite Buchse, um das antiquierte Zubehör des FuG 7b auch in das neunte Jahrzehnt hinüberretten zu können. Die Kompatibilität bei den beweglichen Anlagen ist mit diesem Wildwuchs dahin.

Die vorgenannten Beispiele, verursacht durch entsprechende Forderungen, passen nicht zu der Klage über die Unzulänglichkeit der Technischen Richtlinie bezüglich firmenneutraler Einheitshalterung. Alle verantwortlichen Feuerwehr-Führungskräfte werden aufgerufen, gemeinschaftlich und zukunftsorientiert das Funkwesen der Feuerwehren zu formen. Die Funkwellen machen nicht vor Verwaltungsgrenzen halt. Es müssen auch nicht immer nur Großschadenslagen, wirkliche oder gespielte, sein, die diesen Mangel an Koordination dem Fach-Beobachter (und manchmal auch der Presse) offenbaren.

Der Veränderungswille ignoriert auch jahrzehntelange ungeschriebene Planungsgrundsätze, wie das Land Rheinland-Pfalz mit dem Relaisfunkstellennetz im 2-m-Bereich für den „personenbezogenen Funkverkehr“ zeigt. Feuerwehren „verbessern“ Funkgeräte und veröffentlichen die Umbauanleitung. **Die Feuerwehren werden sich niemals von der Bevormundung der Polizei befreien** und im Fernmeldebereich ihre Belange nach eigener Sachkompetenz gestalten können, wenn Mangel an fernmeldetaktischer Ausbildung **und am eigenen Kirchturm** orientierte Vorstellungen das Feuerwehr-Fernmeldewesen prägen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V. sucht baldmöglichst
Lehrbeauftragten

für die Bundesschule in Niederweisel/Hessen mit Organisationstalent und Teambereitschaft.

Die Tätigkeit umfaßt: Ausbildung im Sanitätsbereich, Mitarbeit an der Erstellung von Lehr- und Unterrichtsplänen, Geräte- und Fahrzeugkunde.

Die Vergütung erfolgt nach AVR/BAT.

Bewerbungen sind zu richten an:

JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V.
Bundesgeschäftsführung

Sträßchenweg 14, 5300 Bonn 1, Ruf 0228/230075

*) Siehe auch: „Veränderungen an Funkgeräten“

ZS-Magazin 11/78 S. 36

Brandhilfe 12/78 S. 366

Feuerwehrmann 1/79 S. 7/8

Brandwacht 2/79 S. 25

Brandschutz 2/79 S. 40

Selbstschutz in Praxis und Theorie

BVS-Bundesschule begeht 30jähriges Bestehen

Damals wie heute eine Stätte des Lehrens, Lernens und der Begegnung

„Die Vorsorge gegen plötzliche und unkontrollierte Drohungen jeder Art kann nicht allein für alle Bürger perfekt geplant und durchgeführt werden. Die Mitwirkung der vielen, für die der Schutz gedacht ist – der Selbstschutz –, bildet ein wesentliches Kernstück der zivilen Verteidigung.“ Diese hohe Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Selbstschutz zu, niedergelegt im Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, und heute ebenso gültig wie vor Jahren. Der Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes, der derzeit in 80 Gemeinden durchgeführt wird, unterstreicht die Bemühungen um die Aktivierung und Motivierung der Bürger für den Gedanken der Selbsthilfe.

Es ist heute nicht mehr so ungewöhnlich, an die Eigeninitiative und Selbstverantwortung des Bürgers – auch was den Schutz im beruflichen und privaten Leben angeht – zu appellieren. So gab und gibt es Risiken, die weder der vielzitierte „Staat“ noch eine Versicherung hundertprozentig abdecken können, auch wenn der Ruf nach dem Staat oftmals – wohl auch aus Bequemlichkeitsgründen – erschallt.

Greifen wir in der Geschichte eine kurze Zeitspanne zurück. Nach den leidvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sehnten sich die Menschen nach einem: nach Frieden, nach dauerhaftem Frieden. Die Bombennächte, die angstvollen

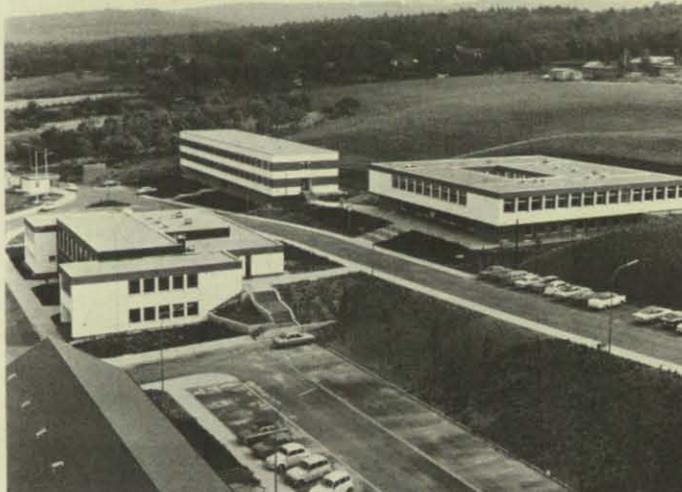
Stunden im Luftschutzkeller, das bedrohliche Heulen der Sirenen – das alles sollte endgültig der Vergangenheit angehören. „Luftschutz“ war ein Synonym für eine furchtbare, grauenvolle Zeit. Wer diese Zeit miterlebt hat, wird sie nie vergessen können.

Die Nachkriegszeit war aber trotz der unvorstellbaren Leiden der Menschheit alles andere als friedlich. Berlin-Krise, Korea-Krieg, Spannungen und Konflikte bildeten den Hintergrund dafür, daß schon Anfang der 50er Jahre der Gedanke des Schutzes des Bürgers bei einem bewaffneten Konflikt ernsthaft diskutiert wurde. Auf privater Basis gründete eine Handvoll Bürger den „Bundesluftschutzverband (BLSV)“, in der Erkenntnis, ein gut organisierter Selbstschutz und die Fähigkeit des einzelnen zur Selbsthilfe können Verluste an Menschenleben und Sachwerten beträchtlich verringern.

Zu dem Wissen um mögliche Gefahren gehört die Kenntnis der praktischen Hilfsmöglichkeiten. Der BLSV führte deshalb schon bald – Ende April 1952 – an der Sportschule Hennef (Sieg) erste Ausbildungsveranstaltungen durch. Lernziele, damals wie heute, waren und sind in den Bereichen Brandschutz, Bergung, ABC-Schutz, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit:

- Unterweisung der Zivilbevölkerung im Selbstschutz

Seit November 1974 bildet die Bundesschule des BVS den „Lehrbereich Selbstschutz“ in der Katastrophenschutzschule des Bundes.



- Selbstschutzorientierte Aus- und Weiterbildung im Bereich von Wohn- und Arbeitsstätten
- Fortbildung von Fachleuten
- Information von Führungskräften.

Da dem Verband in der Anfangsphase weder eigene Lehrkräfte noch entsprechende Lehrmittel zur Verfügung standen, war man auf Hilfe von außen angewiesen: Die mit den Vorbereitungen für den zivilen Luftschutz beauftragten Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern unterstützten als Ausbilder den jungen Verband. Zivilschutzverbände des benachbarten Auslands und aus Übersee stellten Lehrmittel zur Verfügung und leiteten bereits damals einen bis heute unverzichtbaren Erfahrungsaustausch ein.

Bis zum 1. Juni 1956, dem Eröffnungstag der verbandseigenen Bundesschule in Waldbröl, bildete der BLSV eine den Verhältnissen und Randbedingungen entsprechend relativ bescheidene Zahl von Helfern aus. Zum zehnjährigen Jubiläum im Juni 1966 konnte der damalige Schulleiter Meyer bereits ein erheblich besseres Leistungsbild aufzeigen.

Neben der eigentlichen Ausbildung in Waldbröl waren die Herstellung einer Serie von auch im Ausland bis heute gezeigter Lehrfilme zu verschiedenen Selbstschutzthemen in eigener Regie sowie die Erprobung aller aktuellen Selbstschutzgeräte ein weiterer bedeutender Schwerpunkt der Arbeit. Im Frühjahr 1972 erfolgte unter Schulleiter Prellberg die Verlegung der Ausbildungsstätte nach Deitenbach bei Gummersbach und später, im November 1974, die Zusammenlegung mit der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Dort vertritt die Bundesschule des BVS, nunmehr unter Schulleiter Letocha, den selbständigen Lehrbereich Selbstschutz.

Auch der jetzt dreißigjährigen Ausbildungstätigkeit und der positiven Leistungsbilanz der Schule – nicht allein an der Zahl ausgebildeter Kräfte zu messen – ist es zu verdanken, daß die Vorurteile gegenüber dem Begriff Selbstschutz in weiten Kreisen der Bevölkerung abgebaut wurden. Vor allem hat die häufig genug unter Beweis gestellte Einsatzfähigkeit gut ausgebildeter Helfer dem Selbstschutz eine verbesserte gesellschaftspolitische Position gegeben.

(Über das Lehr- und Informationsangebot der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler wird ein weiterer Beitrag an dieser Stelle informieren.)

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Die weiblichen Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtags informierten sich in einem Gespräch mit Vertretern der BVS-Landesstelle über den Aufbau und die Aufgaben des BVS. In einer lebhaften Diskussion betonten die Abgeordneten die Notwendigkeit einer Verbesserung des Zivilschutzes, sagten aber auch, daß die Bevölkerung ganz allgemein dem Gedanken des Zivil- und Selbstschutzes desinteressiert gegenüberstehe. Dies läge nicht zuletzt daran, daß es in der Bundesrepublik kaum Schutzräume gäbe. Dem Desinteresse der Bevölkerung könne und müsse durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit entgegengewirkt werden. Ebenso sei es zweifellos notwendig, mehr Menschen, besonders Frauen, für den Selbstschutz zu gewinnen.

Kiel. Sein 25jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst beging Heinz Esch, BVS-Lehrer der Fahrbaren Schule Schleswig-Holstein. BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender überreichte dem Jubilar eine Dankurkunde für die geleisteten treuen Dienste.

Kiel. Zahlreiche Gäste aus Verwaltung, Behörden und Bundeswehr sowie der



Der scheidende BVS-Fachgebietsleiter Bruno Böttcher (Bildmitte) mit seinem Nachfolger, Dieter Restorf (links), und BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender (rechts).

verschiedenen Hilfsorganisationen fanden sich am 31. März 1982 in der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein ein, um den langjährigen Fachgebietsleiter für Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit, Bruno Böttcher, in den Ruhestand zu verabschieden.

BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender würdigte die Verdienste, die sich Böttcher in 17jähriger Tätigkeit für den Verband erworben hat. Am 1. April 1965 begann der Scheidende seine Tätigkeit beim BVS im Referat „Organisation“ bei der Bundeshauptstelle in Köln. Im Juni 1970 wurde Böttcher Fachgebietsleiter „Organisation“ der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein. 1977 übernahm er zusätzlich die Leitung des Fachgebiets

„Ausbildung“ und 1980 das Fachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“.

Als Anerkennung für seine Verdienste überreichte Dr. Sahlender eine Urkunde und dankte Böttcher für die gute Zusammenarbeit sowie für sein Bemühen, mit den vielen Einrichtungen auf kommunaler und Landesebene, die sich mit dem Selbstschutz befassen, einen guten Kontakt zu pflegen. Daß dies erfolgreich war, zeigt nicht zuletzt die Berufung Böttchers als BVS-Beauftragter in den Beraterstab der Stadt Kiel.

Dr. Sahlender stellte anschließend den Nachfolger, Dieter Restorf, dem Kreis der Gäste vor, Restorf, der 1961 als ehrenamtlicher Helfer zum BVS kam und seit 1964 hauptamtlich tätig ist, war in den letzten fünf Jahren Leiter der BVS-Dienststelle Nienburg.

Plön. Auf Anregung des BVS-Beauftragten für den Kreis Plön, Joseph Sorychta, und mit Unterstützung von Landrat Dr. von Bismarck werden für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt. Am ersten Lehrgang nahmen 17 vornehmlich jüngere Kreisbedienstete teil. Die Absolventen waren einhellig der Auffassung, daß die Ausbildung im Selbstschutz auch im Alltag von großem Nutzen sein kann.

Niedersachsen

Quer durch Niedersachsen

Sulingen. Anlässlich der Eröffnung der Selbstschutzwoche betonte Bürgermeister Werner Kling, organisierte Hilfe könne nicht sofort und überall einsetzen. Richtige und unmittelbar beginnende Selbstschutzmaßnahmen seien von ausschlaggebender Bedeutung für den weiteren Verlauf eines jeglichen Schadensereignisses.

In der Veranstaltungswoche wurden Straßenaktionen durchgeführt sowie Vortragsveranstaltungen und Grundlehrgänge angeboten, an denen insgesamt 640 Personen teilnahmen. Ein Sulinger Geschäftsmann ermöglichte die Besichtigung des firmeneigenen Großschutzraums mit 1250 Schutzplätzen, das DRK installierte eine Sanitätsstelle, und BVS-Mitarbeiter richteten eine Selbstschutz-Beratungsstelle ein.

Die Schaufensterwerbung stand unter

dem Motto „Vorsorge“. Eine große Schauvitrine zeigte „Das selbstschutzmäßige Haus“, „Notgepäck und Dokumentensicherung“, „Energie und Beleuchtung“, „Lebensmittel und Trinkwasser“, „Hygiene“ und „Hausapotheke“.

Während der gesamten Woche wurden die BVS-Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz“ gezeigt.

Als Abschlußveranstaltung wurde ein Sicherheits-Wettbewerb durchgeführt. 198 Teilnehmer durchliefen acht Stationen, die von Mitarbeitern der Polizei, des DRK, der DLRG, der Feuerwehr, des THW und des BVS betreut wurden.

Leer. Anregungen, Empfehlungen und Hinweise für die Bevölkerung gab die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ in Leer: Die Bilderschau in der geräumigen Schalterhalle der Kreis- und Stadtsparr-

kasse Leer-Weener war außerdem durch Ausrüstung der Hilfsorganisationen, Zivilschutz-Literatur aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz sowie alte Feuerwehr- und Zivilschutzhelme attraktiv ergänzt worden.

Vor Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Politik, Verwaltung, der Bundeswehr und Führungskräften der Katastrophenschutz-Organisationen des Landkreises Leer begrüßte Sparkassendirektor Poppinga die Initiative zur Durchführung dieser interessanten Ausstellung.

Landrat Weber, Schirmherr der Ausstellung, betonte in seiner Eröffnungssprache, Selbsthilfe und Selbstschutz seien nicht Erfindungen unserer Zeit, sondern schon seit Hunderten von Jahren lebensnotwendig: „Gerade in den vergangenen Jahrhunderten war es für die Bürger viel mehr als heute selbstverständlich, sich auf Katastrophen und

Kriege einzurichten und die Folgen dieser Ereignisse für das Leben sowie Hab und Gut so gering wie möglich zu halten."

Gehrden. In einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal der Stadtverwaltung Gehrden verpflichtete Stadtdirektor Bildhauer elf Selbstschutzberater durch Handschlag und Überreichung von Urkunden. Alle elf Bürger wurden auf Initiative der Stadt und mit Unterstützung der Ortsbürgermeister für diese ehrenamtliche Tätigkeit gewonnen. Vorher hatten sie an einem Selbstschutz-Grundlehrgang und an den Ergänzungslehrgängen „Selbstschutz in Wohnstätten“ und „Strahlenschutz“ teilgenommen.

Löningen. Lebensrettend im Notfall und wichtiger Faktor für den Selbstschutz – das alles kann eine Hausapotheke sein, wenn sie gut sortiert ist und ihr Inhalt regelmäßig einer Kontrolle unterzogen wird. Auf Initiative des BVS-Beauftragten Eick wurden in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Oldenburg zwei informative BVS-Schaufensterwerbungen in der Apotheke der Gemeinde Emstek und in der „Brunnen-Apotheke“ in Löningen durchgeführt. Neben Tafeln mit Texten aus der Broschüre „Rat aus erster Hand“ war die „Gläserne Hausapotheke“ jeweils eine Woche lang besondere Attraktion für viele interessierte Bürger.

Voldagsen. Sein 25jähriges Jubiläum

im öffentlichen Dienst beging Garbrand Fisser, Leiter der BVS-Schule Voldagsen. In einer kleinen Feierstunde würdigte Landesstellenleiter Sohl die Verdienste, die sich der Jubilar während seiner über elfjährigen Tätigkeit an der BVS-Schule Voldagsen bei der Ausbildung der Einsatzkräfte des Selbstschutzes und der eigenen Mitarbeiter erworben hat.

Fisser kam am 1. April 1965 als Hilfsfachbearbeiter zur damaligen BLSV-Ortsstelle Delmenhorst. Von 1969 bis 1970 war er als Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Aurich tätig. 1970 übernahm Fisser die Aufgaben einer Lehrkraft an der BVS-Schule Voldagsen, deren Leitung ihm am 1. August 1981 übertragen wurde.

Nordrhein-Westfalen



Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Münster. Am 19. März 1982 konnte Hans Faber sein 25jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst begehen. Faber ist seit nunmehr 20 Jahren hauptamtlich als



Aus der Hand von BVS-Fachgebietsleiter Kaufner (rechts) nahm Hans Faber die Dankurkunde entgegen, links: BVS-Dienststellenleiter Klesper.

BVS-Fachbearbeiter tätig. In einer kleinen Feierstunde würdigte Joachim Kaufner in Vertretung des Landesstellenleiters das Engagement des Jubilars und überreichte ihm eine Dankurkunde.

Essen. Eine Arbeitsgemeinschaft besonderer Art fand für die Helfer der BVS-Dienststelle Essen statt: Sie besuchten die Kernforschungsanlage Jülich und das Warnamt V in Linnich. Im Warnamt wurde den Helfern u. a. das Zusammenwirken militärischer und ziviler Stellen aufgezeigt.

Paderborn. Viel Prominenz war bei der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ in der Sparkasse vertreten. Paderborns Bürgermeister Herbert

Schwiete hielt die Eröffnungsrede und betonte die Notwendigkeit der Katastrophenabwehr, insbesondere der Selbsthilfe. „In jüngster Zeit haben Katastrophen gezeigt, daß auch in unserer hochtechnisierten Gesellschaft die lebensnotwendige Technik versagen kann. Katastrophen können durch persönliche Initiativen der Betroffenen und durch eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe besser gemeistert werden als durch staatliche Hilfsmaßnahmen“, führte Schwiete aus.

Essen. Informationsquelle für Bauinteressenten und Bauwillige war wieder die Ausstellung „Altbau/Neu“ in der Gruga. Einen Blickfang bildete der BVS-Stand, an dem sich viele Besucher über Zuschüsse und erhöhte steuerliche Abschreibung für den Bau von Hauschutzräumen informierten.

„Das ist eine Information, die uns Siedlern nützen kann. Wir möchten mehr darüber wissen“, betonte der Kreisvorsitzende des Deutschen Siedlerbundes, Heinrich Steentjas. 64 Vorsitzende von Siedlergemeinschaften ließen sich über Bau, Konstruktion und Nutzung von Hausschutzräumen beraten.

Mülheim/Ruhr. Das City-Center war Schauplatz einer „Attraktion“, die viele Mülheimer Bürger anzog: Aus dem ersten Stock der großen Halle seilte sich ein Helfer mit Hilfe einer Sitzschlinge zum Informationsstand des BVS ab. Viele Schaulustige informierten sich über den Sinn und Zweck des Selbstschutzes und zeigten Interesse an einem Selbstschutz-Grundlehrgang.



Ein angeregtes Gespräch über die Organisation und Arbeitsweise des BVS führten Bundestagsabgeordneter Dr. Ulrich Steger, Vorsitzender der Landes Helfervertretung des Technischen Hilfswerks (links), und BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (Mitte). Eykmann hob u. a. das gute Verhältnis zu den Katastrophenschutz-Organisationen hervor: „Wir ergänzen uns hervorragend, nutzen gemeinsame Übungsanlagen und arbeiten soweit es geht zusammen.“ An dem Gespräch nahmen auch Gerhard Merten, BVS-Fachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ (3. v. l.), und Joachim Kaufner, Fachgebietsleiter „Ausbildung“, teil.

Bottrop. Der von der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen im Hansa-Einkaufszentrum aufgebaute Informationsstand hatte am verkaufsoffenen Samstag ausgesprochen regen Besuch zu verzeichnen,



Regen Besuch verzeichnete man an dem Informationsstand des BVS in einem Einkaufszentrum.

es wurden 500 Besucher gezählt. In vielen Einzelgesprächen konnte BVS-Fachbearbeiterin Helga Spiekermann über die Mitarbeit der Frau im Selbstschutz diskutieren.

Gelsenkirchen. Der Deutsche Frauenring, Ortsring Buer, informierte sich bei seinem letzten Treffen über den Selbstschutz. Damit verbunden waren praktische Vorführungen; so erklärte Helga Spiekermann, BVS-Fachbearbeiterin für Frauenarbeit, wie man eine Sitz- oder Brustschlinge anlegt, um sich aus einer Gefahrenzone abzuseilen. Vor den

25 Damen referierte BVS-Dienststellenleiter Günter Haupt über die Mitarbeit der Frau im Selbstschutz und über Ausbildungsmöglichkeiten.

Versmold. „Auch im Frieden hat der Selbstschutz Aufgaben“, mit diesen Worten eröffnete Bürgermeister Franz-Heinrich Meyer-Hermann im Versmolder Rathaus die BVS-Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“. Selbstschutz sei eine Angelegenheit, die leider oft abseits des allgemeinen Interesses stehe. Man solle das Problem jedoch nicht verdrängen. „Die Ausstellung im Foyer des Rathauses soll den Blick für diesen The-

menkomplex schärfen und darüber hinaus ehrenamtliche Helfer begeistern“, führte der Bürgermeister weiter aus.

Wesel. Die BVS-Dienststelle Wesel hatte in Kaufhäusern in Wesel und Kleve eine Kleinausstellung und einen Informationsstand aufgestellt. In Kleve wurde außerdem an drei Tagen ein Informationsstand in der Fußgängerzone und an zwei Tagen der Filmwagen eingesetzt.

Nach dem guten Erfolg dieser Aktionen soll eine besondere Kleinausstellung entwickelt werden, die in größeren Kaufhäusern zum Einsatz kommen soll.

Hessen



Hessenspiegel

Roßdorf. Als beispielhaft kann die Haupt- und Realschule in Roßdorf bei Darmstadt gelten: Unter der Leitung des Direktors, Karl-Alfons Prieß, wurde eine Räumungsübung durchgeführt. Anschließend übte das Lehrerkollegium das Ablöschen von brennender Kleidung und den Umgang mit Handfeuerlöschern. Die BVS-Dienststelle Darmstadt hatte zuvor für die Abgangsklasse einen Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt.

Fulda. Der Landrat des Vogelbergkreises, Dr. Zwecker, hat in einem Rundschreiben die Bürgermeister auf den Vollzug der Vwv-Selbstschutz hingewiesen; eine Maßnahme, die beispielhaft ist, um den Rahmen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschut-

zes auszufüllen und den Selbstschutz zu aktivieren.

In seinem Schreiben betonte der Landrat die Notwendigkeit dieser Aufgabe und führte u.a. aus: „Es entsteht immer wieder der Eindruck, daß den erforderlichen Vorsorgemaßnahmen von seiten der Gemeinden nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen wird. Ich möchte Sie deshalb bitten, die nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift vorgesehenen Maßnahmen unbedingt durchzuführen.“

Besonderen Wert legt Dr. Zwecker auf die Ausbildung der Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden und der Selbstschutz-Berater, wobei auf den Mangel an Beratern, die für die Besetzung der Selbstschutz-Beratungsstellen vorgesehen sind, hingewiesen wird. Der Landrat bat alle Bürgermeister, die entsprechenden Personen auszuwählen

und der BVS-Dienststelle Fulda zur Ausbildung zu melden. Ohne entsprechende Ausbildung, so Dr. Zwecker, könne dieser Personenkreis seine Aufgaben nicht erfüllen.

Der Landrat hat zudem in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz eine Aufgabe der Städte und Gemeinden ist. „Ich bitte Sie, künftig dem gesamten Selbstschutzbereich Ihre Aufmerksamkeit zu widmen und den bestehenden Verpflichtungen nachzukommen. Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß Sie als Bürgermeister für diese Aufgaben verantwortlich sind. Der Bundesverband für den Selbstschutz hat Ihnen in der Vergangenheit immer wieder seine Unterstützung angeboten. Ich empfehle Ihnen, hiervon Gebrauch zu machen und eine enge Zusammenarbeit anzustreben.“

Rheinland-Pfalz



Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Trier. Heinz Hergesell, Leiter der fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Trier, beging sein 25jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst. Anlässlich einer Zusammenkunft der Mitarbeiter der Dienststelle überreichte BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus dem Jubilar eine Ehrenurkunde. In seiner Laudatio würdigte Awiszus die Tätigkeit Hergesells, der bereits seit 23 Jahren Mitarbeiter des BVS ist.

Kaiserslautern. Die BVS-Dienststelle Kaiserslautern führte für die Schwe-

sternschülerinnen des Städtischen Krankenhauses Idar-Oberstein Selbstschutz-Fachlehrgänge durch. Einen breiten Raum nahmen die allgemeinen Selbstschutzmaßnahmen ein, aber auch die Fachausbildung im ABC-Schutz fand reges Interesse.

Trier. Die BVS-Dienststelle Trier führt seit einiger Zeit Fachlehrgänge „Brandschutz“, „Bergung“ und „Sanitätsdienst“ für Beschäftigte in Supermärkten durch.

Vor kurzem begann die Ausbildung für alle Mitarbeiter im Hauptlager einer namhaften Ladenkette im Raum Trier. Die Unterrichtung wird sich im Laufe des

Jahres auf alle Mitarbeiter in den Filialen des Unternehmens ausdehnen. Die Beschäftigten haben erkannt, daß es sich bei dieser Maßnahme nicht nur um den Schutz der Betriebsstätte und Sachwerte handelt, sondern auch um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Awiszus (rechts) nimmt Heinz Hergesell die Dankurkunde entgegen, links: BVS-Dienststellenleiter von Leoprechting.

Saarland-Rundschau

Dudweiler. Nachdem in den letzten Monaten ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter bei den Löschzügen 3 und 4 in Herrensohr und Jägersfreude Informationsveranstaltungen zum Thema „Allein gegen Gefahren“ durchgeführt hatten, konnte kürzlich der Saarbrücker BVS-Stadtverbandsbeauftragte Ludwig Kliebenstein über 40 Feuerwehrleute zu einer Schutzraumbesichtigung in Güdingen und Dudweiler begrüßen. Während der 1500 Personen fassende Großschutzraum in Güdingen mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgestattet ist, handelt es sich bei dem an der St. Ingberter Straße in Dudweiler gelegenen Schutzraum um einen im Zweiten Weltkrieg in den Felsen getriebenen Stollen.

Dieter Bold vom Zivilschutzamt Saarbrücken beantwortete die vielen Fragen der Teilnehmer. Abschließend fanden sich die Feuerwehrleute im Aufenthaltsraum des Löschzuges 3 in Herrensohr ein, wo BVS-Fachgebietsleiterin Helene Demuth über den privaten Schutzraumbau referierte.

Limbach. Die im Rahmen eines Modellversuchs in der Großgemeinde Schmelz eingeleitete Intensivierung des Selbstschutzes zeigt erste gute Ergebnisse: Während einer Informationstagung für Kommunalpolitiker, in deren Verlauf

BVS-Landesstellenleiter Koch die besondere Bedeutung des Vorhabens auch für die Bürger in jedem Gemeindeteil herausstellte, erklärten sich sechs Teilnehmer, darunter auch ein Kreistagsmitglied, bereit, die Funktion eines Selbstschutz-Beraters zu übernehmen. Dieser erfolgreichen Informationstagung folgen nun Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen.

Blieskastel. Recht zahlreich waren die Vorsitzenden der Landfrauenverbände Saar der Einladung der BVS-Landesstelle zu einem Informationsseminar „Zivilschutz“ gefolgt. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen von BVS-Landesstellenleiter Koch über den Zivilschutz sowie über die Aufgaben des BVS.

Ministerialrat Grundmann, der den Katastrophenschutz am Beispiel des Saarlandes erläuterte, würdigte die aufklärende und ausbildende Tätigkeit des BVS, die er im Saarland als beispielhaft bezeichnete. Die Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit im BVS, Helene Demuth, ging auf die besondere Bedeutung der Frau im Selbstschutz ein.

In einer lebhaften Diskussion zeigten sich die Seminarteilnehmerinnen sehr beeindruckt und äußerten den Wunsch nach einer verstärkten Aufklärung der Bevölkerung. In den einzelnen Landfrau-

enverbänden sollen vermehrt Informationsveranstaltungen und Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt werden.

Saarbrücken. Nach Abschluß von Selbstschutz-Grund- und Fachlehrgängen stellten die Helfer des Behördenselbstschutzes der Winterberg-Kliniken in einer Übung ihr Können unter Beweis. In Anwesenheit von Verwaltungsdirektorin Schellhaas, dem Dezernenten für Katastrophenschutz der Stadt, Münster, Branddirektor Mahl, BVS-Landesstellenleiter Koch und Dienststellenleiter Manstein probten die 42 Beschäftigten, darunter acht Frauen, den Ernstfall.

Der laute Knall einer Explosion und der aufsteigende Rauch alarmierten gegen 14.00 Uhr die unter der Führung von Behördenselbstschutzleiter Norbert Schmidt stehenden Einsatzkräfte: Es galt, ein im 1. Stock ausgebrochenes Feuer zu bekämpfen und „Verletzte“ aus dem Gebäude zu bergen, um sie nach der Erstversorgung den Ärzten zur weiteren Behandlung zu übergeben. Da sich das Feuer auszudehnen drohte, wurde vorsorglich auch die Berufsfeuerwehr Saarbrücken alarmiert, die knapp zehn Minuten später mit einem kompletten Löschzug zur Stelle war.

Die vielen kritischen Beobachter konnten sich vom guten Ausbildungsstand der Helfer überzeugen.

Baden-Württemberg

Südwest aktuell

Mannheim. Am „Tag der offenen Tür“ der Stadt Mannheim wurde die BVS-Dienststelle in einen Großschutzraum „verlegt“: Filmvorführungen und ein Informationsstand boten den Bürgern Gelegenheit, sich über Schutzraumbau sowie Selbstschutz- und Vorsorgemaßnahmen zu informieren.

Schwäbisch Hall. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Philipp Jenninger, besuchte die Katastrophenschutz-Organisationen in Schwäbisch Hall. Im Laufe des Tages hatten DRK, Feuerwehr, THW, BVS sowie die Warnleitmeßstelle die Möglichkeit, Probleme und Wünsche dem Abgeordneten vorzutragen. BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach unterrichtete den Parlamentarier über die



Bundestagsabgeordneter Dr. Jenninger (links) im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Raach.

Arbeit des Verbandes, ergänzend zeigte BVS-Dienststellenleiter Peter Grab die Aufgaben und Arbeitsbereiche seiner Dienststelle auf. Den Abschluß des Besuchs bildete ein Gespräch mit stv. Landrat Regierungsdirektor Rothmund, den Zugführern der Katastrophenschutz-einheiten sowie den Mitarbeitern des BVS.

Freiburg. Bei der bundesweiten Sirenenprobe am 17. März 1982 hatte die BVS-Dienststelle Freiburg ihren Schwerpunkt für Straßenaktionen zur Information der Bürger in den Landkreis Emmendingen gelegt. Als besonders erfolgreich erwies sich dabei der Einsatz von zwei Selbstschutz-Beratern der Stadt, die den Bürgern persönlich bekannt waren.

Stuttgart. Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte Verwaltungsamtsrat Manfred Büchler, Sachgebietsleiter bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg. Nach seiner Ausbildung und anschließender Tätigkeit bei der Bundeswehrverwaltung sowie beim Warnamt VIII wurde Büchler im April 1973 Mitarbeiter des BVS. Im Kreise aller baden-württembergischen Dienststellenleiter überreichte Landes-



BVS-Landesstellenleiter Raach überreicht Verwaltungsamtsrat Bächler die Dankurkunde.

stellenleiter Wolfgang Raach eine Dankurkunde und würdigte die Verdienste und das stets kollegiale Verhalten des Jubilars.

Karlsruhe. Mit einer recht umfangreichen und komplizierten Materie machten sich die Helfer des 3. Sanitätszugs des Landratsamtes Karlsruhe in Stutensee-Spöck vertraut: In einem achtstündigen Lehrgang, der von Kurt Tietz, BVS-Dienststelle Karlsruhe, geleitet wurde,

informierten sich die Helfer über den Strahlenschutz. Neben den Grundlagen des Strahlenschutzes beschäftigten sich die Einsatzkräfte insbesondere mit den Themen „Strahlungsschäden“ und „Strahlenkrankheit“.

Dotternhausen. Mit der Einweihung der neuen Sporthalle in Dotternhausen wurden die zugleich mit dem Hallen-Neubau erstellten Schutzräume der Bevölkerung vorgestellt. Insgesamt finden 420 der 1200 Einwohner der Gemeinde in den drei Räumen Schutz.

Der BVS bot an beiden Einweihungstagen einen Beratungsservice. Viele Bürger informierten sich über die Bezuschussung und Abschreibungsmöglichkeiten beim Bau eines Hausschutzraums.

Stuttgart. Als Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg

wurden am 27. März 1982 gewählt: Helfervertreter Kurt Spinnler (BVS-Dienststelle Ludwigsburg); 1. Stellvertreter Gerhard Schiller (BVS-Dienststelle Ulm); 2. Stellvertreter Helmut Gerhard (BVS-Dienststelle Karlsruhe).

Nachruf

Unerwartet für uns alle verstarb am 12. April 1982 der frühere Fachgebietsleiter „Ausbildung“ bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg

Heinz de la Porte

im Alter von 66 Jahren.

Bis zu seinem Ausscheiden im August 1978 war der Verstorbene 23 Jahre beim BVS tätig, 16 Jahre davon als Fachgebietsleiter „Ausbildung“. In dieser Zeit hat er durch sein Können und Wissen die Ausbildung im Selbstschutz in Baden-Württemberg erheblich mitgeprägt.

Bayern



Bayern heute

Herrieden. „Die heutige Zeit erfordert von jedem Menschen einen Beitrag zum Selbstschutz, damit die Zahl der Toten und Verletzten bei Unfällen, bei Katastrophen und im Krieg sinkt. Durch genügend Kenntnisse kann jeder sich und anderen im Notfall helfen.“ So beginnt der Aufsatz von Martina Pfahler, Schülerin der Klasse 9b, die sich, wie ihre 59 weiteren Schulkameraden der Verbandschule Herrieden, an einem Aufsatzwettbewerb beteiligte. Die Idee dazu hatten BVS-Dienststellenleiter Dietmar Peter und Werner Herzog, Bürgermeister der Gemeinde Herrieden.

Mit Unterstützung der Klassenleiter Reisch und Alberter schrieben die Schülerinnen einen Aufsatz zum Thema „Selbstschutz ist notwendig – zeige dies an Beispielen auf und begründe Deine Meinung“.

Die Auswertung der Aufsätze brachte ein erheblich über den Erwartungen liegendes Ergebnis. So konnten die Schüler u. a. beweisen, daß sie bei vorangegangenen Selbstschutz-Grundlehrgängen aufmerksame Teilnehmer waren. Darüber hinaus zeigte sich aber auch, daß man sich mit dem Thema Selbstschutz im Familienkreis auseinandergesetzt hatte.

Als Belohnung für die Mühen wurden die Schüler zur Besichtigung des Warnamtes IX in Claffheim eingeladen und

außerdem die sechs besten Arbeiten mit Buchpreisen ausgezeichnet. BVS-Dienststellenleiter Peter wies anlässlich des Besuchs im Warnamt noch einmal auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin und bedankte sich bei allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Bürgermeister Werner Herzog fand lobende Worte für die Leistungen der Schüler und überreichte die Buchpreise. Nach einem kurzen Referat des stv. Warnamtleiters Frank wurde den Schülern in einer Führung das Warnamt vorgestellt.

Ansbach. Die BVS-Dienststelle Ansbach führte für drei Ansbacher Behörden einen Selbstschutz-Fachlehrgang durch. Je eine Sanitätsstaffel der Bezirksfinanzdirektion, der Regierung von Mittelfranken sowie ein Sanitätstrupp der Oberfinanzdirektion wurden von den BVS-Mitarbeitern Georg Schuster und Gerd Koch eingehend in die Aufgaben des Sanitätsdienstes eingewiesen. Die Ausbildung in Erster Hilfe übernahm der BRK-Kreisverband Ansbach. Den Abschluß bildete eine gemeinsame Übung.

Geretsried. Bundestagsabgeordneter Graf Stauffenberg besuchte in Begleitung des Zweiten Bürgermeisters der Stadt Geretsried, Helmut Gänßbauer, die BVS-Schule Geretsried. Der Leiter des Fachgebiets „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle, Polster, und Schulleiter Wermke informierten die Gä-



Zu Besuch in der BVS-Schule Geretsried (von links): Bürgermeister Gänßbauer, BVS-Schulleiter Wermke, Bundestagsabgeordneter Graf Stauffenberg und BVS-Fachgebietsleiter Polster.

ste über den gesetzlichen Auftrag des BVS.

Graf Stauffenberg ließ sich ausführlich über die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes sowie über die Arbeit der BVS-Schule berichten. Der Abgeordnete verfolgte auch die gerade an der Schule durchgeführten Selbstschutz-Fachlehrgänge „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ und „Zugführer“. Dabei kam es zu einer regen Diskussion mit den Lehrgangsteilnehmern.

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß es berechnete Wünsche nach Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden und Ausbau des Zivilschutzes gibt. Bei der Realisierung der Wünsche müßten aber auch die finanziellen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Der Abgeordnete sagte zu, sich für eine stetige Verbesserung des Zivil- und Selbstschutzes einzusetzen.

Erstmalig Schutzraumbau-Ausstellung in Berlin

Seit langem war in der Gesellschaft für den Zivilschutz die Frage erörtert worden, die Berliner Bevölkerung und auch die großen Wohnungsbaugesellschaften der Stadt über die Errichtung von Schutzräumen anzusprechen und zu informieren. Es ergab sich, daß eine entsprechende Ausstellung im Zusammenhang mit der Sonderausstellung des Beamtenheimstättenwerkes erörtert und terminlich festgelegt werden konnte. Der Vorstand der Gesellschaft stimmte dem Vorhaben zu, obwohl die Kostenbelastung, die auf die Gesellschaft zukommen würde, praktisch nicht abgeschätzt werden konnte. Dank der Unterstützung des Bundesverbandes für den Selbstschutz und des BHW in Hameln liefen die Vorbereitungen zur Ausstellung reibungslos.

Die Schutzraumbau-Ausstellung wurde in der Messehalle 18 am Berliner Funkturm pünktlich aufgebaut. Die Ausstellungseröffnung fand am 7. Mai 1982 um 13.00 Uhr statt. Die Hauptaufgabe am Stand fiel natürlich Schutzbauberater Witke, langjähriger Mitarbeiter der GZS und Vorstandsmitglied, zu. Unterstützt wurde er von den Fachlehrern Feige, Kiehl, Krapf, Weber und dem Geschäftsführer der Gesellschaft. Für die technischen Arbeiten wurden die Aufklärungs- und Ausbildungshelfer Gürsan, Roy, Müller, Dorr, Höpfner, Schlücker, Kösters, Zuch und Thiele, die stundenweise eingesetzt wurden, für die Ausstellung gewonnen.

Die Witterung trug nicht unerheblich dazu bei, daß die anvisierte Personenzahl bei der Ausstellung nicht erreicht wurde. So wurden an allen drei Tagen nur etwa 4400 Personen registriert. Bedingt durch die günstige Lage wurde der Stand jedoch von erstaunlich vielen Bürgern besucht. Aus den zahlreichen Gesprächen ergab sich eine außerordentlich große Zahl von Einzelberatungen, die in nicht wenigen Fällen zum behelfsmäßigen Ausbau vorhandener Keller zu Behelfsschutzräumen führen werden. Eine allerdings noch größere Zahl interessierter Besucher machte deutlich, daß man sehr froh sei, vor beabsichtigter Modernisierung, Umbau oder geplantem Neuerwerb auf Schutzräume aufmerksam geworden zu sein.

Die Ausstellung kann als das größte derartige Vorhaben seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1970 bezeichnet



In der Messehalle 18 am Berliner Funkturm informierte die GZS erstmalig über den Schutzraumbau.

und als Erfolg gewertet werden. Gegenüber dem Beamtenheimstättenwerk wurde bereits deutlich gemacht, daß sich die Gesellschaft an einem künftigen Ausstellungsvorhaben jederzeit wieder beteiligen werde.

Angeregt durch die Ausstellung wird derzeit im Vorstand der GZS die Frage geprüft, ob ein Schutzraum-Modell im Maßstab 1:10 mit Feldbetten, Bänken, Luftfiltern usw. sowie ein weiteres Modell mit einer Ausstattung als Trimmeraum erworben werden sollte. Diese Modelle könnten als eine Art Wanderausstellung bei Sparkassen, Banken und nicht zuletzt den in Berlin ansässigen Bausparkassen gezeigt werden.

Türkische Jungen und Mädchen absolvierten Grundlehrgang

Irgendwann im Februar klingelte das Telefon, es meldete sich ein Lehrer der Friedrich-Ludwig-Jahn-Oberschule. Er bezog sich auf das seiner Schule zugegangene Ausbildungsangebot der GZS und bat um Terminvorschläge für die Klasse 10/2. Wie er bestätigte, sollte in dieser Klasse – und damit erstmals an der Schule – ein Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt werden. Wenn der Versuch erfolgreich verlaufen würde, wären diese Veranstaltungen künftig in jedem Jahr zu wiederholen. Nur wenige Tage später wurde auch ein Termin für die Parallelklasse 10/4 verbindlich angesprochen.

Ende April war es dann soweit: Der erste Grundlehrgang an einer Kreuzberger Schule fand statt. Die erste Klasse bestand aus überwiegend deutschen Schülern und zeigte sich außerordent-

lich lebhaft und interessiert. Die zweite Klasse überraschte, denn sie wurde gebildet von ausschließlich türkischen Jungen und Mädchen. Zur Unterstützung wurde deshalb der Lehrkraft der GZS ein Lehrer der Schule in den ersten vier Stunden zur Seite gestellt. Diese Hilfestellung war, wie sich herausstellte, absolut nicht notwendig, denn die Mädchen und Jungen, im Alter von 15 bis 17 Jahren, folgten sehr interessiert den Ausführungen und beteiligten sich sehr rege an den praktischen Übungen.

Der Lehrer der Gesellschaft hatte sich schnell auf diese Schülergruppe eingestellt, sprach etwas langsamer und betonte deutlich, so daß nicht die mindesten Verständigungsschwierigkeiten auftraten. Alles in allem kann dieser erste Versuch – Unterrichtung ausländischer Schülergruppen – als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Nach Abschluß konnte zwölf Jungen und Mädchen die Bescheinigung über die Teilnahme am Selbstschutz-Grundlehrgang ausgehändigt werden.

Nachruf

Am 15. April 1982 verstarb

Fritz Kronemann

Gründungsmitglied der GZS. Fritz Kronemann war von der ersten Stunde an mit dabei und hat der Gesellschaft auch in den schweren Tagen treue Dienste geleistet. Bereits vor Gründung der Gesellschaft als eingetragener Verein besuchte er die ersten Ausbildungsveranstaltungen und ließ sich zum Fachlehrer ausbilden.

In den letzten Jahren nahm er aufgrund seines vorgerückten Alters und des angegriffenen Gesundheitszustandes nur noch an wenigen Veranstaltungen teil, widmete aber seine ganze Kraft der Verwaltung sowie der Wartung und Pflege der Lehrgeräte. Kronemann ließ es sich nicht nehmen, täglich mehrere Stunden als Geräteverwalter tätig zu sein.

Mit ihm verliert die GZS einen Mitarbeiter, der die Gesellschaft prägte und zu dem machte, was sie heute ist – fachlich anerkannt und geachtet. Sein Tod kam, wie immer, schmerzlich und überraschend. Kronemann hinterläßt eine Lücke, die kaum zu schließen sein wird. Er wird den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern unvergessen bleiben.



THW-Ehrenzeichen für Otto Preuß

THW-Orts- und Kreisbeauftragter Otto Preuß, Elmshorn, wurde vom Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Rathaus von Elmshorn mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold ausgezeichnet. In seiner Laudatio würdigte Ahrens die Verdienste, die sich Preuß während seiner fast 27jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Ortsbeauftragter und ab 1972



Nach der Ehrung (von links): THW-Landesbeauftragter Meler, Bürgermeister Dr. Lutz, Otto Preuß, Erster Stadtrat Büker, stv. THW-Ortsbeauftragter Maack und THW-Direktor Ahrens.

auch als Kreisbeauftragter um das THW erworben hat.

Preuß habe den Ortsverband stets hervorragend geführt und ihm einen besonderen Namen durch den ausgezeichneten Instandsetzungsdienst gegeben. Die Bedeutung der Auszeichnung sei daran zu ermesen, daß Preuß erst der zweite der rund 3000 ehrenamtlichen Mitarbeiter in Schleswig-Holstein sei, dem das Ehrenzeichen verliehen werde.

Bürgermeister Dr. Lutz unterstrich die gute Zusammenarbeit und Verbunden-

heit, die es zwischen der Stadt Elmshorn und dem THW immer gegeben hat. Preuß habe es in seiner langjährigen Tätigkeit als Leiter des Ortsverbandes verstanden, das THW zu einem Begriff für jedermann zu machen. Dr. Lutz erinnerte in diesem Zusammenhang an den Einsatz des THW bei größeren Katastrophen, z. B. anlässlich der Sturmflut 1962. Erster Stadtrat Franz Josef Büker stellte in seinem Grußwort besonders die stete Bereitschaft des THW heraus, sich einzusetzen, wenn Hilfe benötigt wird, so erst kürzlich wieder beim Bau einer Brücke, die im Verlauf des Krückau-Wanderweges gebaut werden mußte. An der Feierstunde nahmen auch Ordnungsamtsleiter Günter Ehm, Herbert Maack als Nachfolger von Otto Preuß im Amte des Ortsbeauftragten sowie zahlreiche THW-Kameraden teil. V.

THW stellte aus und informierte

Zum achten Mal wurde in der Landeshauptstadt das Winterfest „Kieler Umschlag“ durchgeführt. Viele Bürger vergnügten sich bei frühlingshaftem Wetter in der Innenstadt, wo Musikkapellen, Verkaufsstände, Tanzgruppen und vieles andere mehr für entsprechende Stimmung sorgten.

Am zweiten Tag der Veranstaltung – einem Sonnabend – führte eine Gruppe des 6. Bergungszugs des THW-OV Kiel unter Leitung von Zugführer Sabel am Alten Markt eine Geräteausstellung durch. Hier wurde interessierten Pas-



Die Arbeit mit der Motorsäge fand viel Interesse bei den Besuchern.

santen u. a. die Handhabung der Motorsäge und der Umgang mit der Hydropresse vorgeführt. Neben dem Gerätekraftwagen war ein Kombi aufgestellt, der mit einem Tisch davor als Informationsstand diente. Dort konnten sich Interessenten anhand von ausgelegtem Prospektmaterial oder im Gespräch mit den Helfern über das THW und seine Aufgaben informieren. V.

Nachruf

Im Alter von 70 Jahren verstarb unser Kamerad

Werner Strasdas

Der Verstorbene gehörte dem THW-OV Lübeck seit Februar 1953 an und war viele Jahre als Schirrmeister und Gerätewart tätig. Strasdas hat wesentlich zum Aufbau des Ortsverbandes beigetragen.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte für Lübeck

Bremen



Überraschende Alarmübung

„Mit unserer Alarmübung wollten wir zum einen überprüfen, in welcher Zeit wir in einem Einsatzfall wieviel Helfer zusammenrufen können. Die Übung hat dazu wichtige Erkenntnisse geliefert. Zum anderen sollten unsere Helfer unter verhältnismäßig realistischen Bedingungen das Bergen von Verschütteten und Verletzten üben“, erläuterte Helmut Böhne, Ortsbeauftragter des THW-OV Bremen-West, in der Schule an der Kirchenallee im Stadtteil Gröpelingen die Ziele der überraschenden Alarmübung.

Um 6.45 Uhr klingelten bei den Helfern die Telefone. In der Schule an der Kirchenallee war – laut Übungs-Drehbuch –

in der zentralen Heizungsanlage (Kesselhaus) eine starke Explosion erfolgt, die sich über die Flure im Untergeschoß ausgeweitet hatte. Durch Beschädigung einer Gasleitung und durch ausströmen des Gas war es zu weiteren Explosionen gekommen. Im Gebäude entstanden schwere Schäden, so im Treppenhaus sowie im ersten und zweiten Obergeschoß. Dort war die Decke teilweise eingestürzt. Im Gebäude sollten sich noch rund 20 Personen in den verschiedenen Stockwerken aufhalten.

Die Berufsfeuerwehr, die den Brand gelöscht hatte, aber zwischenzeitlich zu einem Großeinsatz in die Bremer Innenstadt abberufen worden war, hatte den THW-Ortsverband West alarmiert. Die

THW-Helfer erhielten den Auftrag, die verschütteten und verletzten Personen zu bergen.

Die eingeschlossenen Personen waren nur durch Mauerdurchbrüche zu erreichen. Nach dem Vordringen war eine Erstversorgung zu leisten. Die Bergung erfolgte über Leiterhebel-Seilbahn.

Der Bergungsdienst übernahm außerdem den Brandschutz, der Instandsetzungsdienst trennte die Versorgungsleitungen.

Das Gebäude eignete sich für diese Übung ausgezeichnet: Es war in den Wochen zuvor geräumt worden, da es einem Straßenneubau weichen muß.

U. W.

Gedenkfeier für Opfer der großen Flut 1962

Vor 20 Jahren wurde Hamburg von der größten Sturmflut dieses Jahrhunderts heimgesucht; 315 Menschen mußten ihr Leben lassen. Besonders betroffen waren die Ortsteile Wilhelmsburg und Kirchdorf.

Anläßlich der 20jährigen Wiederkehr dieses Tages, der für viele Hamburger unvergessen ist, wurde am Flutdenkmal in Kirchdorf eine Gedenkfeier abgehalten. Alle damals eingesetzten Hilfsorganisationen waren vertreten und legten am Ehrenmal Kränze nieder. Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, hielt die Gedenkrede, in der er der Opfer und der Helfer, die im Einsatz ihr Leben ließen, gedachte.

Bürgermeister von Dohnanyi wies darauf hin, trotz intensiver Deichschutzmaßnahmen in den vergangenen Jahren bestehe immer noch ein Restrisiko für die Menschen an der Küste. Er dankte den Organisationen, die sich zur Deichverteidigung verpflichtet haben. Das ist in Hamburg vor allem das THW mit 365 Helfern in der sogenannten „Erstausstattung“.

Auch ein Helfer des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Eimsbüttel ließ im Fluteinsatz sein Leben. An seinem Grab



Erster Bürgermeister von Dohnanyi gedachte der Opfer der Sturmflutkatastrophe 1962.

legte der Bezirksverband einen Kranz nieder.

Im Anschluß an die Feierstunde wurden elf haupt- und ehrenamtliche THW-Helfer des THW-Bezirksverbandes Harburg für 20jährige Mitarbeit ausgezeichnet. Unter den Geehrten waren die THW-Bezirksbeauftragten Georg Wigand und Werner Hinrichs, der derzeitige Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ aus Nord-

rhein-Westfalen, Helmut Kellner, und Geschäftsführer Jasper Wolff. A. K.

Hohe Ehrung für Günter Trautvetter

Anläßlich seines zehnjährigen Jubiläums als THW-Landesbeauftragter in Hamburg hatte Günter Trautvetter zu einem Empfang eingeladen. Zahlreiche Vertreter von Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr und den Hilfsorganisationen waren erschienen. Für die Behörde für Inneres würdigte der Leiter der Grundsatzabteilung für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung, Ltd. Regierungsdirektor Werner Eilers, die Verdienste Trautvetters. Er hob besonders die Einbindung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz der Freien und Hansestadt Hamburg hervor, die mit der Vereinbarung vom Februar 1979 festgeschrieben wurde.

Der Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr, Hermann Stahlbuhk, überreichte Trautvetter im Auftrag des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes das Feuerwehrereichen in Silber, verbunden mit dem Wunsch, daß auch in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und THW so reibungslos und effektiv wie in der Vergangenheit sein möge. A. K.

Niedersachsen

Eine Sprengung wie aus dem Bilderbuch

Nicht oft hat ein Ortsverband die Gelegenheit, die Sprengung eines Gebäudes zu üben. Deshalb nahm der THW-OV Hameln das Angebot gerne an, ein zum Abbruch bestimmtes Gebäude einer Schaltstelle der Stromversorgung zu sprengen. Das Schalthaus in Coppenbrügge lag weit außerhalb der Ortschaft, hatte eine Grundfläche von acht mal fünf und eine Höhe von zehn Metern.

An einem Samstag rückte die Gerätegruppe des THW-Bergungszugs Hameln aus. Unter Leitung von Sprengmeister Skutnick, Bergungszug des THW-OV Rinteln, wurde das Gebäude für die Sprengung vorbereitet. Die Bohrlöcher wurden eingebracht, mit Ammongelit geladen, die Bohrladungen mit Sprengschnur verbunden. Nach der

Zündung fiel das Bauwerk planmäßig in einer riesigen Staubwolke in sich zusammen. W. S.

„Verpflegungsübung“ in Emden

An einer „Verpflegungsübung“ des THW-OV Emden nahmen 60 Helfer teil, die mit 15 Fahrzeugen in der Krummhörn unterwegs waren. Im Vordergrund standen zwei Übungsziele: Zum einen sollte der Transport von Gerät, Material und Helfern, zum anderen die Versorgung der Helfer im Ernstfall geprobt werden.

Zu den interessierten Übungsbeobachtern gehörte Landtagsabgeordneter Johann Bruns, der sich auch einen Eindruck von der Unterbringungssituation der THW-Helfer verschaffen wollte. THW-Ortsbeauftragter Hermann Janßen

bedankte sich bei Bruns für seine tatkräftige Unterstützung bei der Beschaffung von Finanzmitteln für die beabsichtigten Baumaßnahmen. Janßen teilte den Helfern mit, daß noch im laufenden Jahr mit dem Umbau der ehemaligen Exerzierhalle zu einer Unterkunft begonnen wird.

Dreibock aus Stahlrohren

Die Gas-Wasser-Gruppe des THW-OV Leer baute bei der letzten Übung einen Dreibock aus Stahlrohren auf. Mit dem Dreibock können nun größere Lasten bei Kanalarbeiten und Rohrbruchstellen bewegt werden. Bisher mußten für diese Arbeiten lange Holzmasten mitgeführt werden. Die zusammenschraubbaren Stahlrohre werden künftig ständig mitgeführt und erbringen bei der Aufstellung einen großen Zeitgewinn.

„Abgestürzter“ Pkw geborgen

In einer Tiefgarage hatte sich während des Weitertransports eines unbeetzten Pkw auf der automatischen Palettentransportanlage die Heckklappe unbemerkt geöffnet. Das Fahrzeug verfring sich in der Stahlkonstruktion und stürzte in die nächsttiefere Garagenebene, fiel auf das Dach und wurde von der nachfolgenden Parkpalette zusammengequetscht.

Helfer des THW-Bezirksverbandes Zehlendorf hoben das Fahrzeug nach Abpumpen von Kraftstoff und Öl durch die Feuerwehr mit vier Greifzügen so weit an, daß eine Hilfspalette untergeschoben und das Wrack darauf abgesenkt werden konnte. Die Palette wurde zum Ausgang der Garagenanlage gefahren und anschließend der Pkw wieder auf die Räder gestellt. P.-F. H.



Ein Fernsprechrupp demonstriert den Aufbau einer Feldkabelleitung.

25 Jahre Fernmeldedienst des Berliner THW

Am 27. Januar 1957 erhielt das Berliner THW seine ersten zwei Handsprechfunkgeräte des Typs FuG 6. Dieser Tag wird als offizielle Geburtsstunde des Fernmeldedienstes angesehen. Aus den dürftigen Anfängen hat sich in 25 Jahren eine personell und materiell gut ausgestattete Katastrophenschutzeinheit mit rund 50 aktiven Helferinnen und Helfern (einschließlich einer Jugendgruppe) entwickelt, der elf Einsatzfahrzeuge, über 150 Sprechfunkgeräte, zahlreiches Fernsprechmaterial, Sondergeräte, ELA-Anlagen, eine tragbare Videoanlage und 67 Funkmeldeempfänger für ihre Aufgaben zur Verfügung stehen.

Der Fernmeldedienst ist seit seiner Gründung als Zentraleinheit direkt dem THW-Landesbeauftragten unterstellt. Die Führung liegt seit fast 22 Jahren ununterbrochen in den Händen von THW-Zugführer Wolfgang Pabel, der seit neun Jahren auch hauptamtlicher Mitarbeiter im Landesverband Berlin ist.

Mit dem Aufbau des Fernmeldedienstes im Berliner THW begann gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit den Fernmeldern der Polizei, Feuerwehr, Bundespost und des Zolls sowie der Sanitätsorganisationen auf technischem und teilweise taktischem Gebiet und in der Ausbildung. Auch zu Fachfirmen bestehen gute Kontakte, und das Bundesamt für Zivildienst hat in der Vergangenheit

mehrmals auf die Berliner bei Erprobungen neuer Techniken (z. B. Funkfern-schreiben und Fernkopieren) und Verfahren (Rufnamenerprobung) zurückgegriffen.

Ein wesentlicher Aufschwung in der Ausstattung ist seit 1974 durch mehrfache Zuwendungen der Stiftung der Deutschen Klassenlotterie Berlin möglich gewesen. Außer zahlreichen modernen Sprechfunkgeräten konnten der Funkleitwagen einschließlich seiner gesamten Einrichtung beschafft und somit die taktischen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Fernmeldedienstes erheblich verbessert werden.

Seit 1977 besteht eine enge, freundschaftliche Verbindung zum Fernmeldezug des THW-OV Lehrte in Niedersachsen. Gemeinsame Übungen und Einsätze werden, soweit möglich, jährlich einmal durchgeführt.

Selbstverständlich sind die Helferinnen und Helfer des Fernmeldedienstes auch bei allen Einsätzen des Berliner THW dabei. Neben den zahllosen, vom Fernmeldedienst unterstützten Sportveranstaltungen, die teilweise jährlich wiederkehren (AVUS-Rennen, Frühregatta), sind als herausragende Ereignisse die Mitwirkung beim Evangelischen Kirchen-

tag 1961, bei der Gymnastrada 1975, dem Deutschen Katholikentag 1980 sowie die Teilnahme an mehreren Bundeswettkämpfen des THW zu nennen.

Auch auf gesellschaftlichem Gebiet hat sich der Fernmeldedienst des Berliner THW einen Namen gemacht; ein seit 1977 jährlich im Januar veranstaltetes „Funkerbällchen“ erfreut sich bei den über 250 Gästen immer größerer Beliebtheit und trägt dazu bei, daß sich Mitarbeiter und Helfer aller befreundeten Behörden und Organisationen besser kennenlernen.

Mit der Übergabe der zwei Fernsprechbauwagen und des Geräte- und Betriebskraftwagens am 20. März 1982 durch den Bürgermeister und Senator für Inneres, Heinrich Lummer, ist die materielle Ausstattung des Fernmeldezugs weitgehend abgeschlossen. Der Neuwert der im Fernmeldedienst vorhandenen Ausstattung hat zwischenzeitlich die Summe von 1,5 Millionen DM weit überschritten. Das Augenmerk muß nun verstärkt auf die Ausbildung der Helferinnen und Helfer, die Werbung neuer ehrenamtlicher Kräfte und auf Wartung, Pflege und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der vorhandenen Kraftfahrzeuge und Geräte gerichtet werden.

W. P.



WDR zu Gast bei THW-Umweltaktion

Rechtzeitig zum Osterfest säuberten rund 300 THW-Helfer 30 Kilometer Rheinufer in Düsseldorf vom Zivilisationsmüll. Zu Gast bei dieser Umweltaktion war der Westdeutsche Rundfunk mit seiner Sendung „Echo West“. In der Zeit von 11.05 bis 11.45 Uhr konnten die Zuhörer am Radiogerät den Einsatz des THW miterleben. Die Aktion wurde in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz- und Fuhramt der Stadt Düsseldorf veranstaltet. Groß war die Zahl der gefüllten Container, die abgefahren wurden.

Mit dieser Aktion, so THW-Ortsbeauftragter Hans-Georg Schenk im Interview mit dem WDR, wolle man keine Selbstdarstellung betreiben, sondern der Be-



30 Kilometer Rheinufer säuberten die THW-Helfer vor Ostern.



THW-Landesbeauftragter Drogies im Gespräch mit einem WDR-Redakteur.

völkerung zeigen, daß das THW auch im Alltag seinen Mann steht. H.-R. A.

Kontakte zum holländischen Zivilschutz vertieft

Katastrophen machen an Grenzen nicht halt! Deshalb ist es wichtig, daß Hilfsorganisationen grenzüberschreitende Kontakte pflegen und fördern. Mit drei Kombifahrzeugen und 20 Führungskräften, unter ihnen Geschäftsführer Gerd Escherich und Karl-Heinz Rössler vom THW-Landesverband, war jetzt der THW-OV Aachen zu Gast bei der Bescherming Bevolking (BB) Südl limburg, dem Gegenstück des THW in den Niederlanden.

In Valkenburg besichtigten die THW-Helfer u. a. einen Schutzraum für 12000 Personen. Speziell auf dem Gebiet des Schutzraumbaus sind die Holländer den Deutschen voraus. Die in Sandstein gehauene Grotte ist ohne jeglichen Komfort, der Schutzraum dient dem nackten Überleben. H.-R. A.

Nachrufe

Am 3. März 1982 verstarb der ehemalige THW-Ortsbeauftragte für Ahaus

Wilhelm Landfester

im Alter von 78 Jahren.

Als Mitbegründer des THW-OV Ahaus im Jahre 1966 hat er bis 1974 den Ortsverband in vorbildlicher Pflichterfüllung geleitet.

Für seine besonderen Verdienste um das THW wurde ihm das THW-Helferzeichen in Gold verliehen.

Die Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Ahaus

*

Am 15. Februar 1982 verstarb im Alter von 38 Jahren der Zugführer des THW-Fernmeldezugs Castrop-Rauxel

Dieter Wilde

Träger des THW-Helferzeichens in Gold.

Mit ihm verliert der Ortsverband einen seiner engagiertesten Mitarbeiter, einen guten Kameraden und Freund.

Der Geschäftsführer des GFB Recklinghausen

Der Ortsverband Castrop-Rauxel

Der Verein der Förderer und Helfer des THW e. V.

Hessen



THW Korbach auf großer Fahrt

Als am Donnerstag, dem 1. April 1982, 16.00 Uhr, 25 Helfer des THW-OV Korbach, an der Spitze Ortsbeauftragter

Dieter Stede und Geschäftsführer Georg Albert, zu ihrer Fahrt nach Berlin aufbrechen, waren alle in bester Laune und in großer Erwartung, was sie denn so alles bei ihren Kameraden im Bezirksverband Berlin-Tempelhof erleben würden.

In zügiger Fahrt, bei strahlendem Wetter, steuerte Zugtruppführer Reiner Brauroth den mit Bergungrucksäcken, Marschverpflegung und Gepäckstücken schwer beladenen Bus sicher nach Berlin. An der Stadtgrenze wurden die Hel-



Die Korbacher THW-Helfer auf dem Wasserübungsplatz des THW-Landesverbandes Berlin.



Großen Spaß macht den Gästen die Wasserdienstausbildung auf der Havel.



In Zusammenarbeit mit den Helfern des THW-Bezirksverbandes Tempelhof führen die Korbacher Helfer eine Bergungsübung durch.

fer aus Korbach von THW-Zugführer Michael Wagner und Gruppenführer Jürgen Stelzer empfangen und zur Unterkunft gelotst.

Der zweite Tag begann mit einer Stadtrundfahrt unter Leitung von Zugführer Wagner. Bei der Besichtigung des Reichstagsgebäudes, des Brandenburger Tores, der Mauer, des Kongreßentrums, der Gedenkstätte Plötzensee, der Spandauer Altstadt und einem Bummel über den Kurfürstendamm hatten die Gäste Gelegenheit, „Berliner Luft“ zu

schnuppern. Ein Spaziergang durch das nächtliche Berlin rundete diesen Tag ab.

Am dritten Tag wurden auf den Gewässern am Tegelersee Aufgaben des Wasserdienstes – Fahren auf dem Wasser mit Schlauchbooten und Mehrzweckarbeitsbooten – durchgeführt. Die Helfer fuhren vom Wasserübungsplatz des THW-Landesverbandes Berlin über die Havel und den Tegelersee stromaufwärts entlang der deutsch-deutschen Grenze.

Als gegen 14.00 Uhr der Einsatz des Bergungszugs angeordnet wurde, erwartete die Helfer eine nicht ganz leichte Aufgabe. Sie erhielten den Auftrag, „zehn Personen aus einem zerstörten Fabrikgelände zu bergen“. Die „Verletzten“ – Helfer des BV Tempelhof – waren auf einem sechs Meter hohen Gebäudedach, in einer Werkstattgrube, auf Fahrzeugen und Regalen sowie in einem engen Kellerschacht verteilt und wiesen alle Arten von Prellungen, offenen Wunden und Verbrennungen bis hin zur Kopf- und Rückgratverletzung auf. Die Aufgaben wurden fachdienstgerecht gelöst und anschließend durchdiskutiert.

Nach einem letzten Händeschütteln mit den Berliner Kameraden ging es am letzten Tag nach einem Besuch des Rathauses Schöneberg und des Kontrollratsgebäudes noch einmal zum „Kudamm“. Nach dem Mittagessen traten dann die Korbacher THW-Helfer die Heimreise an. Sch.

Richtfest beim THW-OV Darmstadt

Bis zum Herbst dieses Jahres sollen die neuen Unterkünfte des THW-OV Darmstadt fertiggestellt sein. Dann hat das Gedränge der 251 aktiven Helfer in der Enge der bisherigen Barackenunterkunft ein Ende – und das im 30. Jahr des Bestehens des THW.

Die bunten Bänder flattern im Wind, der Richtkranz grüßt über der Baustelle des THW in der Eschollbrücker Straße 24. Eine große Festversammlung hat sich eingefunden, als der Leiter des Staatsbauamtes Darmstadt, Ltd. Baudirektor Horst Jonas, in einer kurzen Ansprache den großen Augenblick würdigt. An der Spitze des THW Hessen sind Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen, Kreis- und Ortsbeauftragter Peter Merck, Betriebsführer Hans-Peter Walter und Geschäftsführer Heinrich Ganß erschienen.

Baubeginn war der 10. August 1981. In dem Unterkunftsgebäude, das eine Fläche von 616 Quadratmetern aufweist, entstehen neben Aufenthalts- und Sanitärräumen auch Unterrichtsräume; die



Sie freuen sich über den Baubeginn (von links): Ausbildungsleiter Dieter Schäfer, der Vertreter des Bundesbauministeriums, Klaus-Dieter Müller, THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen und stv. Ortsbeauftragter Hans-Peter Walter.

Wagenhalle bietet Platz für 35 Fahrzeuge. Dazu entstehen 40 Parkplätze im Hof, und es verbleibt eine Grünfläche von 400 Quadratmetern. H. G.

Gemeinsame Grundausbildung im Bereich Fulda

Im Januar hatte THW-Kreisbeauftragter Eduard Holzapfel, Fulda, die Ortsbeauftragten und Zugführer des THW-Geschäftsbereichs Fulda eingeladen. An der Besprechung nahmen auch vom Landkreis Amtmann Kessler sowie THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen und Hauptsachgebietsleiter Dieter Höhn teil. Erörtert wurden alle anstehenden Probleme.

Der THW-Landesbeauftragte gab einen Überblick über Änderungen bei den einzelnen Fachdiensten, Hauptsachgebietsleiter Höhn sprach über die „Vereinheitlichung der Grundausbildung“.

Knapp drei Wochen danach trafen sich die Ortsbeauftragten und Zugführer wieder und diskutierten die Durchführung der Grundausbildung im Geschäftsbereich ab 1982. Nach Abwägen aller Vor- und Nachteile wurde beschlossen, die neuen Helfer der einzelnen Ortsverbände zusammenzufassen und gemeinsam eine Grundausbildung durchzuführen. Die Ausbilder werden jeweils durch die Ortsverbände gestellt. Verantwortlich für die Durchführung der Ausbildung sind die Zugführer der Ortsverbände. H.-J. B.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb am 1. April 1982 unser Mitarbeiter und Kamerad

Richard Lehmann

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der THW-Landesbeauftragte für Hessen
Der Personalrat für Hessen

Landesverband der THW-Helfervereinigung gegründet

Die 16 Ortsvereine der THW-Helfervereinigung in Rheinland-Pfalz haben den Landesverband Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Die Initiative dazu kam von Bundestagsabgeordnetem Johannes Gerster, Mainz, und dem Bauunternehmer Rudolf Hoch, Worms. In der Gründungsversammlung referierte Regierungsdirektor Ständer vom Bundesamt für Zivilschutz über Ziel und Zweck der Helfervereinigungen. Dabei hob er hervor, daß im gesamten Bundesgebiet bereits 283 Ortsvereine mit rund 12000 Mitgliedern bestehen.

Als Versammlungsleiter fungierte der Katastrophenschutz-Dezernent der Stadt Mainz, Heinz Georg Diehl. Ohne Gegenstimme wurde der Vorsitzende des Helfervereins Mainz, Johannes Gerster, zum Landesvorsitzenden gewählt. Die weiteren Vorstandsämter bekleiden: stv. Vorsitzender: Rudolf Hoch, Worms; Schatzmeister: Thomas Ralf, Mainz; Beigeordneter: Norbert Krutzki, Bad Neuenahr-Ahrweiler. Zum Vorstand gehört auch der Landessprecher der THW-Helfer, Frank Schulze.

In seinen anschließenden Ausführungen legte Gerster zwei Nahziele fest: Erstens müsse man bestrebt sein, daß im Bereich aller 38 THW-Ortsverbände Helfervereine gegründet werden. Zum zweiten müsse die Öffentlichkeit stärker als bisher über die Arbeit des THW im Zivil- und Katastrophenschutz unterrichtet werden.

Die erste Landesdelegierten-Versammlung wird am 19. Juni 1982 in Mainz stattfinden.

E. R.

Sinnvolle Arbeit in der Ausbildung

Die Helfer des THW-OV Zell/Mosel fertigten unter der Leitung von Gruppenführer Kurt Klingel im Rahmen ihrer Ausbildung „Holzbearbeitung“ für den Kindergarten Zell eine Lokomotive und ein Indianerzelt aus Holz.

Gruppenführer Alfred Walter bewies ferner mit seinen Helfern die fachliche Qualifikation beim Bau einer Brücke. Der Übergang dient als Verbindung zwischen mehreren Wanderwegen in der „Liebesschlucht“. Gauwanderwart Franz Piacenza hat für solche Maßnahmen schon öfter das THW um Mithilfe gebeten.

E. R.

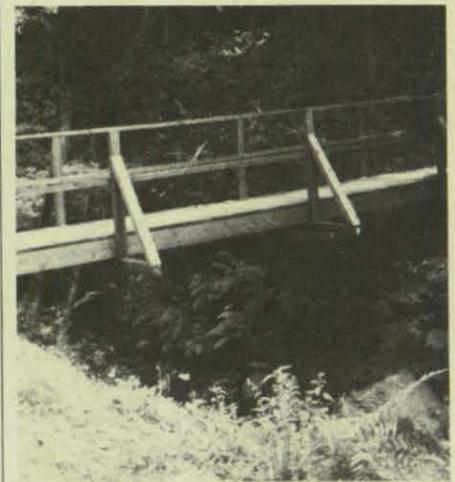
Regierungsdirektor Ständer (stehend) referiert über Sinn und Zweck der Helfervereinigung.



Die Initiatoren der Landesversammlung (von links): THW-Landesbeauftragter Dr. Dölbor, Regierungsdirektor Ständer, Bürgermeister Diehl, der 1. Vorsitzende des Landesverbandes, Johannes Gerster, und 2. Vorsitzender Rudolf Hoch.



Die Helfer haben selbst Spaß an ihrer Arbeit.



Die neue Brücke über die „Liebesschlucht“.

Neuer Ortsbeauftragter beim THW-OV Merzig

Die Helfer des THW-OV Merzig haben Anlaß zur Freude: Ihr neuer Ortsbeauftragter ist der Beigeordnete der Stadt Merzig, Alfred Diwersy. THW-Landesbeauftragter Günter Faß führte Diwersy kürzlich in sein neues Amt ein.

Anschließend überreichte Faß dem langjährigen stv. Ortsbeauftragten Gilbert Braun das THW-Ehrenzeichen in Silber. Braun ist schon seit der Gründung des Ortsverbandes vor 22 Jahren aktives Mitglied und hat sich durch besondere Leistungen um das THW verdient gemacht.

D. W.



THW-Landesbeauftragter Günter Faß überreicht Alfred Diwersy die Ernennungsurkunde zum Ortsbeauftragten.



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragten Günter Faß nimmt stv. Ortsbeauftragter Gilbert Braun (rechts) das THW-Ehrenzeichen entgegen. Bildmitte: Ortsbeauftragter Alfred Diwersy.

„Tag der offenen Tür“

Der THW-OV Wadern führte einen „Tag der offenen Tür“ durch. Auf dem Übungsgelände herrschte reges Treiben. Die vielen Besucher zeigten großes Interesse an der Arbeit und Ausrüstung des THW.

Bürgermeister Herbert Klein sowie Gäste der Feuerwehren, des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Polizei und benachbarter THW-Ortsverbände unterstrichen durch ihren Besuch das gute Verhältnis zum THW-OV Wadern.

Mit der Veranstaltung wollte der Ortsverband besonders die Jugend ansprechen und sie für eine Mitarbeit im THW gewinnen. Zum Programm gehörten eine Ausstellung von Fahrzeugen, Gerät und Ausrüstung sowie eine umfassende Information der Besucher durch ansprechendes Anschauungsmaterial. Eine Seilbahn, die zum Ausbildungsturm führte, brachte den Kindern viel Spaß.

R. B.

Einfallsreichtum und Improvisationsgeschick bewiesen

Nach mehrtägigen Vorbereitungsarbeiten hatten sich 48 Helfer und Junghelfer des THW-OV Nonnweiler zu ihrer ersten Wochenendübung an der Mosel nach Besch in Marsch gesetzt. Das umfangreiche Gerät – vom Schlauchboot bis zum Unterkunftszelt – war auf dem GKW, zwei MKW, einem MLW und dem Kombi sicher verlastet.

Beim Lageraufbau auf dem THW-eigenen Platz zeigten die Helfer Einfallsreichtum und Improvisationsgeschick bei der Zeltkonstruktion nach Art des „Japanischen Zeltes“. Über zwei Bäume (auch gebundene Dreiböcke können genutzt werden) wurde das Greifzugseil gelegt, an einem Erdanker befestigt und mit gegenüberliegendem verankertem Greifzug gespannt. Als Zelthaut, die seitlich mit Holzpfählen abgestützt und mit Bindeleinen verspannt wurde, dienten sechs mal acht Meter große Planen aus PVC-beschichtetem Treviragewebe mit rundum eingearbeiteten Ösen im Meterabstand, die ein beliebiges Aneinanderknüpfen mit Bindeleinen ermöglichen.

Bestellt hatte man die insgesamt 25 Planen, die bei den fünf Ortsverbänden des Betreuungsbereiches St. Wendel gelagert werden, nachdem der Kreistag die Mittel bewilligt hatte. Er war damit einer Idee des THW gefolgt, die bei einem

Flugzeugabsturz in Gonesweiler geboren wurde. Danach war vorgesehen, Abdeckplanen zu beschaffen, um künftig bei Unglücksfällen größere Folgeschäden durch Regen und Nässe zu verhindern.

„Fahren auf dem Wasser“ und „Retten aus Wassergefahren“ waren die besonderen Ausbildungsthemen, die die Helfer von der Theorie her bestens kannten und hier in der Praxis erproben konnten. Geschickte Hände banden aus Fässern, Kanthölzern und Bohlen flink einen Anlegesteg, von dem aus An- und Ablegesowie Mann-über-Bord-Manöver gefahren wurden.

Neue Fahrzeuge wie GKW und MKW haben nicht nur ihren Reiz, der Helfer muß sie auch kennen und damit umgehen können. Eine umfangreiche Gerätekunde führte in die Vielfältigkeit der Fahrzeuge ein.

Für die Jugendgruppe gestaltete sich die Ausbildung im Rahmen eines Wettkampfes, dabei kamen Stiche und Bunde als Ausbildungsgrundlage nicht zu kurz. Die Freizeit verbrachten die Helfer mit Sport und Spiel, und am Abend traf man sich am Lagerfeuer.

Mit dem Funkführungsfahrzeug des Geschäftsführerbereiches St. Wendel waren Geschäftsführer Walter Müller und Gerätewart Lothar Spaniol gekommen. Die Helfer nutzten die Gelegenheit zu einer kleinen Funkübung, bei der die Erreichbarkeit der einzelnen Unterkünfte über die beiden Relaisstationen im Landesbereich, besonders im nördlichen Saarland, im Vordergrund stand. THW-Landesbeauftragter Günter Faß verfolgte die Übung mit Interesse und fand lobende Worte für den guten Ausbildungsstand des Nonnweiler Bergungszuges.

E. M.

Jugendgruppe bewies guten Ausbildungsstand

Auf dem Übungsgelände des THW-OV St. Ingbert zeigte die Jugendgruppe des Ortsverbandes einen Querschnitt ihres Ausbildungsprogramms. Die Gruppe besteht seit Dezember 1980 und wird von den Jugendleitern Norbert Bentz, Georg Rees und Martin Schwarzat geleitet.

In regelmäßigen Übungsstunden erlernen die Jugendlichen die notwendigen Handgriffe und Fertigkeiten, um im Notfall wirkungsvoll helfen zu können. Hierzu gehören sowohl der Transport von Verletzten durch unwegsames Gelände als auch der Bau einer Wasserleitung, die Herstellung einer Stromversorgung oder das Bewegen schwerer Lasten. Für

all diese Aufgaben verfügt das THW über die erforderlichen Geräte, deren Bedienung und Wartung gleichfalls zum Ausbildungsprogramm gehören.

Bei einer Demonstration unter den kritischen Augen des Ortsbeauftragten Hans-Georg Wunn sowie Ehrengästen aus der Verwaltung und den befreundeten Organisationen zeigten die Jugendlichen, daß sie in der angenommenen kritischen Situation bald Herr der Lage waren.

Die Schadenstelle wurde zunächst abgeriegelt und durch vier Halogenscheinwerfer erhellt. Den Strom hierfür lieferte ein benzinbetriebenes Aggregat. Nach dem Bau einer Arbeitsbühne gingen die Jugendlichen an die Verlegung einer Wasserleitung, um die Versorgung mit Betriebswasser sicherzustellen. Ein 3000-Liter-Tank mit Pumpe stand schon bereit. Aus diesem pumpte man das Wasser in einen nahegelegenen Hochbehälter. Das wie ein Uhrwerk ablaufende Programm wurde des öfteren durch unvorhergesehene Ereignisse gestört: So war plötzlich der Transport eines „Schwerverletzten“ mit der Trage über abschüssiges Gelände erforderlich. Später geschah Gleiches mit Hilfe einer in aller Eile gebauten behelfsmäßigen Seilbahn.

Gesteuert und überwacht wurde die ganze Aktion über Feldtelefon und eine Zentrale, die ein Trupp schon zu Beginn der Übung installiert hatte. Gemessen an der relativ kurzen Zeit, die den THW-Helfern zur Einübung der Programme zur Verfügung stand, und an der Vielfalt der anfallenden Techniken muß man den Jugendlichen und ihrem Ausbilder ein hohes Lob spenden. R. B.

Eine vielseitige Truppe

Alarm für den THW-OV Theley: An der Johann-Adams-Mühle war bei Dunkelheit und Regen ein Tanklastzug von der Fahrbahn abgekommen, hatte einen Lichtmast gerammt und war umgekippt. Öl lief aus; die Wasserversorgung im Wassereinzugsgebiet war gefährdet. Über Telefon erfolgte nach dem Schneeballsystem die Benachrichtigung der Helfer zu dieser Alarmübung.

Zugführer Günter Peter rückte zur Schadenserkundung aus: Eine Ölsperre wurde nötig, der Freileitungsmast mußte erneuert werden, ein abgehendes Erdkabel bedurfte der Reparatur, die Trinkwasserversorgung mußte aufrechterhalten, defekte Versorgungsleitungen geflickt und eine Notbrücke gebaut werden.

Schnell standen 30 Helfer bereit, verlasteten noch fehlendes Material, und schon war die AÖ-Gruppe unterwegs.

E- und GW-Gruppe folgten. Hand in Hand liefen die Arbeiten an. Notstromaggregate versorgten aufgestellte Flutlichtlampen, die die Einsatzstelle taghell erleuchteten. Anderenorts mußte die Starkstromlaterne „Petromax“ für Licht sorgen. Im Mandelbach wurden Holzpfähle eingerammt, die Ölsperre errichtet, Öl mit Pumpen abgesaugt. Oberhalb der beschädigten Brücke hatte die Jugendgruppe mit der Holzbearbeitung für eine fünf Meter lange Notbrücke begonnen. Die E-Gruppe suchte das defekte Erdkabel, grub es aus. Die Bruchstelle wurde isoliert, die Enden miteinander verbunden, mit einer Kabelmuffe versehen und ausgegossen.

Zwei abseits gelegene Häuser waren ohne Wasser. Zwei Meter tief fraß sich das Brunnenbohrgerät ins Erdreich; die Helfer stießen auf Wasser, das mit einer Handpumpe gefördert wurde. Eine Zapfstelle war anzuschließen, um weitere Häuser zu versorgen. In einem Entlüftungsschacht der Wasserversorgung wurde an einem Hydrant das Entlüftungsventil abgeflanscht, eine Notleitung angeschraubt, nach außen geführt und fachgerecht zur Versorgungsstelle mit drei Zapfmöglichkeiten hergerichtet.

Kritischer Beobachter der Arbeiten war neben dem hauptamtlichen Gerätewart Lothar Spaniol auch Ortsbeauftragter Toni Schäfer, der die Notwendigkeit solcher Alarmübungen hervorhob. Daß man vor Ort bei den einzelnen Arbeitsabläufen nicht versagen werde, sei bei einem Bundessieger der Sparte „Instandsetzung“ selbstverständlich, dennoch müssen neben der Alarmierung die schnelle Bereitstellung und das richtige Erkennen der Schadenslage ständig geübt werden.

Lobende Worte für den gelungenen Gesamtablauf fanden Zugführer Günter Peter und Lothar Spaniol. Beide stellten das richtige Erkennen der vorrangigen Maßnahmen, hier den Einsatz der AÖ-Gruppe, heraus, die notfalls verstärkt werden müsse, um einen größeren Ölschaden zu vermeiden. Kritik am Alarmierungssystem wurde laut, obwohl man dank einer ausgeklügelten Einteilung relativ schnell über das umständliche Schneeballsystem die Helfer, die ausnahmslos Theleyer Bürger sind, erreichen konnte. Zusätzliche Funkalarmempfänger könnten wirkungsvolle Abhilfe schaffen und den Einsatzwert der ohnehin gut ausgebildeten vielseitigen Truppe erhöhen. E. M.

Einsturzgefahr beseitigt

„Abstützen eines einsturzgefährdeten Hauses“ hieß der Auftrag der Gemeinde an den THW-OV Nonnweiler. Am Anwesen Kuhn in Primstel waren aus einer



Mit Kanthölzern wird die einsturzgefährdete Wand abgestützt.

Außenmauer Wandstücke herausgebrochen. Das restliche, voll Wasser gesogene Mauerwerk drohte auszubrechen; für das Dach bestand Einsturzgefahr.

Mit dem MLW führen die Helfer Kanthölzer zur Einsatzstelle. Auf die waagrecht angelegten Kanthölzer wurden Streichbalken aufgelegt, die, mit Strebstützen und Treiblade zu einem Einfachstützbock in Dreieckform beigekeilt, ausreichend Druck auf das restliche Mauerwerk brachten und somit vor dem Einsturz bewahrten. E. M.

Arbeiten mit Sprengpulver

Sprengpulver wird für Sprengungen nur noch selten verwendet. Darum war es mit einer Aufgabe, die Sprengberechtigten des THW-Landesverbandes Saarland im Rahmen einer Weiterbildung mit der Arbeitsweise und Wirkung von Sprengpulver vertraut zu machen. Bestimmte Situationen können es erforderlich machen, daß die zu sprengenden Objekte nur „geschoben“ werden müssen. Dazu eignet sich in hervorragender Weise Sprengpulver mit Brennmomentzündern.

In einem abgelegenen Sandsteinbruch der Gemeinde Beckingen fand man ideale Sprengobjekte. Unter der Leitung des Sprengberechtigten Egon Groß, Wadern, wurden die Vorbereitungen getroffen. Alles lief hervorragend, nur das Wetter wollte am angesetzten Sprengtag nicht recht mitmachen. Schneematsch behinderte die Arbeiten, das angesammelte Schneewasser brachte weitere Schwierigkeiten. Da Sprengpulver, wenn es mit Wasser in Berührung kommt, nicht zündet, mußten die Pulverbeiladungen mit den Zündern in Plastikschläuche gebracht und an den Enden befestigt werden. Dann hieß es schnell laden, besetzen und zünden.

Die Besichtigung der Sprengstelle zeigte, daß einzelne Ladungen nicht gezündet hatten. Durch kleinste Löcher war Wasser in die Plastikschläuche eingedrungen und hatte eine Zündung verhindert.

Das Ziel der Weiterbildungsmaßnahme war jedoch erreicht, denn aus den Unzulänglichkeiten an diesem Tage hatte man viel gelernt. H. B.



Abschlußprüfung in Erster Hilfe

Im Rahmen einer Übung legten 37 Jung Helfer des Bergungszugs und 18 Helfer der Jugendgruppe des THW-OV Freiburg die Abschlußprüfung in Erster Hilfe ab. Die Ausbildung war vom Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Freiburg, durchgeführt worden. THW-Ortsbeauftragter Rinn konnte jetzt zur Prüfung Gäste der französischen Garnison, der Bundeswehr, des Amtes für Zivilschutz und der Berufsfeuerwehr begrüßen.

Zuerst demonstrierte die Jugendgruppe die Bergung von Personen aus einem umgestürzten Pkw durch Aufbrechen der Türen mit einem Spreizer. Danach begann die Prüfung: Die THW-Helfer mußten an vier Stationen die vom DRK wirklichkeitsnah geschminkten „Verletzten“ versorgen und zum Abtransport vorbereiten. Die Arbeit wurde von Ausbildern des DRK überwacht und in einer anschließenden Übungsbesprechung nochmals im Detail durchgesprochen, wobei auf Fehler und Versäumnisse hingewiesen wurde.

Informationsveranstaltung beim THW-OV Weinsberg

Der THW-OV Weinsberg führte im März eine Informationsveranstaltung durch. Eingeladen waren neben dem THW-Landesverband Geschäftsführer und Kreisbeauftragte und besonders Vertreter der Stadtverwaltung, Mitglieder des Gemeinderates, die Polizei und befreundete Organisationen.



Den Gästen wurden Fahrzeuge und Geräte erläutert.

Der Vertreter des Landesverbandes, Dietrich Löpke, berichtete über Aufbau, Organisation, Aufgabengebiete und Einsätze des THW. In der anschließenden Fahrzeug- und Geräteschau wurden die auch wichtigsten Hilfsmittel und Werkzeuge des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes den aufmerksamen Gästen erläutert.

M. G.

Auszeichnung für Schulleiter Kullen

THW-Landesbeauftragter Rolf Schneider zeichnete den Leiter der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg, Werner Kullen, mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz aus. Mit dieser Auszeichnung wurde dem Schulleiter für sein ständiges Wirken im Interesse des THW gedankt.

Kullen hat in den zurückliegenden Jahren sehr intensiv das THW im Ausbildungsbereich gefördert. Die Einsatzfähigkeit und Verwendungsbreite des THW wurde dadurch erheblich gesteigert. Ferner setzte sich Kullen nachhaltig für die Einbindung des THW in den Katastrophenschutz ein.

G. K.

Bayern



Katastrophales Hochwasser in Donauwörth

So schnell wie nie zuvor kam in Donauwörth das Hochwasser: Innerhalb weniger Stunden stieg der Pegel fast einen Meter. Noch während der Nacht wurden zahlreiche Straßen überflutet, drang das Wasser in Keller, Lagerräume, Wohnungen und Geschäftsräume ein. Einige gefährdete Betriebe wurden von der Polizei rechtzeitig gewarnt, viele waren jedoch vollkommen überrascht.

Kurz nach der Alarmierung um 3.00 Uhr morgens begannen 50 THW-Helfer mit der Arbeit. Hilferufe kamen von allen Seiten: „Wir benötigen Sandsäcke, Pumpen, Bootel!“ Im Nu waren Sandsäcke gefüllt und Geschäftseingänge abgedichtet, anschließend wurden die bereits überfluteten Räume ausgepumpt. Wertvolle Waren mußten eiligst in Sicherheit gebracht werden. Zusätzlich erstellten die THW-Helfer einen Hochwassersteg und führten Boottransporte von und zu überfluteten bzw. abgeschnitte-

nen Gebäuden durch. Nach ca. 18 Stunden Einsatz war das meiste getan, und das Hochwasser fiel genauso schnell wie es gestiegen war.

Schon kurz nach dem Hochwasser im Stadtgebiet Donauwörth war die Wassergruppe des Ortsverbandes wieder im Einsatz: In Heroldingen mußte auf der Wörnitz nach zwei Vermißten gesucht werden, die mit ihrem Auto in den Fluten des hochwasserführenden Flusses

versunken waren. Das Auto war Tage vorher von der Polizei geborgen worden, von den Insassen jedoch fehlte jede Spur.

Mit zwei Booten suchten die THW-Helfer einen etwa einen Kilometer langen Bereich der Wörnitz Meter um Meter mit Schleppankern ab. Die Suche dauerte beinahe einen Tag, blieb jedoch ohne Erfolg. Es wurden zwar noch einige Teile des Autos bzw. Gegenstände aus

Hilferufe kamen von allen Seiten. Dringend benötigt wurden Pumpen.





Mit Hilfe eines Gerätekraftwagens wurde der Bus geborgen.

dem Innern des Fahrzeuges gefunden, von den Insassen jedoch keine Spur.

Eine Woche später wurden erneut Helfer des THW-OV Donauwörth mit ihren Booten eingesetzt; diesmal auf der Donau im Bereich der Baustelle Donaustufe Schwenningen: Ein VW-Kombi war in der Donau versunken und mußte geborgen werden. Auch hier wurde mit

Schleppankern der Grund des Flusses abgekämmt.

Der Rest war Routinearbeit, jedoch ziemlich zeitaufwendig. Taucher der Wasserwacht Dillingen befestigten das Fahrzeug am Greifzugseil, THW-Helfer des OV Dillingen brachten es anschließend mit der Seilzugwinde ihres GKW aufs Trockene. W. K.

Ein Einsatzleitwagen entsteht

Ein nach Traunreut abgestellter Bundeswehrlaster mit Anhänger soll dem dortigen Küchentrupp als Küchenfahrzeug dienen – so das erste Schreiben an die Führungsmannschaft des THW-OV Traunreut. Was für ein Wagen das sein sollte, stellte sich erst heraus, als er vor der Türe stand: Ein vollständig eingerichtetes Kommandofahrzeug mit ausklappbaren Seitenwänden, die zur Vergrößerung der Innenfläche dienen, daran ein riesiges Außenzelt mit nochmals abgehängten Zeltinnenwänden. Im Fahrzeug fest eingebaut: Büro- und Schreibmaschinentische, Aktenschränke, ein Feldheizgerät, Stühle sowie komplett installierte Beleuchtungskörper mit 220-Volt- und 24-Volt-Bordnetz. Auf dem Einachshänger ein 5-kVA-Stromerzeuger und die Zeltgestänge mit den Zeltplanen verlastet.

Die Führungsmannschaft und der Verpflegungstruppführer des Ortsverbandes berieten über den Umbau zu einem Küchenfahrzeug. Man kam jedoch zu dem Entschluß, daß ein solcher Umbau zu aufwendig wird und der Wagen doch als

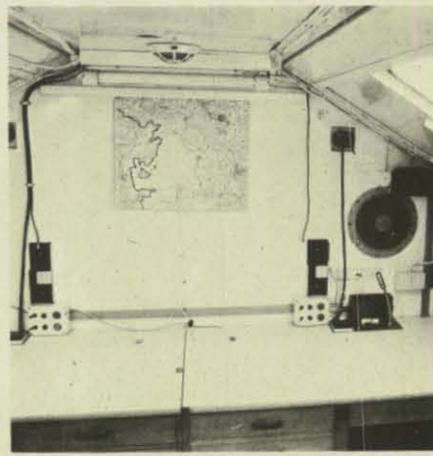
Einsatzleitfahrzeug (ELF) für den Landkreis Traunstein beibehalten werden sollte. Es wurden Gespräche mit dem THW-Landesverband Bayern und dem Landkreis Traunstein geführt. Nach kurzer Zeit gab es von beiden Seiten „grünes Licht“. Der Landkreis stellte noch DM 20000 für die funktechnische Ausstattung bereit.

Nun begann eine sehr zeitraubende Arbeit für alle Helfer im Ortsverband. Das Fahrzeug wurde fast in seine Bestandteile zerlegt, gesäubert, entrostet, grundiert, Teile gangbar gemacht und neu lackiert. Sogar der komplette Kofferaufbau wurde vom Rahmen gehoben und auf Böcke abgelassen.

Der Berg an zerlegten Teilen mutete den Beschauer eher als ein Puzzle-Spiel denn als eine Fahrzeugneulackierung an. Sechs Monate, Abend für Abend, dauerte es, bis der Wagen in den THW-Farben der Zentralwerkstätte und dem



Im Vordergrund der neue Einsatzleitwagen des THW-OV Traunreut.



Der Kommandotisch des Einsatzleitwagens.

TÜV vorgeführt werden konnte. Danach wurde noch das Stoffdach über dem Fahrerhaus durch isoliertes Blechdach mit festen Seitenscheiben ausgetauscht.

Endlich begann die eigentliche technische Ausstattung des Aufbaus. Die Bürotische wurden so gestellt und eingepaßt, daß zwei große Fernmeldetische entstanden. An der Außenseite wurde ein fünf Meter hoher Kurbelmast montiert, der dem Fahrzeug eine Relaisstellen-Schaltung erlaubt.

Hier ein Einblick in die fernmelde- und funktechnische Ausstattung:

- 1 FuG 8b
- 1 FuG 8b I mit Relaisstellenzusatz
- 2 FuG 10a mit Kfz-Ladehalterung
- 1 Kopfhörer – Micro-Einrichtung 4-Meter-Band
- 1 Kopfhörer – Micro-Einrichtung 2-Meter-Band
- 1 Sprechstelle Konferenzraum
- 1 Sprechstelle Führerhaus
- 2 Außenlautsprecher Funk und Durchsage
- 1 Tonbandgerät
- 1 Digitaluhr
- Telefonhandvermittlung 10fach
- 1 Amtswahlstelle
- 5 Feldfernsprecher
- 500 Meter Telefonkabel.

Aufgabe des Fahrzeugs ist in erster Linie die Koordinierung der Fachberater der einzelnen Fachdienste. Die feste Besetzung sieht zwei Helfer vor: Den Kraftfahrer und einen Beifahrer. Beide müssen über eine Fernmeldeausbildung verfügen. Ein erster Probelauf, mit jedoch nur teilweiser Ausstattung, bei einer Übung deckte einige Fehler auf, die erkannt und beseitigt wurden.

Eine Stimme aus dem Landesverband: „Schade, daß dieses Fahrzeug zum Zeitpunkt der Erdbebenkatastrophe in Italien noch nicht fertiggestellt war, es hätte unsere Arbeit wesentlich vereinfacht.“ W. Sch.

Fernsehen zu Gast beim THW-OV Dachau

Das Engagement der Jugend ist heute auf vielen Gebieten sehr ausgeprägt. Ob es sich um den Einsatz für Umweltschutz, Wohnungsnot in Großstädten oder zukünftige Energieversorgung handelt, überall ist die Jugend dabei und findet breite Beachtung in den Medien. Jugendliche und junge Erwachsene, die sich jedoch in aller Stille für diesen Staat und dessen Gesellschaft einsetzen, finden selten Anerkennung in den Medien.

Diese Tatsache veranlaßte den Filmemacher Arno W. Uhlig zu Dreharbeiten für eine Fernsehsendung mit dem Titel „Besser als ihr Ruf – das soziale Engagement der Jugend“, in dem auch die Tätigkeiten der Helferschaft des THW



Sehr realistisch hatten die THW-Helfer die Unfallszene mit Schrottautos gestellt.

dargestellt werden. Ebenso wird der Einsatz des Deutschen Entwicklungsdienstes und freiwilliger Mitarbeiter im Sozialdienst gezeigt. Uhlig will der Öffentlichkeit vor Augen führen, daß Jugendliche, die sich zehn Jahre zur Mitarbeit im THW verpflichten, sich in der Regel nicht vom Wehrdienst drücken wollen. Sie büßen sich vielmehr durch die einjährige Grundausbildung und die anschließende neunjährige Verpflichtung mit Ausbildung und – in vielen Orten – Einsatzbereitschaft bei Verkehrsunfällen ein Mehr an sozialer Leistung auf.

Um einen klaren Überblick über die Aufgabenbereiche des THW zu geben, plante Uhlig einen Drehtag beim THW-OV Dachau. Die Vorbereitungen nahmen

viele Stunden in Anspruch. Dann endlich war es am Samstag, dem 13. Februar 1982, soweit: Das Drehteam erschien gegen 8.00 Uhr. Zuerst drehte Uhlig mit der Jugendgruppe und deren Leiter Josef Obesser. Anschließend wurde die umfangreiche und vielfältige Ausbildung gefilmt. Die breite Palette erstreckte sich über Einsatz mit Motorsäge, Verwendung von schwerem Atemschutz, fachgerechter Umgang mit hydraulischen Geräten, Gesteins- und Holzbearbeitung und die Durchführung der verschiedenen Verletzentransporte. Nicht vergessen wurde die Ausbildung auf dem Wasser mit zwei Arbeitsbooten.

Am Nachmittag wurde das Bild abgerundet, indem die Eingliederung des THW-

OV Dachau in den Rettungsdienst demonstriert wurde. Die Filmszene zeigt einen THW-Helfer bei Arbeiten in seiner Garage, wie er durch den Funkwecker zum Einsatz nach einem Verkehrsunfall alarmiert wird. Mit dem Schnellbergfahrzeug fährt er unmittelbar zur Unfallstelle und nimmt unterwegs noch einen zweiten Helfer auf.

An der Unfallstelle sind die notwendigen Maßnahmen von der Besatzung des Schnellbergfahrzeugs zu treffen, bis nach kurzer Zeit weitere Helfer mit Gerätekraftwagen und Beleuchtungsfahrzeug die Einsatzstelle erreichen. Der Unfall mit mehreren „Schwerverletzten“ wirkt täuschend echt. Zwei Personenautos waren frontal zusammengestoßen, ein dritter Wagen mit hoher Geschwindigkeit aufgefahren. Die Unfallszene wurde von THW-Helfern mit geeigneten Schrottautos aufgebaut.

Durch den Einsatz der Helfer des Dachauer Roten Kreuzes, des Notarztes und zweier Polizisten wirkt diese Szene „hautnah“. THW- und BRK-Helfer demonstrieren dabei ihre vorbildliche Zusammenarbeit, die nur gründliche Ausbildung und ständige Übung ermöglichen.

Auch der Einsatz der hydraulischen Rettungsschere, mit der eingeklemmte Verletzte schnellstens aus demolierten Fahrzeugen befreit und der ärztlichen Versorgung zugeführt werden können, war ein wesentlicher Bestandteil der Filmaufnahmen.

Warndienst



Arbeitstagung im Warnamt VII

In der Zeit vom 22. bis 26. März 1982 fand im Warnamt VII der 1. Lehrgang 1982 für die Leiter der Warnämter und der WD-Verbindungsstellen unter Federführung der Abteilung Warndienst des Bundesamtes für Zivilschutz statt. Gäste waren der Präsident des BZS, Dr. Paul Wilhelm Kolb, und Oberregierungsrat Bachmeier als Vertreter des Referates ZV 8 des Bundesministeriums des Innern.

Dr. Kolb gab, bevor er zu Fachfragen Stellung nahm, einen Überblick über die angespannte Haushaltslage, stellte die Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 1982 vor und ermunterte, aus der schwierigen finanziellen Situation des Zivilschutzes das Beste zu machen. Während eines Rundgangs durch den Warnbunker interessierte sich Dr. Kolb besonders für die im Jahre 1981 vorgenommenen Verbes-

serungen zur Durchführung der taktischen Aufgaben eines Warnamtes. U. a. ließ er sich den Einsatz von Fernkopiergeräten demonstrieren und die geänderten Arbeitsweisen an den im Jahre 1981 erstellten Kartenanlagen im Führungsraum und in der ABC-Lage des Warnbunkers vorführen. Auch mögliche technische Verbesserungen, z. B. bei der Übertragung der Luftlage von den WD-Verbindungsstellen zu den Warnämtern, wurden erörtert.



Unterbrochen wurde die Arbeitstagung zu einem Besuch beim Jabo-Geschwader 35 der Bundeswehr.

Im Lehrgang wurden in Gruppenarbeit praxisnahe Vorschläge zur Verbesserung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, zur Ausbildung und zum Personaleinsatz, zum Informationsfluß im Warnamt und zur Stärke- und Ausstattungsnachweisung des Warndienstes erarbeitet und abschließend im Plenum besprochen. Die Arbeitsergebnisse sollen in Weiterentwicklungen bestehender Vorschriften und Arbeitsverfahren, in Neuausgaben oder Ergänzungen umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde über Fragen aus allen Bereichen des Warndienstes diskutiert, die der Verbesserung der Geschäftsabläufe dienen sollen.

Die Arbeitstagung wurde am Mittwochnachmittag zu einem Besuch beim Jabo-Geschwader 35 unterbrochen. Dieser Informationsbesuch diente dem Kennenlernen der Gliederung und Aufgaben eines Jabo-Geschwaders der Bundeswehr innerhalb der Luftverteidigung.

K. E. U.



„Man kann auf ebenso elegante wie kräftesparende Weise Irrtümer und Wiederholungen vermeiden, wenn man in der Diskussion heutiger Probleme die Gedanken und Argumente von gestern nicht vergessen hat.“
DRK-Präsident Bargatzky,
August 1981.

In der Tat ist vieles zum Zivilschutz- und Katastrophenschutz schon vor sehr langer Zeit gesagt bzw. gefordert worden, was auch heute nicht an Gültigkeit oder Berechtigung verloren hat.

Ein Blick in die Vergangenheit kann daher aufschlußreich sein. Darüber hinaus reizt der Vergleich mit dem bisher Erreichten, mit der heutigen Realität, wenn man eine Denkschrift wieder zur Hand nimmt, die bereits im Jahre 1951 entstand und die wohl als erste öffentliche Stellungnahme zum Thema Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland gelten darf.

So mag es gegenwärtig nützlich sein, wenn das DRK ein solches Dokument noch einmal zur Kenntnis und Diskussion in der Öffentlichkeit stellt: Nicht nur der inzwischen (mehrfach) erfolgte Generationswechsel und die verblassende Erinnerung an die „Nachkriegszeit“, auch die heute zum Teil wieder aufflammende Diskussion über grundsätzliche Fragen und Probleme des Zivilschutzes berechtigt dazu, alte, aber keineswegs veraltete Thesen im Hinblick auf ihre heutige Relevanz noch einmal in Erinnerung zu bringen.

Wir geben nachfolgend, unwesentlich gekürzt, den Text der Denkschrift des Deutschen Roten Kreuzes vom Dezember 1951 wieder, die der Bundesregierung übermittlelt wurde und zu ersten Maßnahmen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes nicht nur im Bereich des DRK führte.

Denkschrift über das Deutsche Rote Kreuz und seine Verpflichtungen

Bonn, Dezember 1951

Das Deutsche Rote Kreuz ist in Erfüllung des Artikels X der Genfer Konvention durch die Bundesregierung mit Erlaß vom 26. Februar 1951 als freiwillige Hilfsorganisation im Sinne der Genfer Konventionen anerkannt worden. Das Deutsche Rote Kreuz hat damit eine doppelte Stellung. Als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege erfüllt es zahlreiche wichtige Wohlfahrtsaufgaben.

Denkschrift des Deutschen Roten Kreuzes aus dem Jahre 1951

Das Z-Programm des DRK zum Schutze der Zivilbevölkerung

Umfassende Schulung der Bevölkerung in Erster Hilfe und Häuslicher Krankenpflege – Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion

Es wird diese nicht nur in unvermindertem Umfang weiterführen, sondern auch vertiefen und – soweit erforderlich – noch neue Aufgaben auf diesem Gebiet, wie den Blutspendedienst, übernehmen. Dabei hat das Deutsche Rote Kreuz im gleichen Ernst die in den internationalen Rotkreuzkonventionen festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Da diese Aufgaben im Unterschied zu den Wohlfahrtsaufgaben noch nicht allgemein bekannt sind, sollen sie im folgenden erläutert werden.

Der Wortlaut der Anerkennung bringt den grundsätzlichen Wandel in der Stellung und im Auftrag der Rotkreuzorganisation gegenüber den früheren Verhältnissen zum Ausdruck. Die Verbindung zu einer Wehrmacht besteht im Gegensatz zu fast allen anderen nationalen Rotkreuzgesellschaften nicht mehr. Damit ist auch die Förderung und finanzielle Unterstützung, die das Deutsche Rote Kreuz von jeher durch das Heeressanitätswesen erfahren hat, weggefallen. Der Aufgabenbereich des Deutschen Roten Kreuzes ist auf der anderen Seite über eine Mitwirkung beim Heeressanitätsdienst hinausgewachsen. Diese Erweiterung der Rotkreuz-Aufgaben ist näher umschrieben in der 4. Genfer Konvention vom Jahre 1949 zum Schutz der Zivilbevölkerung. Hier sind dem Deutschen Roten Kreuz in Erkenntnis der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch die moderne Kriegführung große neue Aufgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung in jeder Katastrophe, insbesondere der schwersten Katastrophe, dem Kriege, zugewiesen.

Diese Aufgaben stellen sich kraft internationaler Verpflichtung dem Deutschen Roten Kreuz unabhängig von der jeweiligen politischen Lage. Schon während des Neuaufbaus des DRK, das erst im Februar 1950 als Gesamtverband wieder ins Leben treten konnte, brach in Korea im Jahre 1950 ein bewaffneter Konflikt aus, der sofort die großen weltpolitischen Spannungen und die sich daraus für Deutschland ergebenden besonderen Gefahren aufzeigte. Damit war das Präsidium des DRK vor die Frage ge-

stellt zu prüfen, was bei den gegebenen Verhältnissen für die Erfüllung seiner Aufgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung nötig und möglich ist. Ein vom Präsidium eingesetzter Ausschuß für die Prüfung dieser Fragen hat ein kleines Programm (Z-Programm) aufgestellt. Es beruht auf der Erkenntnis, daß bei der Abschätzung möglicher Gefährdungen der Zivilbevölkerung ein wirksamer Schutz nur bei starker Dezentralisation aller Maßnahmen und bei einer umfassenden Schulung der Bevölkerung in Selbsthilfe denkbar ist.

Im einzelnen zeichnen sich folgende Maßnahmen ab:

1. Intensive Schulung und Fortbildung der ausgebildeten RK-Kräfte durch Lehrgänge und Einsatzübungen.
2. Ausbildung breiter Bevölkerungskreise in Erster Hilfe und in Häuslicher Krankenpflege.
3. Schulung und Ausbildung eines erfahrenen Krankenpflegepersonals durch die Deutschen Rotkreuz-Schwesternschaften.
4. Verstärkter Ausbau eines Netzes von Unfallhilfsstellen.
5. Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Bekleidung der Einsatzkräfte sowie Errichtung dezentralisierter Sanitätsdepots.
6. Wiederaufbau und Verbesserung des Krankentransportes durch Beschaffung neuer Fahrzeuge.
7. Mitwirkung bei dem Ausbau eines Erkennungsdienstes für die Zivilbevölkerung.
8. Aufbau des Blutspendedienstes, der in die Lage versetzt werden muß, allen zivilen Anforderungen zu genügen bei steigenden Verkehrsunfällen und der modernen Chirurgie.

Zu diesen Punkten sei folgendes bemerkt:

Wie in anderen Ländern muß auch in der Bundesrepublik ein möglichst hoher Anteil der Gesamtbevölkerung durch

das Rote Kreuz in der „Ersten Hilfe“ ausgebildet werden. Für ein Ausbildungsziel von zunächst nur 2% der Bevölkerung – gegenüber Ausbildungsprogrammen von 15–20% des Auslandes – werden zahlreiche Lehrkräfte und die entsprechenden Schulungsstätten benötigt, die die theoretischen und praktischen Voraussetzungen für eine moderne, mit der technischen Entwicklung schritthaltenende Ausbildungsarbeit erfüllen. Mit der parallel laufenden „Ausbildung in häuslicher Krankenpflege“ ordnet sich auch das „Erste-Hilfe-Programm“ des Deutschen Roten Kreuzes in die staatlichen Bemühungen zur Hebung der Volksgesundheit ein.

Materiell soll eine, wenn auch bescheidene Bevorratung mit Verbandstoffen und Medikamenten durch die allmähliche Verdichtung des bestehenden Unfallhilfsstellennetzes erreicht werden, das im Endziel eine Dichte von 1:1000 der Bevölkerungszahl aufweisen müßte. Die Zusammenballung großer Materialreserven in Form der früher üblichen Depots erscheint heute zwecklos.

Es müßten ferner in möglichst zahlreichen Orten Krankenwagen des Deutschen Roten Kreuzes bereitstehen, die Verletzte nach Leistung der Ersten Hilfe schnellstens ärztlicher Behandlung zuführen können. Soweit der Krankentransport nach 1945 aus dem Deutschen Roten Kreuz ausgegliedert wurde, ist eine Rückführung und Eingliederung in das Katastrophenschutzprogramm des DRK notwendig.

Einsatzkräfte und Hilfsmittel des Roten Kreuzes müssen – über eine Verwendung im friedlichen Alltag hinaus – für den Fall einer möglichen Katastrophe bereit sein. Hierzu bedarf es regelmäßiger Übungen. Die ausgebildeten Kräfte sollen so die Fähigkeit erhalten, zweckmäßig zusammenzuarbeiten und, wenn nötig, aus eigener Initiative die notwendigen Vorkehrungen und Maßnahmen treffen. Für die Durchführung solcher Einsatzübungen wird eine weitgehende Förderung seitens der staatlichen und kommunalen Stellen sowie der Arbeitgeber notwendig sein.

Als Sonderschutzmaßnahmen werden vorzubereiten sein:

- a) Der Sanitätsdienst in dem zu errichtenden Luftschutz wird auf der Organisation des Deutschen Roten Kreuzes aufgebaut werden müssen.
- b) Für den Erkennungsdienst hat das Deutsche Rote Kreuz dem Bundesministerium des Innern bereits eine ausführliche Denkschrift vorgelegt.
- c) Der Blutspendedienst, in einigen Ländern schon in Angriff genommen, gehört ebenfalls in die programmatischen Vor-

bereitungen des Deutschen Roten Kreuzes.

d) Die Seuchenbekämpfung ist auch früher eine Auftragsangelegenheit des Deutschen Roten Kreuzes gewesen; die hier vorsorglich zu treffenden Maßnahmen zählen gleichfalls zu dem Arbeitsprogramm des Deutschen Roten Kreuzes.

Die Schwesternschaften des Deutschen Roten Kreuzes als Stammpersonal für die Schulung von weiblichen Hilfskräften für die Krankenpflege bedürfen wesentlicher Unterstützung, um in Verlust geratene Ausbildungsmöglichkeiten wieder zu erstellen und zu erweitern. Für die Schwesternschaften bestehen darüber hinaus noch folgende Schwierigkeiten, deren Lösung angestrebt werden muß:

- a) Mangel an geeignetem Schwestern-Nachwuchs;
- b) Mangel an Ausbildungsstätten und Unterkünften für den Schwesternnachwuchs, da der größte Teil der den Schwesternschaften gehörenden Objekte im Kriege zerstört wurde;
- c) Neuregelung der Bezüge und der Altersversorgung der Schwestern (20% kriegsversehrte Schwestern) . . .

Der Herr Bundesminister des Innern hat dem Deutschen Roten Kreuz für die Durchführung einiger von ihm als vordringlich angesehener Hilfsmaßnahmen für den Fall von Notständen kürzlich einen Betrag von 1 Million DM zur Verfügung gestellt, der im wesentlichen für die Bereitstellung einer gewissen Zentralreserve (Krankenwagen, Verbandstoffe und Medikamente) zweckgebunden ist.

Das Arbeitsfeld des Deutschen Roten Kreuzes liegt dadurch teils im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtsverwaltung, die verfassungsmäßig zu der Zuständigkeit der Länder gehört, aber zugleich Vorarbeit für die letzte Katastrophenstufe im Rahmen der zivilen Bundesverteidigung ist, die wohl Sache des Bundes ist. Um hier rasch zu einer Klärung zu kommen, scheint mir ein Finanzausgleich auf diesem Gebiet ein dringliches Erfordernis.

Um die teils vorbereiteten, teils schon angelaufenen Arbeiten wirkungsvoll vorantreiben zu können, benötigt das Deutsche Rote Kreuz im einzelnen folgende Unterstützung:

- a) Bereitstellung von jährlichen Mitteln für Kosten der Ausbildung einschl. der Einrichtung von Schulen.
- b) Rückübertragung des Krankentransportes an das Deutsche Rote Kreuz.
- c) Sukzessive Bereitstellung von Mitteln für den Erkennungsdienst.

d) Bereitstellung von Mitteln für die Schaffung einer Reserve von Blutkonserven.

e) Sicherstellung des Urlaubs ohne Kürzung der Bezüge für die zu den Lehrgängen des Deutschen Roten Kreuzes einberufenen Personen.

Weiter könnte eine einheitliche Durchführung der Rotkreuz-Sammlungen in allen Ländern des Bundes die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes wesentlich fördern, ebenso wie die Einräumung von Konzessionen und Vergünstigungen, wie sie viele ausländische Rotkreuzorganisationen als Quelle ständiger Einnahmen besitzen. Für die Zusammenfassung solcher einzelner Ermächtigungen, die der Bevölkerung den wirksamen Schutz durch die in völkerrechtlichen Pflichten und Rechten stehenden nationalen Rotkreuzgesellschaften sichern sollen, wird – entsprechend Beispielen des Auslandes – ein Bundesgesetz für erforderlich gehalten.

Die materielle Sicherung aber der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes allein genügt nicht. Alle Bemühungen werden in ihrem Erfolg beschränkt bleiben, wenn das dem Wohl der gesamten Bevölkerung dienende Werk des Roten Kreuzes nicht auch seitens der Regierungen des Bundes und der Länder, der politischen Parteien, der Kirchen und Sozialgruppen, wie schlechthin aller Vertreter des öffentlichen Lebens die entsprechende moralische Unterstützung findet. Eine sachgemäße Unterrichtung der Beamenschaft wie der Angestellten der öffentlichen Dienste ist ebenso notwendig wie eine verantwortungsbewußte Förderung seitens der Presse und des Rundfunks.

Die Appelle des Deutschen Roten Kreuzes an die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung müssen durch die Regierungen, durch die Autorität, den persönlichen Einfluß und das verantwortungsvolle Mitwirken der Vertreter des öffentlichen Lebens unterstützt werden . . .

Das Deutsche Rote Kreuz weiß, daß die Bevölkerung in weitem Maße erkannt hat, daß ihr Hilfe und Schutz in Katastrophen vor allem und z. T. allein durch das Rote Kreuz gewährt werden können, dessen Stärkung durch alle berufenen Stellen sie deshalb erwartet.

Das Deutsche Rote Kreuz ist bereit und entschlossen, mit allen seinen Mitteln die Aufgaben zu erfüllen, die ihm sein Auftrag angesichts der ständig wachsenden Gefahren des alltäglichen Lebens, wie im Fall schwerster Bedrohungen des ganzen Volkes zuweist. Die Verantwortung für das Ausmaß der Vorkehrungen tragen mit ihm die Regierungen des Bundes und der Länder.

gez. Dr. Otto Geßler

Rechnergesteuertes Einsatzleitsystem für Behindertenfahrdienste im ländlichen Bereich erprobt

Vom Modell zur ständigen Einrichtung

Dokumentation zeigt neuen Weg auf – Ein Mehr an persönlicher Freiheit für Schwerbehinderte

Am 2. April 1979 gibt Landrat Dr. Gamber beim ASB Achern „grünes Licht“ für einen Fahrdienst für Schwerbehinderte: Damit soll erreicht werden, daß Behinderte am allgemeinen gesellschaftlichen Leben beteiligt werden. Sie sollen nun selbst Besorgungen des täglichen Lebens machen können, sie sollen Gelegenheit haben, an Freizeitveranstaltungen, kulturellen Ereignissen oder sonstigen Veranstaltungen teilzunehmen. Mit Hilfe einer modernen EDV-Anlage wird ein optimaler Einsatz der vorhandenen Fahrzeuge erreicht.

Acht Fahrten im Monat werden jedem Schwerbehinderten angeboten. Über das Sozialamt können die Berechtigungsscheine erworben werden. Dieser Service ist nicht nur für Rollstuhlfahrer eingerichtet, sondern auch für alle anderen Schwerbehinderten. 40 km beträgt die Entfernungsgrenze – um im Ortsnaukreis sich zu bewegen, reicht es aus.

Für ein halbes Jahr steht dieses Modell den Schwerbehinderten zur Verfügung, und zwar kostenlos. Landrat Dr. Gamber: „Sollte sich der Fahrdienst bewäh-

ren, wird er eine ständige Einrichtung. Die Kosten muß dann vermutlich der Ortskreis tragen.“

Drei Fahrzeuge eingesetzt

Zuerst werden vom ASB Achern drei Fahrzeuge eingesetzt, davon ein Spezialfahrzeug, das eigens für die Beförderung von Schwerbehinderten konzipiert wurde, es ist in den Niederlanden gebaut worden.

Am 4. Mai 1979 ist in der Zentrale des ASB der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Schuble, Offenburg, zu Besuch. Er interessiert sich sehr für den seit vier Wochen laufenden Fahrdienst. Ein wichtiges Thema dieses Besuches ist die Finanzierung des Unternehmens. Der „Acher- und Bühler Bote“ schreibt:

„... Als wesentlichen Punkt stellte der ASB-Geschäftsführer dabei heraus, daß die Benutzung des Fahrdienstes für die Behinderten kostenlos sei. Derzeit werde die finanzielle Last von den Betreibern – das sind in erster Linie der ASB

sowie der MHD – getragen. Um die finanzielle Seite des Versuchs und dabei vor allem um die Schaffung der gesetzgeberischen Voraussetzungen drehte sich dann auch in erster Linie das Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten. Sozialdezernent Stefan Karolus jedenfalls machte deutlich, daß der Ortsnaukreis, sobald gesicherte Daten über die Kosten vorlägen, durchaus gewillt ist, sich an der Finanzierung dieses Fahrdienstes zu beteiligen. Schon nach vier Wochen konnte man feststellen, daß der Behindertenfahrdienst bei dem betroffenen Personenkreis auf große Resonanz stößt und quasi eine Bedarfsflücke füllt. So sprach ASB-Geschäftsführer Axel Kockerols davon, daß, obwohl noch in der Anfangsphase, vom ASB derzeit pro Tag drei Einsätze gefahren würden. Auch Jörg Bogler, der Vertreter des MHD, konnte diese Erfahrung bestätigen . . .“

Schwierigkeiten zu meistern

Aber auch Schwierigkeiten tauchen auf: So gibt es Probleme mit dem Technischen Überwachungsverein (TÜV). Eine in den Niederlanden speziell für die Behindertenbeförderung entwickelte Halterung für Rollstühle in den Kraftfahrzeugen erhält in der Bundesrepublik nicht die amtliche Zulassung. Dabei ist diese Halterung aber eine wesentliche Voraussetzung für die sichere Beförderung eines Schwerbehinderten.

Computer unterstützt Verwaltungsarbeit

Drei Sparten umfaßt der Dienstleistungsbereich des ASB Achern: Da ist zuerst der Krankentransport und die Unfallrettung, dann der Fahrdienst für Behinderte, der die Zubringerdienste zu Schulen, Kindergärten und Behindertenwerkstätten ausführt, und schließlich das „Pilotprojekt“, das nun mittlerweile mehr als sechs Monate alt ist. „Dieser Individualverkehr für Behinderte“ – auch „Rollstuhlfahrdienst“ genannt – ist so sehr expandiert, daß die umfangreiche Verwaltungsarbeit nur durch den Einsatz einer Datenverarbeitungsanlage effizient bewältigt werden kann.

Die Inanspruchnahme des „Individualdienstes“ ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Deshalb müssen zur Bewilligung der Leistung kurzfristig die notwendigen Informationen verfügbar sein. Der Vorteil der hauseigenen EDV-Anlage liegt auch darin, daß Daten



Voll angenommen wurde der Schwerbehinderten-Fahrdienst des ASB Achern.

direkt von den einzelnen Fahrzeugen in den Computer eingegeben werden können. Bereits gespeichert hat die Anlage in verschiedenen Dateien die Kennziffern der Mitarbeiter und Fahrzeuge, die laufenden Nummern der Einsätze, die Transportart, den Kilometerstand der Fahrzeuge sowie die inzwischen 113 verschiedenen Dienstleistungen. Der Computer gibt auch Aufschluß darüber, wie viele Personen pro Tag und Monat im Behindertenfahrdienst befördert werden. In kurzer Zeit ist ein Abruf einer großen Zahl von Daten möglich.

Wie notwendig diese Einrichtung ist, dokumentiert allein schon nüchternes Zahlenmaterial: Zuerst, zu Beginn des Modells, waren es drei Fahrten pro Tag. Ende 1979 organisiert der ASB Achern für die Behinderten des Ortenaukreises zwischen 130 und 170 Fahrten pro Tag. Die Gesamteinsätze belaufen sich pro Tag auf 190 Leistungen. Mittlerweile sind 40 Fahrzeuge im Einsatz, die eine Gesamtleistung von 100000 km pro Monat aufweisen, wovon rund 8000 km auf den Fahrdienst mit Behinderten entfallen.

Erweiterung der Hilfe

ASB-Geschäftsführer Kockerols weist auf eine weitere Neuerung hin, nämlich die persönliche Betreuung von Behinderten.

Man habe oftmals erlebt, daß viele Behinderte das persönliche Gespräch suchten. Der Fahrdienst sei deshalb auch ein Mittel, den Behinderten einen Teil ihrer persönlichen Probleme abzunehmen. Deshalb wolle man nun einen Zivildienstleistenden einsetzen, der nur für die Betreuung dieser Menschen zuständig sein werde.

Anfang 1980 sind im Ortenaukreis 119 fahrberechtigte Schwerbehinderte registriert, denen jeweils 16 kostenlose Einzelfahrten zustehen. Die Kosten dieser Aktion betragen pro Monat durchschnittlich DM 10000. Dieses Geld hat der ASB aus eigener Tasche bezahlt. Für das Jahr 1980 allerdings werden vom Kreis im Rahmen des Behindertenplanes Mittel in Aussicht gestellt.

Ständige Einrichtung

Ende Februar 1980 ist es dann endlich soweit: Aus dem Modellprojekt wird eine ständige Einrichtung. Die Zeitungen des Ortenaukreises geben es dem ASB Achern schwarz auf weiß: „ASB Achern arbeitet wirtschaftlich: Landrat gab Start für eine neue Ära – Sozialausschuß gab grünes Licht: Landkreis künftig Träger des Schwerbehinderten-Fahrdienstes.“

Mit der offiziellen Einweihung der Computer-Anlage wird noch einmal die Gele-

genheit gegeben, die Arbeit des ASB Achern aufzuzeigen: 42 Fahrzeuge und 83 Mitarbeiter des Ortsverbandes waren für zwölf soziale Einrichtungen tätig und haben in diesen zwölf Monaten 24100 Einsätze durchgeführt. Dabei wurden 893171 Kilometer gefahren und 28033 Fahrerstunden aufgebracht. In dem halben Jahr, in dem der neue Individualdienst für Behinderte als Modellprojekt lief, wurde er von 2558 Berechtigten wahrgenommen. Die vier Fahrzeuge, die allein für diesen Dienst in Bereitschaft sind, haben Kosten von über DM 600000 verursacht.

Auch die ersten Statistiken über den neuen Fahrdienst für Behinderte liegen auf dem Tisch: Pro Monat hatten durchschnittlich 50 Behinderte den Fahrdienst in Anspruch genommen, und zwar 25 Prozent für eine Fahrt. Bei 70 Prozent lag der Anteil, wenn es darum ging, Besorgungen des täglichen Lebens zu erledigen. 20 Prozent wurden für Besuchsfahrten genutzt und 5 Prozent blieben übrig für Freizeit- und kulturelle Veranstaltungen. Im Rahmen dieses Fahrdienstes wurden 30852 Kilometer zurückgelegt, der Zeitaufwand belief sich auf 1886 Stunden. Grund genug für den Landkreis, im Jahresetat 1980 DM 100000 für diesen Fahrdienst bereitzustellen.

Eine positive Bilanz

Mitte Juli 1980 besucht SPD-Bundestagsabgeordneter Harald B. Schäfer den ASB in der Scheffelstraße. Man zieht Bilanz. Der Fahrdienst, der „aus dem Nichts heraus“ vom ASB aufgebaut wurde und nun seit Beginn 1980 vom Kreis an den ASB „in Auftrag“ gegeben worden war, ist zu einem nicht mehr wegzudenkenden Garanten geworden, der für die Behinderten ein Mehr an persönlicher Freiheit bedeutet. Bereits im ersten Halbjahr 1980 wurden 45417 km gefahren, und die Zahl der Berechtigten hat sich auf 180 erhöht. Damit ist der ASB Achern auf Bundesebene die drittgrößte Organisation, die Fahrdienste für Behinderte durchführt. 41 Fahrzeuge stehen für diesen Zweck zur Verfügung, davon sieben für Behinderten-Transporte. Sieben Spezialbusse sollen 1980 noch hinzukommen, damit der ASB auch für den Individualdienst eine „Flächendeckung“ erreichen kann.

Zusammenfassend stellt ASB-Geschäftsführer Kockerols fest: „Insgesamt hat der ASB 1979 im Bundesgebiet rund sieben Millionen Kilometer gefahren – davon in Baden-Württemberg alleine drei Millionen Kilometer. Eine Leistung, die an der Spitze im Behindertentransport des ASB liegt. Dazu hat der ASB Achern vieles beigetragen.“

Rettungshundestaffel beim ASB Mannheim

Seit März dieses Jahres hat der ASB Mannheim eine eigene Rettungshundestaffel. Bisher mußten, wenn bei Unglücken Menschen verschüttet waren, Staffeln von außerhalb herangezogen werden. Nun besitzt der ASB eine eige-

ne Rettungshundestaffel. Betreut wird diese neue Einrichtung von einem hauptamtlichen Mitarbeiter sowie mehreren ehrenamtlichen Hundeführern. Für den Einsatz der Hunde wurde ein Fahrzeug als Hundetransporter umgebaut.



Etwas wie Donner grollt, etwas wie ein Blitz zuckt durch den frühen Morgen. Der Fahrer eines Pkw, auf dem Weg zur Dienststelle, bemerkt beides während der Vorbeifahrt an einem kleinen Ort. Sekundenbruchteile verzögert sieht er Häuser einstürzen, Trümmer umherfliegen, wie von einer Riesenfaust ist der Ort getroffen. Explosionen erschüttern den Boden, Flammen züngeln über Trümmer.

Alles dies gehört, realistisch dargestellt, zu einer Katastrophenschutzübung an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler.

Durch den schnell reagierenden Fahrer des Pkw wird die nächste Polizeistation über Notruf 110 informiert. Diese löst bei der örtlichen Feuerwehr Alarm aus. Der erste Trupp ist nach wenigen Minuten am Ort und veranlaßt – von der Größe und dem Umfang betroffen – sofort Katastrophenalarm. Katastrophenschutz-Einheiten und Rettungsdienst der Hilfsorganisationen erreichen den Ort des Grauens.

Ruhig und besonnen erteilt der Leiter der Feuerwehr seine Anweisungen. Menschen retten ist die erste Pflicht. Seine Männer, ausgerüstet mit schweren Atemschutzgeräten, steigen über Trümmer, in brennende Häuser und Ruinen. Hilferufe von allen Seiten. Verstörte

JUH, MHD und Feuerwehr übten gemeinsam

Morgens um sieben war die Welt nicht mehr in Ordnung

Aufnahmeteam des Bayerischen Fernsehens beobachtete die Übung mit der Kamera – Profis ohne Starallüren

Mütter rufen nach ihren Kindern, Männer und Frauen laufen in Panik kopflos umher.

Die zu den Johannitern gehörenden Einsatzärzte eilen zu den Verletztenablageplätzen. Hier liegen, in unmittelbarer Nähe der Schadensstelle, die von der Feuerwehr geborgenen Männer, Frauen und Kinder. Etwas abseits, von Flammen und einstürzenden Trümmern unbedroht, wird von der JUH ein Verbandplatz eingerichtet. Ein „Knotenzelt“ – fünf in Sternform aneinandermontierte Zelteinheiten von je 5 x 5 Metern – ermöglicht als Operations- und Ambulanzzelt ärztliche Versorgung. Immer mehr Verletzte werden von Helfern der JUH hereingetragen. Leichtverletzte verbinden und betreuen ihre stöhnenden Nachbarn auf der Trage. Rettungsfahrzeuge überneh-

men nach der Erstversorgung die Schwerverletzten und transportieren sie in Krankenhäuser der Umgebung.

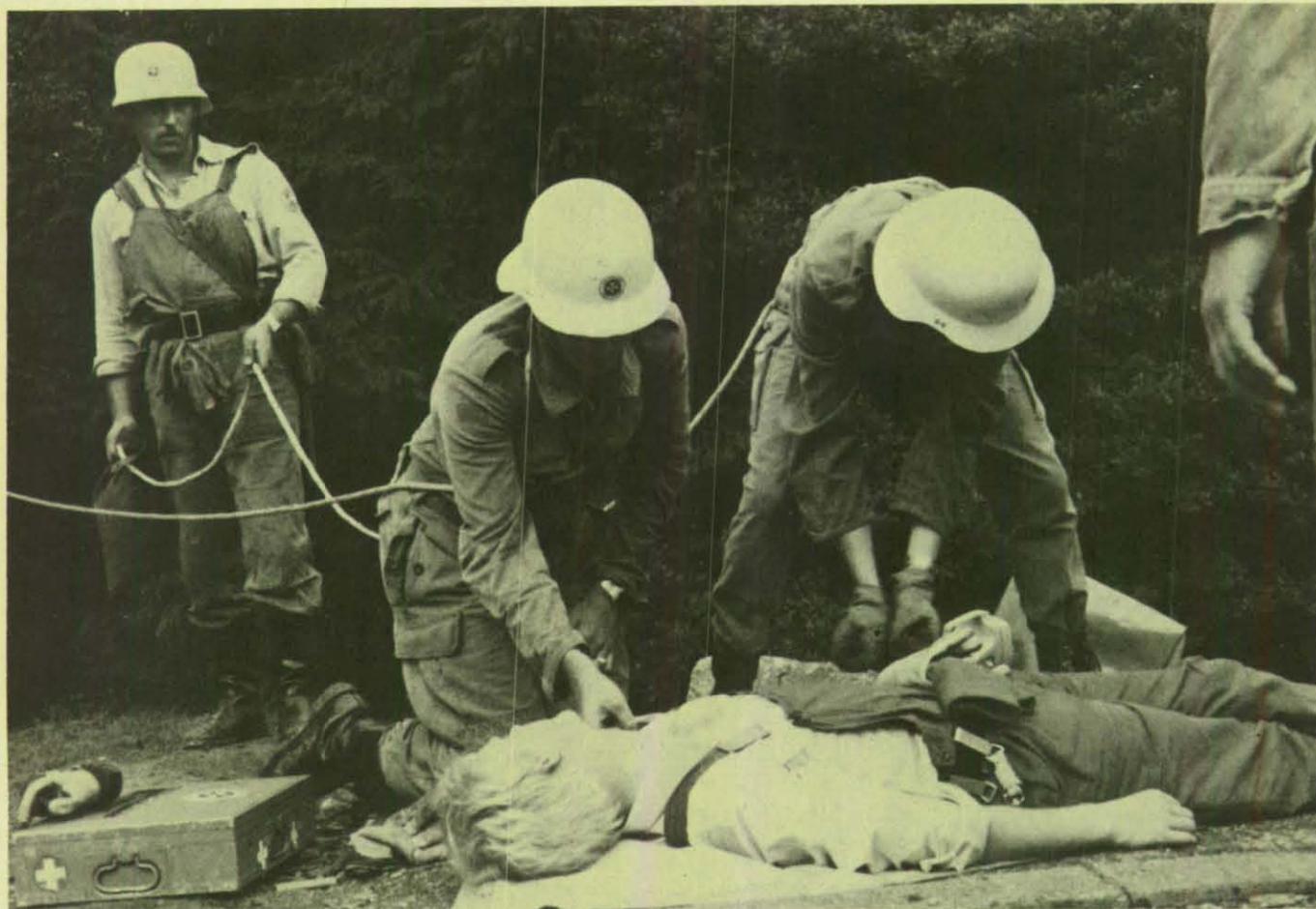
Immer noch steht die Feuerwehr im Rettungseinsatz. Zwei Personen rufen vom Dach eines brennenden Hauses um Hilfe, eine schwerverletzte Frau wird durch ein Kellerfenster geborgen. Plötzlich, über das scheinbare Chaos hinweg, ertönt durch eine „Flüstertüte“ die Stimme des Regisseurs: „Danke – Ende, diese Einstellung ist im Kasten.“

Im Gespräch mit Regisseur Schmettau erfahren wir die Einzelheiten des Drehbuches und damit den Verlauf der Übung.

Die in der Nähe eines früheren Grubengebietes gelegene Ortschaft wird, durch das Eindringen von Gas in stillgelegte

JUH-Helfer aus Köln, Bergisch Gladbach und Geilenkirchen üben mit ihren Kollegen von MHD und Feuerwehr gemeinsam an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.





Ein „Verletzter“ ist geborgen und wird erstversorgt. Inzwischen wird ein Verbandplatz errichtet: Ärzte von JUH und MHD arbeiten dort Hand in Hand.

Stollen, mit Selbstentzündung durch Strebbbruch, förmlich in die Luft gejagt. Ein zufällig vorbeifahrender Pkw-Fahrer alarmiert die Polizei und löst damit die Rettungsaktion für die betroffene Bevölkerung aus.

Gedreht wird dieser Film für das Bayerische Fernsehen als Beitrag in einer Serie über Katastrophen- und Zivilschutz in Deutschland. Die Bereitschaft der Katastrophenschutzschule in Ahrweiler und die Hilfestellung der Feuerwehr, des MHD und der Johanniter-Unfall-Hilfe, mit Einsatzgruppen in Form einer Übung diesen Film zu gestalten, ermöglichen die Produktion.

JUH-Einheiten aus Köln, Bergisch Gladbach und Geilenkirchen sind an dieser Übung beteiligt. Ob als Verletztendarsteller, realistisch geschminkt und „zerfetzt“ gekleidet, oder als Arzt, Rettungssanitäter und Helfer, jeder hat seinen Platz im Zusammenspiel einer solchen Übung. Die Arbeit an den technischen Geräten wird vertrauter. Das Zusammenwirken von Ärzten und Rettungssanitätern zwei verschiedener Hilfsorganisationen – der erste Notarzt am Unfallort ist ein MHD-Arzt – erweist die Richtigkeit von gemeinsam erarbeiteten und für alle Hilfsorganisationen gültigen Ausbildungsrichtlinien. Nach DIN-Norm ausgestattete Fahrzeuge bei MHD und JUH

sind notwendige Voraussetzung für einen optimalen Einsatz.

All diese Dinge begeistern das Filmteam. „Es tut gut, mit Profis zu arbeiten, die keine Starallüren an den Tag legen, die sich mit einem Frühstücksbrot, einem Becher Kaffee oder Tee, mit einem Mittagessen aus der Kantine als Gage bescheiden“, sagt Regisseur Schmettau, „und die trotzdem fröhlich bei der Sache sind.“

Der Aufruf zur nächsten „Position“ erfolgt, Anweisungen werden zugerufen, die Mitarbeiter der Schule sorgen erneut für Feuer und Rauch, für stürzende Balken und brennende Autos. „Verletzte“

springen über Trümmer auf ihren Platz und warten stöhnend auf ihre „Retter“. Mancher mag innerlich schmunzeln, wenn er, sorgsam angeschnallt auf einer Trage, sich über Stock und Stein tragen läßt, die Rollen sind halt so verteilt.

Aber Rollenspiele gehören heute zum Ausbildungsprogramm in vielen Bereichen, realistische Katastrophendarstellung erfordert nicht nur die Ausbildung, sondern ermöglicht auch die Herstellung eines TV-Films. Für alle Beteiligten eine gute und nützliche Sache.

Und letztlich lohnt es sich auch, sich mal aufs Fernsehprogramm freuen zu können.

—gr—



Drehpause: Den Akteuren steht die Anspannung – obwohl es nur eine Übung ist – deutlich ins Gesicht geschrieben.

Erhebliche Verwaltungskosten könnten eingespart werden

Effizienz des Katastrophenschutzes nachhaltig verbessern

MHD legte Jahresbericht 1981 zum Katastrophenschutz vor

Einheiten verschiedener Fachdienste wirken im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder und des erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes mit. Für diese Aufgaben wurden Helfer und Führungskräfte aus- und fortgebildet und die MHD-eigene Ausstattung mit Fahrzeugen und Gerät unter erheblichem Aufwand finanzieller Eigenmittel unterhalten und erweitert.

Die Einsatzbereitschaft und der Ausbildungsstand der Einheiten wurde in Übungen überprüft. Viele nichterfaßte Dienststunden wurden für die Pflege und Materialerhaltung der von Bund und Ländern überlassenen Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge aufgewendet.

Insgesamt unterhielt der MHD 345 nach Landes- bzw. Bundesrecht anerkannte Einheiten in folgenden Fachdiensten:

- 19 ABC-Züge
- 23 Betreuungsleitzüge
- 71 Betreuungszüge
- 23 Fernmeldezüge
- 16 Führungsgruppen
- 49 Krankentransportzüge
- 125 Sanitätszüge
- 19 Verbandplatzzüge

In diesen Einheiten wirkten 7435 Helfer mit, die für die Dauer ihrer Mitwirkung vom Wehrdienst freigestellt sind (1980: 7180 = + 255).

Der Anteil der freigestellten Helfer an der Gesamtzahl der männlichen Einsatzkräfte beträgt 36,9% (1980 = 35,8%).

Erweiterter Katastrophenschutz

Im Rahmen des Finanzsonderprogramms der Bundesregierung wurden einzelne Vier-Tragen-Krankswagen an Einheiten des MHD ausgeliefert. Hierdurch konnte jedoch keine spürbare Verbesserung der insgesamt unbefriedigenden Gesamtsituation erzielt werden.

Die zur Ausbildung und Unterhaltung der Einheiten bereitgestellten Bewirtschaftungsmittel, die seit 1972 nicht mehr dem realen Kostenzuwachs angepaßt wurden, lassen eine kontinuierliche Arbeit in den Einheiten nicht mehr zu. So mußten im zweiten Halbjahr 1981 Ausbildungsveranstaltungen abgesetzt werden, auf Weisung einiger Hauptverwaltungsbeamten durften bundeseigene Fahrzeuge aus Kostengründen nicht mehr bewegt werden. Eine Anpassung der Bewirtschaftungsmittel an die allgemeine Kostenentwicklung zur Sicherstellung eines Existenzminimums der Einheiten muß daher dringend erfolgen.

Die Effizienz des Katastrophenschutzes wäre nachhaltig zu verbessern, würden die Selbstbewirtschaftungsmittel der Einheiten und die Investitionsmittel des Bundes den Trägerorganisationen – analog den Zuwendungen zu den Kosten der Erste-Hilfe-Ausbildung – zentral zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise könnten Verwaltungskosten in erhebli-

chem Umfang eingespart und gezielte, auf die einzelnen Fachdienste und Einheiten individuell abgestimmte Ausbildungs-, Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen erfolgen. Nur so erscheint eine wirksame Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Einheiten möglich.

Die Verhandlungen über die Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen neustrukturierter Einheiten des Sanitätsdienstes wurden abgeschlossen. Dabei konnte eine weitgehende qualitative Anpassung an die im Rettungsdienst eingesetzte ärztliche Ausstattung erzielt werden.

Der Entwurf einer Dienstvorschrift für den Betreuungsdienst konnte nicht die Zustimmung der Hilfsorganisationen finden und wurde an die bearbeitende Arbeitsgruppe zurückverwiesen.

Katastrophenschutz der Länder

Ein zunehmendes Gefahren- und damit Sicherheitsbewußtsein in der Bevölkerung führte bei den politischen Verantwortlichen in Ländern und Gemeinden zu einer spürbar besseren finanziellen und ausstattungsmäßigen Förderung des Katastrophenschutzes. Trotz der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte wurden finanzielle Förderungsmaßnahmen weitgehendst ungekürzt bereitgestellt. Dies führte zu einem beachtlich höheren Einsatzwert der Einheiten des friedensmäßigen Katastrophenschutzes gegenüber den Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes.

Beispiellos in den Anstrengungen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz ist nach wie vor das Land Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus wurden Förderungsmaßnahmen der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bekannt.

Mit der Verabschiedung eines Landeskatastrophenschutzgesetzes in Rheinland-Pfalz erhielt das Bundesland eine Planungs- und Organisationsgrundlage für den Katastrophenschutz, in der auch die Mitwirkung der Hilfsorganisationen umfassend geregelt ist.

Katastrophenschutz-Einheiten

Katastrophenschutz-Einheiten des MHD, die nach Landes- oder Bundesrecht anerkannt sind:



Übungseinsatz: Einrichtung eines Hilfskrankenhauses.

MHD-Dienststelle	ABC-Zug	BlZ	BTZ	FMZ	FuGr	KTpZ	SZ	VPlZ	Freigestelle Helfer
Aachen	2	1	17	3	4	6	17	4	969
Augsburg	2	3	3	2	---	1	3	1	386
Bamberg	---	---	---	---	---	3	3	1	214
Berlin	---	---	1	1	---	---	5	---	19
Eichstätt	---	---	---	---	---	---	1	---	43
Essen	---	---	3	2	1	2	8	1	463
Freiburg	4	---	1	---	---	1	5	---	216
Fulda	---	---	1	---	---	---	---	---	25
Hildesheim	---	1	4	---	2	2	3	---	205
Köln	5	6	6	6	4	5	3	2	1.530
Limburg	---	---	1	---	---	2	1	---	167
Mainz	---	3	5	---	---	1	4	1	237
München	1	---	3	---	1	2	4	1	260
Münster	---	1	3	4	3	6	14	4	592
Oldenburg	---	---	---	---	---	2	2	---	86
Osnabrück	---	---	---	---	---	3	6	1	129
Bremen	---	---	---	---	---	1	---	---	35
Hamburg und Schlesw. Holstein	---	1	1	---	---	2	6	1	254
Paderborn	2	1	3	3	1	6	19	---	567
Passau	1	---	---	---	---	---	---	---	8
Regensburg	---	---	1	---	---	---	1	---	25
Rottenburg	---	2	2	---	---	1	5	---	270
Speyer	1	1	3	---	---	---	3	---	115
Trier	---	3	12	2	---	3	11	2	519
Würzburg	1	---	1	---	---	---	1	---	101
Insgesamt	19	23	71	23	16	49	125	19	7.435

Erläuterung:

ABC-Z = ABC-Zug
 BlZ = Betreuungsleitzug
 BTZ = Betreuungszug
 FMZ = Fernmeldezug
 FuGr = Führungsgruppe
 KTpZ = Krankentransportzug
 SZ = Sanitätszug
 VPlZ = Verbandplatzzug

Freigestellte Helfer aufgrund Mitwirkung nach § 8 Abs. 2 KatSG

Das MHD-Leistungsangebot in der Übersicht

Neben der Mitwirkung im Katastrophenschutz umfaßte das Leistungsangebot des MHD im Jahre 1981 folgende weitere Tätigkeitsgebiete:

Ausbildung

Grundkurse in Erster Hilfe für Laien (8 Doppelstunden)

Sanitätskurse für Helfer (12 Doppelstunden)

SMU-Kurse (Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort für Führerscheinbewerber, 3 Doppelstunden)

Lehrgänge zur Ausbildung von Schwesternhelferinnen (4 Wochen, jährliche Fortbildung)

Lehrgänge zur Ausbildung von Rettungssanitätern (520 Stunden)

Grundkurse in Erster Hilfe für Betriebs-
helfer

Reanimationskurse: Herz-Lungen-Wiederbelebung für Helfer u. a. (3 Doppelstunden)

Kurse in Häuslicher Krankenpflege und Säuglingspflege (12 Doppelstunden)

Ausbilder-Lehrgänge für Erste Hilfe, Sanitätsdienst und SMU

Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende (Pflegedienste, Rettungsdienst)

Unterführer-Lehrgänge

Sanitätswesen

Krankentransporte

Notfallrettungsdienste einschließlich Luftrettungsdienst

Kranken/Verletzten-Rückholdienst aus dem Ausland

Sanitätsdienstliche Betreuungseinsätze

Transporte von Blutkonserven

Soziale Dienste

Beförderungen von Behinderten zu Schulen, Tagesstätten und Beschützenden Werkstätten

Fahrdienste für Schwerbehinderte (Rollstuhlfahrer)

Mobile Hilfsdienste

Mahlzeitendienste („Essen auf Rädern“, „Fahrbarer Mittagstisch“)

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen (Wallfahrten; Ausflüge,

Bunte Nachmittage u. a.) für alte Menschen, Kranke und Behinderte

Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen bei Veranstaltungen aller Art

Betreuungsmaßnahmen für Flüchtlinge und Asylanten

Pflegedienste in Kliniken, Krankenhäusern und Altenpflegeheimen

Mitarbeit im Rahmen von ambulanten Krankenpflegestationen und Sozialstationen

Medikamentennotdienste

Verpflegungseinsätze bei Veranstaltungen aller Art

Unfallfolgedienst

Malteser-Jugend

Mitgliederstand

Die Mitgliederzahl des MHD entwickelte sich zwar auch im Berichtsjahr weiter nach oben, doch konnte die Steigerungsrate der Vorjahre bei weitem nicht erreicht werden. 61 830 Mitglieder am 1. Januar 1980 standen zum Jahresende 62 321 gegenüber, was einen Zuwachs von 491 Mitgliedern darstellt. Im Vergleich dazu konnte 1979 eine Erhöhung um 2 776 und 1980 um 3 210 Mitglieder verzeichnet werden.

Übersicht über den Mitgliederstand in den Jahren 1975 bis 1981

1975	45 026	+ 4,8 %
1976	48 060	+ 6,7 %
1977	51 404	+ 6,9 %
1978	55 844	+ 8,7 %
1979	58 620	+ 5,0 %
1980	61 830	+ 5,5 %
1981	62 321	+ 0,8 %

Organisationsgliederung

22 Diözesangliederungen und den ihnen im Rang gleichgeordneten Regionalgliederungen Oldenburg, Bremen und Hamburg/Schleswig-Holstein waren 1981 insgesamt

91 Bezirks-, Kreis-, Stadtgeschäftsstellen und Rettungswachen, besetzt mit hauptamtlichen Kräften, sowie 512 Kreis-, Stadt- und Ortsgliederungen zugeordnet.

Auf Länderebene wurden die Interessen des MHD von den Landesbeauftragten mit ihren Landesgeschäftsstellen vertreten.

Wichtige Beratungen und Beschlüsse

30. Delegiertenversammlung des DFV in Berlin

118 Delegierte aus den elf Bundesländern nahmen teil –
Drei neue Ehrenmitglieder des DFV

„Der Tagungsverlauf und die Beratungsergebnisse waren sehr zufriedenstellend“, so war die einhellige Meinung der Delegierten und Gäste nach Abschluß der 30. Delegiertenversammlung des DFV 1982 in Berlin. Eine hervorzuhebende Anerkennung zum Gesamtverlauf der Organtagung wurde durch die Teilnehmer dem Präsidenten Hinrich Struve zuteil, der erstmals in seiner Eigenschaft als DFV-Präsident eine Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes verantwortlich leitete. Das 25jährige Jubiläum des Landesfeuerwehrverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Berlins war übrigens Anlaß, diese Delegiertenversammlung in Berlin durchzuführen.

Tagungen des Vorstandes und des Präsidiums des DFV gingen der Delegiertenversammlung voraus. Nach eingehender Beratung beschloß das Präsidium, den Länderinnenministerien als Motto für die nächstjährige bundeseinheitliche Brandschutzwoche 1983 (vom 17. bis 25. September 1983) als Motto vorzuschlagen:

„... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“

Ein weiterer Beratungspunkt war die Durchführung des 26. Deutschen Feuerwehrtages, der weiterhin in einem Zehn-Jahres-Rhythmus durchgeführt wird. Als Grundlage für die Gespräche und Planungen beschloß das Präsidium einstimmig, daß der Deutsche Feuerwehrtag künftig nicht mehr grundsätzlich mit der Internationalen Fachausstellung „INTERNATIONALER SCHUTZ – Der Rote Hahn“ durchgeführt werden muß. Sollte die Planung jedoch ergeben, daß Veranstaltungsort und Veranstaltungszeit zusammenfallen, so steht man einer Doppelveranstaltung positiv gegenüber. Mit der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) als Veranstalter der Ausstellung „Der Rote Hahn“ wird im Laufe des Jahres geklärt, in welcher Form die beiden nächsten Veranstaltungen (an welchem Ort und in welchem Jahr) durchgeführt werden.

Das Präsidium nahm aus den Berichten der Vizepräsidenten als zuständige Fachgebietsleiter zur Kenntnis, daß die neu strukturierte Facharbeit und die neu gebildeten Fachausschüsse zwischen-

zeitlich ihre Arbeit aufgenommen haben und in den nächsten Monaten die ersten konkreten Arbeitsergebnisse zu erwarten sind. Die Gliederung der Facharbeit mit den zugehörigen Fachreferaten und Fachausschüssen (sowie ihre personelle Besetzung) ist der an anderer Stelle veröffentlichten Übersicht zu entnehmen.

Präsident Struve berichtete dem Präsidium, daß der um die Jahreswende 1981/82 vom Deutschen Feuerwehrverband veröffentlichte „Sachstandsbericht zur Feuerschutzsteuer“ bei den Landesregierungen, den Politikern und der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregt hat und dem Verband zwischenzeitlich zahlreiche Briefe vorliegen, in denen für die Offenlegung der Probleme gedankt wird.

An der 30. Delegiertenversammlung des DFV nahmen von den 126 stimmberechtigten Delegierten 118 Delegierte aus allen elf Bundesländern teil. Im nichtöffentlichen Teil dieser Versammlung standen die Beratungen zur Jahresrechnung 1980/81 und der Haushaltsplan 1982 des DFV im Mittelpunkt. Aufgrund der vorliegenden Tagungsunterlagen wurden sowohl die Jahresrechnung 1980/81 als auch der Haushaltsplan 1982 nach kurzer Beratung einstimmig beschlossen. Die Delegiertenversammlung nahm anerkennend zur Kenntnis, daß trotz gestiegener Aufgaben und Ausgaben der nächstjährige Haushaltsplan 1983 keine Erhöhung der Mitgliederbeiträge erwarten läßt. Die Kassenverwaltung des DFV wurde bis zum 31. Dezember 1981 rund 25 Jahre ehrenamtlich vom bisherigen Schatzmeister Albert Rau (Rottweil) geführt. Gemäß der neuen Verbandssatzung gehört die Kassenverwaltung künftig mit zum Aufgabenbereich der Bundesgeschäftsstelle (Bonn). Dem bisherigen Schatzmeister Rau wurde in der Delegiertenversammlung Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er trotz des von Jahr zu Jahr gestiegenen Umfangs die Kassenverwaltung nebenberuflich geführt hat.

Auf Vorschlag des Vorstandes und Präsidiums ernannte die Delegiertenversammlung einstimmig den bisherigen Schatzmeister Albert Rau (Rottweil) und Landesbranddirektor Kurt-Werner Seidel (Berlin) zu Ehrenmitgliedern des Deutschen Feuerwehrverbandes. Präsident

Struve wies in seiner Laudatio darauf hin, daß Rau die Ehrenmitgliedschaft aufgrund seiner 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Schatzmeister des DFV ausgesprochen wurde. Die Verdienste von Seidel sieht der Verband in seinen langjährigen Bemühungen, daß alle 67 Berufsfeuerwehren der Bundesrepublik Mitglied im DFV werden und darin, die beiden Feuerwehrsparten Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren zu einer Einheit „Feuerwehr“ zu führen. Seidel war von 1975 bis 1981 als Vertreter der Berufsfeuerwehren Vizepräsident im DFV.

Präsident Struve händigte beiden Ehrenmitgliedern die Ernennungsurkunde aus. Als weiteres neues Ehrenmitglied des DFV wurde von der Delegiertenversammlung einstimmig der frühere Bundesgeschäftsführer des DFV, Benno Ladwig, aufgrund seiner Verdienste um die Gründung der Jugendfeuerwehren und der Deutschen Jugendfeuerwehr im DFV ernannt. Die Ernennung und Aushändigung der Urkunde erfolgte im Rahmen der Präsidiumstagung in Verbindung mit dem 100jährigen Jubiläum der Jugendfeuerwehr Oevenum am 20. Mai 1982 in Oevenum/Insel Föhr.

Als verantwortliche Fachgebietsleiter berichteten die Vizepräsidenten über die nach der Neustrukturierung erfolgte Entwicklung der Fachaufgaben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich und über ihre Vorstellungen, wie dieses neu organisierte wichtige Aufgabengebiet in den nächsten Jahren aktiviert werden soll.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der diesjährigen Delegiertenversammlung standen zwei Referate über die von den Bundesländern derzeit durchgeführte und künftig noch geplante Ausbildung in den Feuerwehren sowie über die seitens des Bundes im Erweiterten Katastrophenschutz vorgenommene und künftig vorgesehene zusätzliche Ausbildung der Helfer des Katastrophenschutzes. Branddirektor Glor, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Ausbildung“ des Unterausschusses Feuerwehrangelegenheiten des AK V, berichtete über den derzeitigen Stand der Feuerwehrdienstvorschriften. Als Vertreter des Bundesinnenministeriums berichtete Oberregierungsrat Möwes in Vertretung von Ministerialrat Dr. Andrews über das Ausbildungskonzept des Bundes im Erweiterten Katastrophenschutz.

Gemäß der Delegiertenversammlung findet die 31. Delegiertenversammlung am 15./16. April 1983 in Helmstedt statt.

Besetzung der Fachausschüsse des DFV

-Stand: 20. 02. 1982-

Vize-Präs.	Fach-Ref.	FA	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Platz	Saarland	Schleswig-Holstein	Berufsfeuerwehr	Werkfeuerwehr	Disch.-Jgd.-Feuerwehr			
Englerth, Rolf	Schneider, Klaus	1.1 Verw. u. Recht	Dongus	Dollinger			Fuchs		Hornung	Schwaderlapp		Kettenbell	Mohaupt	Heeg	Bina ¹⁾			
		1.2 Öffentlichk.	Frei (Vors.)	Korschinsky										Jeschke Zimmermann		Müller ¹⁾		
		1.3 Berufsfeuerw.	Hertel															
		1.4 Werkfeuerwehr	Strohmeier					Noll	Dauksch						Daniel			
		1.5 Frauen	Bosch (Vors.)	Faschingbauer	Brose			Drüen	Basse	Schneider	Schäfer	Kräuter	Denzien					
		1.7 ²⁾ Sozialwesen	Sattler					Vogt	Gottschalk	Demel (Vors.)								
		1.8 Kameradsch.																
		2.1 Abw. Brandsch.		Druzetel					Stiegmann	Eicks (Vors. Schröder)					Wegner	Reimers		
		2.2 Vb. Brandschutz	Spieth (Vors.)	Junold						Hüser					Dr. Köster	Dr. Lindner		
		2.3 Stra. u. Umw.	Wolf	Brandl (Vors.)						Becker					Marz	Helbach		
		2.4 Flugdienst						Kroboth	Zipse (Vors.)	Lütje			Phillipsen					
		Bräunig, Rolf-Dieter	Prof. Stoffregen	3.1 Ärztl. Dienst	Dr. Bürger (Vors.)	Dr. Moratscheck	Frau Dr. Herzog			Dr. Beerbom	Dr. Stratzmann			Meyer-Duheuer				
				3.2 Rettungsdsns.	Dr. Bürger			Puchner			Mocken				Dietrich	Disse (Vors.)		
				4.1 Fahrzeuge	Frech	Galsterer	Milicke	Stahlbuk	Kramer (Vors. Köbler)	Ebel	Schutz	Schmitt	Klein	Stoltenberg-Frick		Munch	Aust	
				4.2 Fermeldew.					Sensel (Vors.)	Prof. Volkmar	Brendel	Passet				Broemme		
4.3 Löschnmittel							Lerch	Schnittjer										
5.1 Ausbildung	Haist (Vors.)			Druzetel			Glöckner	Maushake	Kroonen						Rust		Kroboth ¹⁾	
Wiedemann, Karl	Haist, Erich	5.2 Wettbewerb	Frech (Vors.)				Felsing	Jago	Frenzel							Nielsen ¹⁾		
		5.3 Sport	Frei (Vors.)				Felsing				Zintel					Nielsen ¹⁾		
		5.4 Musik	Eissner				Schmidt Diefenbach ³⁾	Busekrus	Dr. Warthorst	Haselsteiner								
		FRRef 6 Erw. Kais																
Ad-hoc-Besetzung																		

¹⁾ als fachkundige Person in Jugendfeuerwehrfragen
²⁾ zusätzlich als Fachberater des Vors. des AK „Feuerwehrhelme“
³⁾ als Bundesstabsführer
(LFV Bremen hat nicht gemeldet)

Bodenloser Leichtsinn kostete vier Menschenleben

DLRG-Rettungstaucher auch im Winter im Einsatz

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Dampf brummeln die beiden 750-PS-Dieselmotoren des Wapo-Kreuzers STABERHUK aus Heiligenhafen vor sich hin, als die fast 20 Rettungstaucher der DLRG Lübeck und ihre Freunde von der Tauchgruppe BIBER – auch alles DLRG-Mitglieder – mit ihrem umfangreichen Tauchgerät an Bord kommen. Es ist kalt an diesem März-Morgen in Travemünde.

Die Gruppe will einen zweiten Versuch unternehmen, das untergegangene Motorsportboot ASTA und das verschollene Ehepaar Marianne (37) und Rolf (55) K. aus Lübeck zu finden und zu bergen.

Folgendes war geschehen: Am 6. Dezember 1981 wollten der Lübecker Bootseigner Klaus Rüdiger W. (38), sein Sohn Gerald (13) und das Ehepaar K. mit ihrem Eigenausbau-Motorboot 7,50 m lang, 1,90 m breit, mit 45 (l) cm Freibord, Kajütaufbau mit Stehhöhe (ca. 1,80 m) und mit einem auf 5 PS (wegen des Führerscheins) reduzierten 10-PS-Außenbordmotor im Schacht, einen Ausflug auf See machen. Es herrschte Wind WSW 4–5, Seegang 2, Wassertemperatur + 4°C. Zwar hatte man dem Boot einen Betonkiel von 60 cm untergebolzt, jedoch war es völlig seeuntüchtig, weil stark kopflastig und wegen des hohen Aufbaus auch sehr seitenwindempfindlich. Besonders schlimm war, daß der verantwortliche Bootsführer keine seemännische Erfahrung besaß und daß sich an Bord weder Signal- noch Rettungsgeräte befanden.

Der Unfallhergang kann nur vermutet werden. Entweder blieb der Motor stehen und das Boot geriet quer zur See und kenterte, oder das Boot kenterte durch die auflaufende See – niemand wird es ermitteln können. Es gibt keine Zeugen. Die ASTA muß etwa um 12.30 Uhr in Nähe der Untiefenbakentonne „Brodten-Ost“ (Höhe Brodtener Ufer, nördlich von Travemünde) gesunken sein. Der Eigner und sein Sohn konnten sich schwimmend auf die Tonne retten. Dort versuchte die Besatzung eines Motorseglers vergeblich, sie abzubergen, die absolut lebensbedrohende Gefahr der Unterkühlung wurde wohl nicht erkannt. Nach der späteren Bergung verstarben die Geretteten. Das Boot und das vermißte Ehepaar K. wurden von der Tauchgruppe der Polizeischule Eutin nicht gefunden.



Um 9.30 Uhr läuft die STABERHUK bei leichtem Dunst an der Nordermole vorbei Richtung Untiefentonne „Brodten-Ost“. Es ist kalt, Luft und Wasser ca. 5°C. Die Sicht wird immer schlechter, das Brodtener Ufer ist bald nicht mehr zu sehen. Dann fällt der Anker, und die STABERHUK dümpelt vor sich hin. Aus dem beginnenden Nieselregen taucht das Wapo-Boot TRAVE auf. Es soll den Taucheinsatz gegen Störungen sichern. Das ist sehr nötig, weil Verklappungs-

schiffe und auch Sportboote immer wieder in gefährlicher Nähe auftauchen. Die Taucher verschwinden unter Deck, um in ihre Neopren-Anzüge zu schlüpfen. Es wird eine kalte Angelegenheit. Die beiden mitgenommenen Schlauchboote umrunden das „Mutterschiff“ und legen am Heck an. Sie sollen die Taucher zu ihren Einsatzorten bringen. Die ersten von ihnen nehmen Markierungsleinen an Bord, mit ihnen wird das Leinenfeld (Suchgebiet) von 200–120 Me-



tern markiert. Um 10.52 Uhr ist es soweit. Die ersten Suchtaucher gehen ins Wasser. Die Sicht beträgt nur 2-3 Meter. Sicherungsleinen verbinden die Taucher miteinander, jeweils fünf Taucher in einer Gruppe.

Es brist auf, Katzenköpfe stehen auf der See. Die STABERHUK arbeitet schwer in der See. Nach etwa 20 Minuten ist die erste Gruppe wieder oben. Kein Erfolg! Und so geht es fast zwei Stunden weiter. Doch dann, es ist 12.51 Uhr, ertönt ein Ruf über das Wasser: „Wir haben das Wrack.“ Es liegt in etwa 12 Meter Tiefe, leicht auf die Seite geneigt. Der Kiel ist nicht zu sehen. Die Aufbauten liegen im Umkreis von 20-30 Metern um den Bootsrumf verstreut. „Man könnte meinen, das Boot sei explodiert“, sagt einer der Taucher. Der Rumpf ist fast unversehrt, auch der Motor im Schacht sieht unbeschädigt aus. Die Leichen befinden sich nicht im Boot. Die Fundstelle wird mit einer Boje markiert.

Zum Abschluß des Einsatzes tauchen die Männer noch einmal in einem Kreis von ca. 200 Meter um das gefundene Wrack. Auch wieder nichts!

So bleibt als letzte Aufgabe, das Wrack zu heben und eventuell einzuschleppen. Es wird eine feste Leine am Außenbord-



motor festgemacht, um 15.13 Uhr heißt es „Anker auf“. Langsam hebt das Spill den Patentanker vom Grund an die Wasseroberfläche. Doch dann bleibt allen der Atem stehen: Auf dem Anker hat sich eine 20,5-cm-Granate aus dem

letzten Krieg niedergelassen! Im Dümpeln erscheint und verschwindet das gefährliche Fundstück. Die Männer der Besatzung schieben die gefährliche Fracht vom Anker. Sie verschwindet schnell im Dunkel der See. Die Munitionstaucher bekommen wieder Arbeit!

Um 14.46 Uhr ist die starke Leine an der Ankerwinde fest. Mit ihr soll das Wrack hochgehievt werden. Doch leider ist sie zu schwach. Jetzt heißt es das Wrack freischleppen. Fast mühelos gelingt dies. Der weiße Bootskörper taucht aus der See auf, nur nicht bis zur Oberfläche. Das Hebezeug ist zu schwach, um das Boot endgültig zu bergen, und so wird die Leine gelöst. Das Wrack ist kein Schifffahrtshindernis und leistet denen Gesellschaft, die dort schon liegen.

Um 16.15 Uhr dreht die STABERHUK den Bug in Richtung Travemünde, bereits um 16.24 Uhr passiert sie die Nordermole. Mit langsamer Fahrt kommt die Fähre PETER PAN entgegen.

Bald liegt die STABERHUK festgemacht an der Brücke. Und die Motoren verabschieden die Taucher mit ihrem dumpfen Brummeln. Müde und unterkühlt gehen die von Bord. Doch eines wissen sie schon jetzt: Wir kommen wieder und versuchen es noch einmal!

Bodo Dirschauer

360 Rettungsschwimmer und Rettungstaucher beim Internationalen Stromschwimmen

Traditionelle Veranstaltung der DLRG Rheinland-Pfalz – Hoher Ausbildungsstand demonstriert



Noch nie waren die Witterungsbedingungen beim Internationalen Neujahrsschwimmen des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Oppenheim so extrem wie in diesem Jahr: Bei einem Wasserstand knapp unter der Hochwassermarken II, einer Wassertemperatur von + 2° und einer Lufttemperatur von -4°C begaben sich am 16. Januar 360 Rettungsschwimmer und -taucher aus der Bundesrepublik, aus



England und den USA auf die acht Kilometer lange Rheinstrecke. Die Teilnehmer, darunter 16 Frauen, kamen aus DLRG-Gliederungen, aus NATO-Verbänden, von Polizei und Feuerwehr sowie privaten Tauchclubs. Das Schwimmen, das dieses Jahr zum siebten Mal stattfand, lockte an Start und Ziel mehrere hundert Besucher an. Teams beider Fernsehanstalten und Vertreter der internationalen Presse berich-

teten über die Veranstaltung. Zahlreiche Ehrengäste konnten begrüßt werden. Beim traditionellen Empfang der Ehrengäste und Mannschaftsführer im historischen Rathaus der Stadt Oppenheim dankte LV-Leiter Meyer-Kirschner allen Aktiven für ihr Kommen.

Organisator des Neujahrsschwimmens ist die DLRG-Ortsgruppe Oppenheim. Unter Bezirksleiter Kuntz, DLRG Rheinhessen, begannen die Vorbereitungen schon im Frühsommer 1981. Das Schwimmen ist nicht nur eine Einsatzprüfung für die Teilnehmer, auch für die Organisation ist es ein Testfall. Das Neujahrsschwimmen ist nur dann möglich, wenn alle Hilfsmannschaften zusammenarbeiten. So zeichnet die ortsansässige Gruppe des Deutschen Roten Kreuzes für die Verpflegung der Schwimmer und die erste ärztliche Betreuung verantwortlich. Fahrzeuge und Helfer der Freiwilligen Feuerwehr Oppenheim begleiten die Schwimmer an



der Landseite. Boote der Wasserschutzpolizei und des Wasser- und Schifffahrtsamtes sorgen für die Überwachung der Rheinschifffahrt. Die Pioniere der US-Armee stellten auch in diesem Jahr wieder einen Kranwagen zur Verfügung. Mit diesem wurden die DLRG-Begleitboote in den Rhein gehievt. Die Schutzpolizei übernahm die Regelung des Besucherverkehrs. Wachendes „Auge“ aus der Luft war ein Polizeihubschrauber.

Eine besondere Aufgabe hatten wieder die Katastrophenschutzboote des LV Rheinland-Pfalz unter der Leitung der Kameraden Dutka und Kasper: Sie begleiteten die Schwimmer „hautnah“, um

bei Ermüdung sofort zur Stelle zu sein. Eine Aufgabe, die die Bootsbesatzungen wieder beispielhaft erledigten. Doch die Kondition der Schwimmer war in diesem Jahr wieder „einsame Klasse“. Nur ein Schwimmer mußte wegen eines defekten Anzugs vorzeitig aussteigen.

Die Veranstaltung verlief harmonisch und ohne Zwischenfälle. Dies brachten auch die Vertreter der Behörden und Presse mit einem großen Lob zum Ausdruck. Im Anschluß an das Schwimmen fand in der Nachbargemeinde Dienheim die Siegerehrung statt.

Eisrettung – eine besondere Aufgabe der DLRG

Hamburger Rettungsschwimmer probten den Ernstfall



Die Eisrettung – wir berichteten bereits hierüber in Zivilschutz-Magazin 2/82 – stellt ein besonderes Aufgabengebiet des DLRG-Rettungswachdienstes dar. Die Gefahren, in die sich Wintersportler zuweilen beim Betreten von zugefrorenen Wasserflächen begeben, sind nicht zu unterschätzen. Die jährlichen Unfallzahlen sprechen hier eine deutliche Sprache.

Einem intensiven Training unterzogen sich in den zurückliegenden Wintermonaten die Rettungsschwimmer im DLRG-Landesverband Hamburg. Bei der hier im Bild gezeigten Rettungsübung war es nicht möglich, dem „Eingebrochenen“ durch Zureichen von Kleidung, Ästen oder ähnlichem zu Hilfe zu kommen. Ebenfalls war es zu schwierig, mit Hilfsmitteln wie Bohlen, Brettern oder Leitern sich zu dem Verunglückten vorzuarbeiten.

Die Rettung erfolgte mit einem Schlauchboot, das von den Rettungsschwimmern bis an die Unfallstelle herangetragen wurde. Das Boot war mit einer Leine vom Ufer aus gesichert. Obwohl das Eis gut trug, übten die Retter auch das „Vorwärtsrobber“, für den Fall, daß das Eis brüchig geworden wäre. Durch Halteschlaufen waren die Retter mit dem Boot in einer ständigen Verbindung.

Die DLRG informierte die Bürger „SICHERHEIT – LEISTUNG – HILFE“

DLRG Sonnenberg gab zwei Tage lang Einblick in die Rettungsarbeit

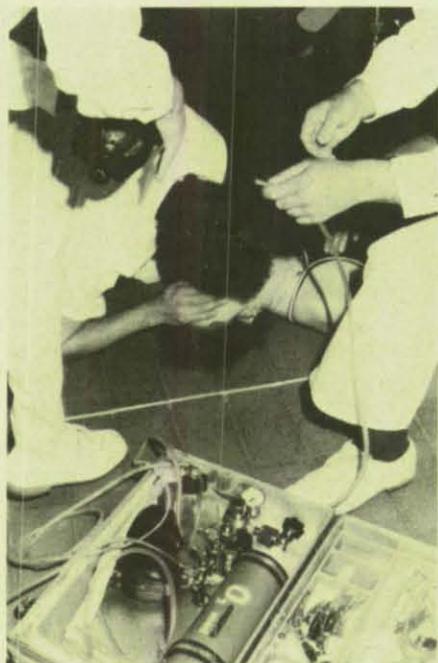
Zwei Tage lang stand das Stadtbad Stuttgart-Sonnenberg ganz im Zeichen des „spähenden Adlers“. Unter dem Motto „Sicherheit – Leistung – Hilfe“ zeigte der DLRG-Stützpunkt Sonnenberg mit Demonstrationen im und am Wasser sowie Filmvorführungen Ausschnitte aus dem Arbeitsbereich der DLRG. Die Vorführungen reichten von der Rettungsschwimmbildung über die Ausbildung von Jugendtauchern bis hin zu gemeinsamen Rettungsvorführungen mit DRK, Berufsfeuerwehr und Wasserschutzpolizei, die die Folgen von Leichtsin, Übermut und Überschätzung des eigenen Könnens zum Vorschein brachten. Eine kleinere Jugendgruppe, die an dem zum See erklärten Schwimmbassin überhitzt ankam und zudem auch noch vor kurzer Zeit größere Mengen von Eßwaren zu sich genommen hatte, unabgekühlt mit einer Luftmatratze ins Wasser ging, wurde Zeuge, wie zwei ihrer Freunde fast dem Leichtsin zum Opfer fielen und nur durch eine schnell eingeleitete Such- und Rettungsaktion gerettet werden konnten. Selbst bei der Sprungvorführung des Schwimmclubs Möhringen, dem verschiedene Deutsche Meister angehören, wurde der Leichtsin mit einem Sprung von der 5-m-Plattform nahe dem Beckenrand mit einer Wirbelsäulenverletzung und deren Folgen demonstriert.

Die gemeinsam durchgeführten Vorführungen zeigten eine gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Rettungseinheiten. Die Bevölkerung konnte zu-

sätzlich die technischen Einrichtungen des Hallenbades besichtigen oder sich an einem Preisausschreiben der Barmer Ersatzkasse, des Kur- und Bäderamtes und der DLRG beteiligen. Hierbei gewann die dreijährige Simone Keller aus Ditzingen den 1. Preis – einen Schwimmkurs.

Die Informationstage waren ein voller Erfolg, sie sollten der Bevölkerung die Arbeit der DLRG nahebringen und zeigen, daß nur eine Koordination von Menschen und Technik verschiedener Rettungseinheiten im Falle eines Einsatzes zum Erfolg führen kann.

(JüMa)



Presseschau des Inlands

Ruder: Zivilschutz-Verfechter keine „kalten Krieger“

Vor der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Ortenaukreis sprach Staatssekretär Robert Ruder in einer Informationsveranstaltung in Ohlsbach über Zivil- und Katastrophenschutz. Kreisvorsitzender Otto Stecher sagte bei der Begrüßung, der Besuch der Veranstaltung zeige, „daß das Thema von den Feuerwehrleuten über die Selbstschutzbeauftragten bis zu den Hausfrauen interessiert“.

Staatssekretär Ruder wies einleitend darauf hin, daß der durch ein Bundesgesetz geregelte Zivilschutz in den Jahren der „Schönwetterdemokratie“ so gut wie keinen Stellenwert besessen habe. „Das hat sich grundlegend geändert“, fügte Ruder hinzu. Ruder teilte auch mit, daß in der Bundesrepublik seit 1950 nur für drei Prozent der Bundesbürger ausgebaute Schutzräume geschaffen worden seien. In den traditionell neutralen Staaten Schweden und Schweiz dagegen liege man bei 65 und 90 Prozent. In Baden-Württemberg bestehe eine starke Nachfrage nach Fördermitteln zum Bau von öffentlichen Schutzräumen. Auch für private Schutzräume gebe es Zuschüsse und steuerliche Vergünstigungen. Ruder vertrat die Auffassung, daß eine Breitenwirkung nur durch die Einführung einer allgemeinen Schutzbaupflicht bei Neubauten zu erreichen sei.

Gerade auf dem Gebiet des Zivilschutzes, sagte Ruder, sei man auf die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte angewiesen. Wer ernsthaft Vorsorge für Überlebenschancen im hoffentlich nie eintretenden Ernstfall treffe, dürfe sich nicht der Gefahr irrationaler Auswirkungen aussetzen. Ebenso wenig dürfe man die Verfechter ausreichender Schutzmaßnahmen als „kalte Krieger“ in Verruf bringen.

„Es trifft einfach nicht zu, daß der Katastrophenschutz selber eine Katastrophe ist“, erklärte Ruder. Entgegen diesem haltlosen Geschwätz könne man feststellen, daß sich der Katastrophenschutz in Baden-Württemberg in einem beachtlichen Zustand befinde. Es sei nur rich-

tig, daß das Gesundheitswesen im Katastrophenschutz nicht voll befriedige.

Zum Selbstschutz sagte Ruder: „Er ist der freien Verantwortung des einzelnen Bürgers anheimgegeben!“ Ruder vertrat den Standpunkt, eine Motivation für einen intensiveren Selbstschutz lasse sich damit geben, daß die entsprechende Ausbildung positive Auswirkungen für alle Katastrophenfälle habe. Ruder appellierte an alle Gemeinden, Selbstschutzberater zu bestellen. Für die Ausbildung biete der Bundesverband für den Selbstschutz Lehrgänge an. Die Ausbildungskapazität reiche aus, um die vom Stuttgarter Innenministerium geplante Intensivierung zu erreichen . . .

(Offenburger Tageblatt)

Baum: Sicherheitsanalyse für große Industrieanlagen

Einen Störfall wie die Giftkatastrophe im italienischen Seveso hofft Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum durch neue Sicherheitsvorkehrungen für Industrieanlagen ausschließen zu können. Wie Baum in Bonn mitteilte, müssen die Betreiber spätestens ab 1. September 1982 eine Sicherheitsanalyse für große Industrieanlagen anfertigen.

Die am 6. Mai in Kraft getretene Verwaltungsvorschrift über Sicherheitsanalysen gibt den zuständigen Landesbehörden die Anforderungen an die Sicherheit großer Anlagen, beispielsweise der Chemie, der Petrochemie und der Mineralölverarbeitung, präzise vor. Sie ergänzt die 1980 von der Bundesregierung erlassene Störfall-Verordnung und verpflichtet die Betreiber der Anlagen, Sicherheitsvorkehrungen zur Vermeidung und zur Begrenzung der Auswirkungen von Störfällen zu treffen, die zuständigen Behörden sofort zu unterrichten und alle notwendigen Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Der Bundesminister hält die neue Sicherheitsanalyse für „ein wichtiges Instrument einer vorsorgenden Umweltpolitik“. Die Analyse muß beispielsweise Informationen über Konstruktionsmerkmale, Materialeigenschaften, Druck- und Temperaturbeständigkeit enthalten, sowie das Produktionsverfahren von der Lagerung der Grundstoffe über die Produktion bis hin zur Vorratshaltung genau beschreiben. Aufzulisten sind weiter die Gefahrenquellen, die eingesetzten und die bei einem Störfall frei werdenden Giftstoffe.

Die Sicherheitsanalyse ist für Baum „unverzichtbare Voraussetzung für eine Eigenkontrolle des Betreibers“, aber auch für die Überwachung durch die zuständigen Landesbehörden. Es gehe darum, so der Bundesinnenminister,

Störfälle „von vornherein zu vermeiden“. Wenn diese jedoch trotz aller Sicherheitsvorkehrungen eintreten sollten, dann diene die Analyse dazu, die Auswirkungen für Arbeitnehmer und Anwohner zu begrenzen.

(Frankfurter Rundschau)

Fundsachen

„Um den Schutz der Zivilbevölkerung ist es schlecht bestellt. Darauf verweisen die Quadraturen zwischen Sonne und Neptun, Merkur und Uranus, aber auch Venus und Jupiter . . . Besonders die Quadraturen zwischen Sonne und Neptun sowie Uranus und Merkur lassen erkennen, daß die Zivilschutzeinrichtungen in Europa und besonders in der Bundesrepublik mangelhaft sind . . .“

(Aus der „Astropolitischen Wochenvorschau“ in „Das neue Zeitalter“, München)

„Da rasen wir los, und was ist? Ein junger Mann klagt über Halsschmerzen – die Folgen eines ‚Katers‘.“

(Notarzt Dr. Ludwig Hermans in einem Beitrag des „Kölner Stadtanzeigers“)

„Bekannterweise ist die Öffentlichkeitsarbeit für Schutzräume schwierig. Aber: Kaum verknüpft man seine steten Bemühungen mit dem PR-Knüller, daß ein solcher Raum – so man ihn hat – besonders auch edle Weine vor dem Schlimmsten bewahrt, macht das Ganze auch schon Schlagzeilen.

Diese beruhigende Erfahrung gewann das britische Zivilschutz-Magazin ‚Protect & Survive Monthly‘ mit seinem neu eingeführten ‚Survivors Wine Club‘, den Kennertreff überlebenschwilliger Weinfreunde.

Dazu machten englische Zeitungen sogar mit einem Vierzeiler auf (sinngemäß übersetzt):

„Oh, windungsreicher Weg, um den Korkenzieher raufen,
Schützen, na klar, aber auch genießerisch saufen

Im Schutzraum nun alles Rosé –
Bunker-Bouquet‘

Gründer des Clubs ist Alain Mialhe, Schloßherr auf Chateau Siran in der französischen Provinz Bordeaux. Sein unlängst fertiggestelltes ‚Nukleares Schutzzentrum‘ beherbergt mittlerweile 60 000 Flaschen Wein aus eigener Produktion . . .

Jedenfalls, in England brachten diese ‚Überlegungen‘ die Schutzraumdiskussion mal wieder in die Öffentlichkeit.“

(unter dem Titel ‚Wein, Weib und Schutzraum‘ in „Alert“, Informationsblatt der American Civil Defense Association – TACDA – erschienen)

Presseschau des Auslands

Schweiz: Herausgabe eines Zivilschutz-Merkblattes

Noch in diesem Jahr sollen sämtliche Haushalte in der Schweiz ein Zivilschutz-Merkblatt erhalten. Diese Ankündigung machte Direktor Hans Mumenthaler vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Als erfreulichste Ergebnisse der Umfrage über den Zivilschutz bezeichnete er einerseits den „Glauben an den Schutzraum“ und andererseits den enormen Anklang, den der Entwurf zu einem Zivilschutz-Merkblatt gefunden habe. Energisch wies er jede verallgemeinernde Kritik an der Zivilschutz-Organisation zurück.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben offensichtlich Vertrauen in den Zivilschutz, der in jüngster Zeit oft Gegenstand öffentlicher Kritik war. Über 70 Prozent von ihnen beurteilen jedenfalls die Überlebenschancen im Schutzraum bei Krieg oder Katastrophen als sehr groß bis mittelgroß, wie aus einer Umfrage hervorgeht. Jeder dritte Schweizer fühlt sich über den Zivilschutz sehr gut bis gut informiert, nur ein Prozent der Bevölkerung spricht von einer unnötigen Institution . . .

Nach Auskunft des BZS-Direktors, Hans Mumenthaler, wurde den Teilnehmern an der Erhebung vom vergangenen Herbst auch ein Merkblatt vorgelegt, das die Bevölkerung über die Probleme im Zusammenhang mit dem Schutzraum (Bezug, Verhalten, Proviant) orientiert. Nachdem dieser Test ausgesprochen positiv ausgefallen sei, werde man voraussichtlich noch in diesem Jahr jedem Haushalt ein derartiges Merkblatt abgeben, teilte Mumenthaler mit. Für Zeiten erhöhter Gefahr erhielten die Gemeinden zudem eine Reserve. Die Schutzplatzzuweisung durch die Zivilschutz-Organisationen sei in verschiedenen Städten und Gemeinden bereits abgeschlossen, andernorts noch im Gang. Wenn die Bedrohung einen gewissen Schwellenwert überschreite, so werde die Zuweisung der Schutzplätze per Anschlag in den Häusern bekanntgegeben. Eine allgemeine Information, sozusagen schon „im tiefsten Frieden“, sei hinge-

gen wegen der starken Bevölkerungsbe-
wegung nicht angezeigt.

Als besonders erfreulich würdigte Mumenthaler außer der guten Aufnahme des Merkblattes das Vertrauen der Bevölkerung in den Schutzraum. Dieses Ergebnis erstaunte um so mehr, als der Zivilschutz gerade zum Zeitpunkt der Befragung Gegenstand harscher Kritik gewesen sei. Eine verallgemeinernde Kritik, die alle Gemeinden in den gleichen Topf werfe, sei ohnehin verfehlt. Die Zivilschutz-Organisation lasse sich – im Gegensatz zum Schutzraumbau – auch kurzfristig (etwa bei Mobilmachung der Armee) noch wesentlich verbessern. Heute stünden für 72 Prozent der Bevölkerung moderne Schutzräume zur Verfügung. Lücken gebe es vor allem noch in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, doch sollte dieses Defizit in den Jahren 1990 bis 2000 behoben sein . . .

(Basler Zeitung)

„Überlebensnahrung“ wird jetzt eingelagert

Für inzwischen 4,75 ihrer insgesamt 6,3 Millionen Bürger hat die Schweizer Regierung „vollwertige, künstlich belüftete Schutzplätze“ in Betonbunkern gebaut. Wie ernst es dem Bundesrat mit den Vorbereitungen für ein längeres Ausharren unter der Erde ist, erhellt die jüngste Maßnahme: Bern versorgt rund 3000 Gemeinden mit einer sogenannten „Überlebensnahrung für die Zivilbevölkerung“ – eine Lebensmittelreserve für Schutzrauminsassen.

Grundsätzlich wird zwar davon ausgegangen, daß sich jeder Bürger selbst mit einem Notvorrat eindeckt und dann im Betonkeller aus dem Rucksack lebt. Doch „für den Fall, daß ein Schutzraum für längere Zeit nicht mehr verlassen werden kann, sei es im Zusammenhang mit Kampfhandlungen, infolge Zerstörung umliegender Bauten, Verseuchung des Geländes durch chemischen Kampfstoff oder durch radioaktiven Ausfall“, will die Regierung den Bürgern wenigstens für drei Tage das Überleben unter der Erde sicherstellen. Im Auftrag des Schweizer Bundesamtes für Zivilschutz hat ein Lebensmittelkonzern eine spezielle „Überlebensnahrung“ entwickelt. Zur Zeit werden 19,5 Millionen Tagesportionen mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Franken hergestellt und im ganzen Land eingelagert.

Die „Eiserne Reserve-Ration, die möglichst jedermann bekömmlich sein sollte und im Schutzraum möglichst wenig Platz beanspruchen darf“, trägt den abenteuerlichen Namen „Pemmikan“,

Karl-May-Freunden ist dieses Wort ge-
läufig: So nannten Indianer das Trocken-
fleisch, welches sie auf ihren langen
Streif- und Jagdzügen zu essen pfleg-
ten. Das „Pemmikan“ der Eidgenossen
ist körnig, mindestens zehn Jahre halt-
bar, läßt sich mit kaltem oder warmem
Wasser als Getränk oder auch als Brei
und Suppe zubereiten.

(Trierischer Volksfreund)

Präsidentin des Nationalrates gegen Dienstpflicht für Frauen

„Ich bin gegen eine obligatorische
Dienstpflicht für Frauen in irgendeinem
Bereich der Gesamtverteidigung, rufe
aber alle Bürgerinnen auf, heute schon
freiwillig Militär- oder Zivilschutzdienst
zu leisten“, erklärte die Präsidentin des
Schweizer Nationalrates, Hedi Lang, in
einem Interview. Es wäre falsch, so die
Präsidentin, wenn man die Frau durch
eine Pflicht aus der Familie reißen wür-
de. Eine obligatorische Dienstleistung
brächte zudem einen großen administra-
tiven Leerlauf mit sich, denn alle Frauen,
die noch Kinder zu betreuen haben und
damit eine wichtige erzieherische Aufga-
be erfüllen, müßten dispensiert werden.

Nationalratspräsidentin Hedi Lang fordert
die Gemeinden auf, vermehrt Frauen als
Freiwillige für den Zivilschutzdienst zu
werben: „Es ist wichtig, daß die Frauen
heute auf den Ernstfall vorbereitet wer-
den; als Betreuerinnen der Schutzraum-
insassen können sie wichtige, unent-
behrliche und außerordentlich an-
spruchsvolle Dienste leisten. Denken wir
doch nur an all die psychologischen,
menschlichen Probleme des Lebens im
Schutzraum.“ Hedi Lang ist der Auffas-
sung, daß die Frauen aber nicht nur für
ganz bestimmte Dienste, wie zum Bei-
spiel fürsorgerischer oder sanitätsdienst-
licher Art, sondern für alle Tätigkeiten
des Zivilschutzes eingesetzt werden
sollten. Es sei falsch zu denken, man
müsse zuerst einmal sämtliche dienst-
pflichtigen Männer (von den 480000 zi-
vilschutzdienstpflichtigen Männern ha-
ben erst 250000 Kurse absolviert) aus-
bilden und erst dann die Frauen zum
Mitmachen ermutigen.

Der Einsatz von Frauen bringe dem Zi-
vilschutz eine Verjüngung und vielleicht
zum Teil auch neue Impulse. Frauen
blieben unter Umständen viel länger im
Zivilschutz, wenn man bedenke, daß
die meisten Männer erst im Alter von
50 Jahren zivilschutzpflichtig und schon
als 60jährige aus dem Zivilschutz entlas-
sen werden.

(Zivilschutz, Bern)

Wissenschaft & Technik

Einsatzleitrechner im „Baustein-Prinzip“

Bei Brandalarm oder anderen Notrufen müssen unter größtem Zeitdruck wichtigste Entscheidungen getroffen werden – etwa über Art und Umfang der einzusetzenden Hilfskräfte oder des benötigten technischen Geräts. Um die Einsatzbearbeiter zu entlasten und diese Aufgaben noch sicherer abzuwickeln, werden zunehmend Einsatzleitrechner verwendet. Jetzt stellt ein großer deutscher Elektrokonzern einen neuen Einsatzleitrechner vor, der sich sowohl für kleine Leitstellen als auch für große Einsatzzentralen eignet.

Der weite Anwendungsbereich des neuen Einsatzleitrechners beruht auf der konsequenten modularen Bauweise der Hard- und Software. Auch spätere Erweiterungen sind so ohne grundsätzliche Änderungen möglich. Die Zentraleinheit des verwendeten Datenprozessors – in tischhohen Containern untergebracht – kann z. B. von 256 bis zu 1024 KByte Speichergröße ausgebaut werden. U. a. lassen sich bis zu zwölf Datensichtgeräte für Einsatzleitplätze, für die Datenerfassung usw. anschließen. Besonders deutlich ist die Modulbauweise bei der Software, denn sie wird in Form von funktionsorientierten Programmbausteinen angeboten: für Feuer- und Hilfeleistung, Rettungswesen/Krankentransport, Katastrophenschutz, Ausnahmezustand sowie zusätzlich Verwaltungs-, Statistik-, Schulungs- und Simulationsprogramme. Diese Funktionsbausteine werden ergänzt durch das funktionsneutrale Auskunftssystem, auf das alle Programme und auch der Bearbeiter direkt zugreifen können.

Das Auskunftssystem enthält Informationen über Spezialisten, gefährliche Güter, Krankenhäuser, Ärzte usw. sowie Daten über Orte und Einsatzmittel. So sind in der Ortsdatei u. a. alle Straßen mit wichtigen Beschreibungen wie Hausnummern oder Anfahrtswege untergebracht. Die Einsatzmitteldatei des Auskunftssystems führt die für die Hilfeleistung notwendigen Fahrzeuge und Spezialgeräte mit Namen, Standort und aktueller Verfügbarkeit.

Das Programm „Feuerschutz und Hilfeleistung“ stellt Einsatzvorschläge, Fahrzeugübersichten und Maßnahmenkataloge zur Verfügung, führt – nachdem der Bearbeiter den Einsatzvorschlag akzeptiert hat – die Alarmierung durch und dokumentiert den gesamten Einsatzablauf. Auf Wunsch können noch weitere Funktionen dazugenommen werden, etwa Erkennen von Mehrfachmeldungen, Einsatzübergabe an einen anderen Leitplatz, Wachalarmkopplung usw.

Ein weiteres Programm, „Rettungswesen/Krankentransport“, kann u. a. Soforteinsätze oder vorangemeldete Transporte abwickeln, Fahrwege optimieren und so die Anfahrtszeiten verkürzen, Leerfahrten vermeiden oder auch Versorgungsschwachpunkte erkennen.

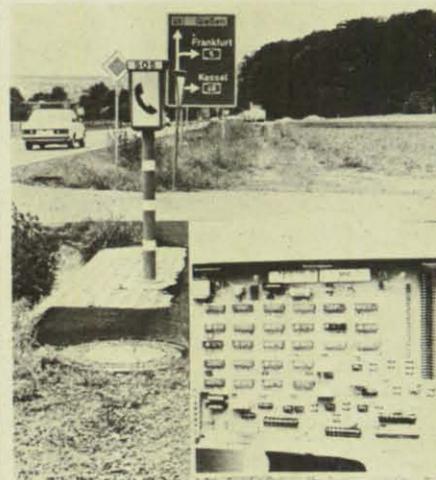
Der Baustein „Katastrophenschutz“ ergänzt die vorhergenannten Programme mit ganz spezifischen Anpassungsmöglichkeiten an das Stabsführungsprinzip des Katastrophenschutzes, z. B. mit Datenfernübertragungsfähigkeit, Hinterlegen von Evakuierungsplänen usw.

Das Notruftelefonssystem ergänzt das bereits eingeführte „Notrufsystem 73“ der Bundespost. Zum einheitlichen Notruf 110 in allen Fernsprech-Ortsnetzen und dem Einbau münzfreier Notrufmelder in Telefonzellen kommt nun das einheitliche Straßen-Notruftelefon.

Damit die Einsatzbearbeiter das Gerät schnell und gut beherrschen, wurde auf eine einfache Bedienung großer Wert gelegt. Darüber hinaus gibt es noch ein Programm „Schulung und Information“, mit dem neue Mitarbeiter geschult, seltene Ereignisse geprobt und Einsatzvorplanungen überprüft werden können.

Straßen-Notruftelefone verbinden automatisch

Zur Hannover-Messe zeigte ein deutscher Hersteller das in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost und den Ländern entwickelte Notruftelefonssystem. Ein Betriebsversuch der Deutschen Bundespost endete 1981 mit dem positiven Ergebnis, dieses System generell einzuführen. Die Deutsche Bundespost will – wie verlautet – die Einrichtung von Notruftelefonen an Straßen den zuständigen Notrufrägern dadurch erleichtern, indem auf den monatlichen Zuschlag zur Grundgebühr in Höhe von 60 DM bis Ende 1983 verzichtet wird.



Durch Drücken eines Hebels an der Rufsäule wird eine Verbindung vom Notruftelefon zur Abfragestelle automatisch hergestellt und dorthin gleichzeitig eine Standortkennung übermittelt. Diesen Vorgang besorgt die elektronische Teilnehmerschaltung (rechts unten im Bild) in der zugehörigen Ortsvermittlungsstelle. Der eingebaute elektronische Rufnummerngeber wählt selbsttätig und ohne Geldeinwurf eine Telefonverbindung zur zuständigen Notruf-Abfragestelle von Polizei oder Feuerwehr. Durch Prüfungen und Messungen über das Wählprüfnetz der DBP ist ein sicheres Funktionieren der Einrichtung gewährleistet.



Neue Bücher

Handbuch Atemschutz

Von Dr. Lothar Brauer
Loseblattsammlung
ecom-ed-Verlagsgesellschaft mbH,
Landsberg

Die Vielzahl der heute im Gefahrenfall auftretenden Schadgase macht eine umfassende Information über den gesamten Bereich des Atemschutzes unerlässlich. Das vorliegende Handbuch wendet sich an alle mit dem Atemschutz befaßten Kreise der Feuerwehren und Hilfsorganisationen, der Industrie, der Aufsichtsbehörden sowie der Berufsgenossenschaften.

Das Buch erläutert einleitend in mehreren Kapiteln die Funktion der menschlichen Atmung und die Gefährdung durch Schadgase. Es folgt ein ausführlicher Überblick über alle wichtigen Gerätetypen im Atemschutz und ihre technischen Einzelheiten. Die Einsatzmöglichkeiten der Geräte werden aufgezeigt und Hinweise zur praktischen Anwendung gegeben. Die den Atemschutz betreffenden Normen, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Merkblätter sind ebenso aufgeführt wie die Anschriften der Prüfstellen und Informationszentren.

Der Autor, Chemiker und Fachkapazität auf dem Gebiet des Atemschutzes, hat mit dem Handbuch ein wertvolles Nachschlagewerk und Arbeitsmittel für die Praxis geschaffen.

Ausbilden im Feuerwehrdienst

Von Heinz Bartels
Aus der Reihe „Die Roten Hefte“,
Heft 2, 10. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Neuauflage aus der Reihe „Die Roten Hefte – Lehrschriften für den Feuerwehrmann“ wendet sich insbesondere an die Ausbilder in den Kreisen und Gemeinden. Durch die Verlagerung der Ausbildung auf die Kreisebene werden sie vor neue Aufgaben gestellt.

Die Schrift ist dem Ausbilder bei der Durchführung der Grundausbildung und

bei der Ausbildung von Maschinisten, Sprechfunkern und Atemschutzgeräteträgern eine Hilfe. Durch die Darstellung der verschiedenen Ausbildungswege soll eine optimale Ausbildung ermöglicht werden.

Die Gefahren der Brandstelle

Von Paul Vaulont
Aus der Reihe „Die Roten Hefte“,
Heft 28, 3. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Eines der wichtigsten und vielseitigsten Wissensgebiete des Feuerwehrmannes stellen die „Gefahren der Brandstelle“ dar. Im vorliegenden Heft ist dieses große Gebiet in sieben Abschnitte aufgeteilt. Da für die meisten der Abschnitte spezielle Hefte der Reihe vorliegen, erübrigte sich eine Behandlung der einzelnen Gebiete in aller Ausführlichkeit. Das Heft soll vielmehr die Gefahren der Brandstelle zusammenhängend abhandeln.

Bernard & Graefe aktuell

Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung
Bernard & Graefe Verlag, München

Band 16: Sowjetmacht der 80er Jahre – Sowjetische Globalstrategie und internationale Sicherheit

Die global angelegte und praktizierte Politik der Sowjetunion macht es dem Westen unmöglich, die Ost-West-Beziehungen immer noch als nur auf die nördliche Hemisphäre beschränkt betrachten zu können. Die Rivalität zwischen Ost und West hat sich auf die an Ressourcen reichen, aber unbeständigen Regionen der südlichen Halbkugel ausgedehnt. Die sowjetische Globalstrategie zwingt den Westen, ebenfalls weltumspannend zu denken und zu handeln.

Die Erforschung der sowjetischen Interessen, der Ziele und Möglichkeiten sowjetischer Politik, ihrer Stärken, Schwächen und damit auch Grenzen scheint heute, zu Beginn der 80er Jahre, notwendiger denn je zu sein. Ziel der in diesem Band veröffentlichten Experten-Studien ist, zum Verstehen der Politik der Sowjetunion und der sich aus ihr ergebenden Probleme für die internationale Sicherheit beizutragen.

Band 22: Abschreckung und Entspannung in Europa – Die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit

Die fünf in diesem Band veröffentlichten Beiträge versuchen, aus amerikanischer Sicht eine Reihe von Problemen zu erhellen, denen sich die USA in ihren Beziehungen zu den atlantischen Bündnispartnern in Europa ausgesetzt sehen.

Die amerikanischen Sorgen vor möglichen oder vermeintlichen Neutralisierungsbestrebungen in Europa werden dabei ebenso begründet, wie die Grundpositionen der USA zu Fragen der europäischen Sicherheit verdeutlicht werden.

Zu einer Sicherheits- und Friedenspolitik, die sich in West und Ost auf Abschreckung und Entspannung als unabdingbar miteinander verbundenen und nur scheinbar im Widerspruch zueinander stehenden Faktoren gründet, gibt es nach wie vor keine realistische Alternative.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Lüttgen / Biese / Kerutt / Versen
Handbuch des Rettungswesens
19. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, Hagen

Die vorliegende Ergänzungslieferung umfaßt u. a. die Themen Grundsatzanweisung für den militärischen Such- und Rettungsdienst der Bundeswehr, Luftrettung in Bayern, Rechtsstellung des Notarztes im Rettungsdienst und Präklinische Versorgung in der DDR. Ergänzt werden im Abschnitt Rettungsmittel der Bereich Wiederbelebungsgeschäfte und im Abschnitt Organisationen und Verbände der Bereich DRK.

Gerdemann / Korbmann / Stramka
Krankentransport und Rettungswesen
Loseblattsammlung
17. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag, Bielefeld

Die 17. Lieferung ergänzt und aktualisiert das Werk in wesentlichen Teilen. Im Bereich der Bundesverordnungen wird die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) geändert. Der Abschnitt Ländergesetze, -verordnungen und -erlasse wird durch zahlreiche Änderungen und Ergänzungen ebenfalls auf den neuesten Stand gebracht. Die Lieferung aktualisiert auch das Landesrecht von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes.

Paul Claes

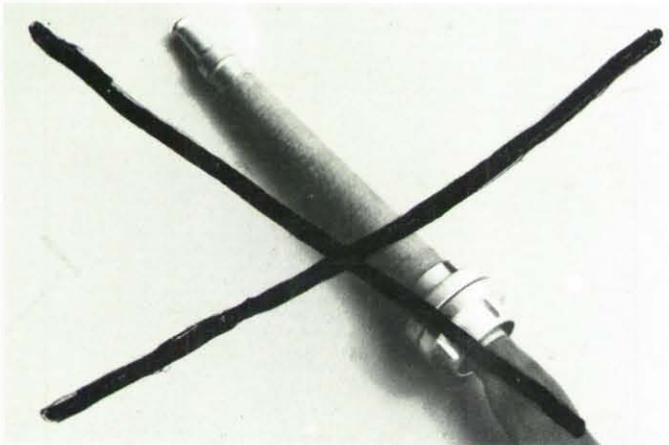
Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutzdienst

Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht
sich auf die Unfallverhütungsvorschrift
Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Gefahren durch Strahlrohre werden insbesondere vermieden, wenn . . . ein B-Strahlrohr von mindestens 3 Personen gehalten wird. (D zu § 21)



Gefahren durch Strahlrohre werden insbesondere vermieden, wenn . . . nur absperrbare Strahlrohre benutzt werden. (D zu § 21)



Gefahren durch Strahlrohre werden insbesondere vermieden, wenn . . . bei Verwendung eines Stützkrümmers mindestens 2 Personen das B-Strahlrohr halten. (D zu § 21)

Der Wasserrettungstrupp der DLRG



Der Wasserrettungstrupp der nordrheinischen DLRG, nach STAN personell aus Fahrer und zwei Bootsführern bestehend, ist nach den Bedürfnissen der Wasserrettung im Raum zwischen Eifel und Ruhrgebiet, vornehmlich am unteren Rheinufer und auf den großen Talsperren, ausgerüstet.

Das Zugfahrzeug mit elektrischer, in den Motorraum integrierter Seilwinde, Funkgerät im 2-m-Band-Bereich, Rettungs- und Wiederbelebungsgescherten sowie Sitz- bzw. Liegeplätzen für zusätzliche Personen, ist ein allradangetriebener Ford-Transit. Das Boot, auf Spezialtrailer, ein Vierer-„Schadow“ mit Jet-Antrieb, wurde bereits in Zivilschutz-Magazin 5/80 vorgestellt.

Die schon vielfach erprobte Geländegängigkeit dieser Wasserrettungseinheit, die Möglichkeiten der starken Seilwinde und die einfache Handhabung des schnellen, wellenschnitigen und wendigen Bootes sichern dem Trupp eine hohe Einsatzfähigkeit.

Drei komplette Einheiten dieser Art stehen für Aufgaben des Katastrophenschutzes im nordrheinischen Bereich inzwischen zur Verfügung.